

Stenographisches Protokoll

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 10. März 1955

Inhalt	Eingebracht wurden
1. Personalien	Antrag der Abgeordneten
a) Krankmeldungen (S. 2903)	Kandutsch, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G., betreffend Herabsetzung und Vereinfachung der Warenumsatzsteuer für alle Grundnahrungsmittel (154/A)
b) Entschuldigungen (S. 2903)	
2. Bundesregierung	Anfragen der Abgeordneten
Debatte über den Bericht der Bundesregierung vom 9. März 1955	Dr. Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G. an die Bundesregierung, betreffend die Finanzierung der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge (275/J)
Redner: Dr. Stüber (S. 2903), Dr. Maleta (S. 2909), Honner (S. 2915), Böhm (Seite 2923), Bundesminister für Finanzen Dr. Kamitz (S. 2932), Dr. Kraus (S. 2933), Strommer (S. 2940), Bundesminister für soziale Verwaltung Maisel (S. 2945), Dr. Pfeifer (S. 2945), Ernst Fischer (S. 2949) und Frühwirth (S. 2952)	Dr. Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G. an die Bundesregierung, betreffend die Befriedigung der Ansprüche Dritter an das verfallene NS-Vermögen (276/J)
3. Ausschüsse	Dr. Neugebauer, Widmayer, Maria Kren, Appel u. G. an den Bundesminister für Unterricht in Angelegenheit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Bezirksschulinspektor Alois Junker in Korneuburg (277/J)
Zuweisung der Anträge 150 bis 153 (S. 2903)	

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Dr. Koref, Pötsch, Hans Roth, Sebingen und Lola Solar.

Entschuldigt haben sich die Abg. Vizekanzler Dr. Schärf, Bleyer, Dipl.-Ing. Kottulinsky, Dr. Rupert Roth, Nedwal, Dr. Schwer, Weinmayer und Dr. Gorbach.

Die eingelangten Anträge habe ich wie folgt zugewiesen:

dem Justizausschuß Antrag 151/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen, betreffend die Schaffung eines österreichischen Auslieferungsgesetzes und die Ergänzung der Grundrechte, und

Antrag 152/A der Abg. Dr. Pfeifer und Genossen auf Aufhebung des Bundesgesetzes vom 30. Jänner 1946, BGBl. Nr. 66, über die Rechtshilfe, die Auslieferung und Durchlieferung in Strafsachen, für die nach österreichischem Recht das Volksgericht zuständig wäre;

dem Hauptausschuß Antrag 153/A der Abg. Dr. Reimann und Genossen auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge bei der Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentrale für das Burgenland in Eisenstadt;

dem Ausschuß für soziale Verwaltung Antrag 150/A der Abg. Strommer und Genossen, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 21. September 1951 über Wohnungsbeihilfen, BGBl. Nr. 229.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist daher angenommen.

Wir gehen in die Tagesordnung ein:
Debatte über den Bericht der Bundesregierung vom 9. März 1955.

Zum Wort gemeldet hat sich als Kontraredner der Herr Abg. Dr. Stüber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat gestern einen sehr ausführlichen Bericht über die Wirtschafts- und Finanzpolitik gegeben. Er hat dabei Bezug genommen auf den Wunsch einer Anzahl von Mitgliedern des Hauses, die Intentionen der Bundesregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik genauer kennenzulernen, und er hat die Absicht der Regierung bekanntgegeben, Wünsche und Anregungen in Form einer möglichst breiten Debatte der Bundesregierung zugänglich zu machen.

So löblich dies alles klingt und auch tatsächlich ist, muß die Tatsache seines wirtschaftlichen Rechenschaftsberichtes doch einigermaßen überraschen, denn die Regierung hat es ja sonst, zum Beispiel in dringlichen außen-

2904 63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955

politischen Fragen, bisher keineswegs immer eilig damit gehabt, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. Die Annahme ist also berechtigt, daß noch ein anderer, nicht oder nicht ausdrücklich ausgesprochener Grund für das gestrige Exposé vorhanden sein muß.

Und in der Tat, wenn man den gestrigen Bericht richtig beurteilen will, dann muß man unbedingt auch die anderen Reden, die der Herr Bundeskanzler in jüngster Zeit gehalten hat, dazu heranziehen. So die Rede vor dem Kammertag der Bundeskammer — ich weiß nicht, ob vor oder nach Verleihung der goldenen Ehrenmedaille dieser Kammer —, gleichzeitig aber auch die Rede des Bundeskammerpräsidenten Dworak bei dieser Gelegenheit, die auch recht interessante Aufschlüsse geboten hat. Ferner darf man den Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung nicht vergessen, das ausdrücklich vor einer falschen Einschätzung der augenblicklichen Preissituation gewarnt hat. Auch das neugebildete Überwachungskomitee für Löhne und Preise berechtigt zu der Annahme, daß die wirtschaftliche Situation Österreichs doch nicht ganz so beruhigend ist, wie es nach dem gestrigen Wirtschaftsexposé den Anschein gehabt hat. Tatsächlich sind ja jetzt von den verschiedensten Seiten Preisaufrichtungstendenzen zugegeben worden, obwohl dies vorher monatelang striktest in Abrede gestellt worden ist und jeder, der derartiges behauptete, gar wenn er von der Opposition kam, sich sagen lassen mußte, daß er völlig auf dem Holzweg sei und mit seinen Prognosen der Wirtschaft Österreichs nur einen schlechten Dienst täte.

Der Herr Bundeskanzler hat eingangs seiner Rede gesagt: Sosehr die Bundesregierung auf außenpolitischem Gebiete leider noch immer die Hände gebunden hat, im selben Maße sind wir Herren über unsere Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Ich glaube, daß auch dies ein bißchen zu optimistisch ausgedrückt ist. Ganz frei dürften wir auch in unseren wirtschaftlichen Entscheidungen, Maßnahmen und Verfügungen nicht sein. Man braucht nicht nur an das Erdöl und an die in diesem Hause schon zum ständigen Zwischenruf benutzte USIA zu denken, sondern man kann sich auch gewisse amerikanische Einflüsse vorstellen, auch wenn diese indirekt sein sollten. Es wäre sehr interessant, darüber einmal Näheres zu erfahren; denn was der gestrige Rechenschaftsbericht der Regierung bei aller seiner zugegebenen Gründlichkeit und umfassenden Schau enthalten hat, waren im großen und ganzen doch nur die uns allen bekannten Tatsachen, bekannt aus den Zeitungen und aus den Statistiken.

Und nun komme ich gleich zu den Statistiken. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt,

daß er für jede Kritik, vor allem konstruktive und sachliche Kritik, dankbar ist. Ich bezweifle nun, ob die offiziellen Statistiken, und zwar vor allem der Lebenshaltungskostenindex, wirklich so stichhaltige und unanfechtbare Grundlagen abgeben, daß man sich auf sie unter allen Umständen stützen kann.

Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß im Juni 1952 der Lebenshaltungskostenindex des Instituts für Wirtschaftsforschung auf 711 stand, während die letzte Ziffer, über die wir verfügen, 697 ist, woraus sich eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 2 Prozent ergibt. Nun basieren diese Lebenshaltungskostenindizes — ich benütze hier unter anderem die Erkenntnisse eines Fachmannes, Dkfm. Loschek — auf den Preisen einer Anzahl von Waren, die auf Grund eines angenommenen Durchschnittsverbrauches eines erwachsenen Mannes beziehungsweise einer Arbeiterfamilie mit zwei schulpflichtigen Kindern zusammengestellt sind. Mit Recht wird ausgesetzt, daß hierin bereits die erste Schwäche der Indexerstellung liegt. Der sogenannte Warenkorb, also die Art und die Menge der dem Lebenshaltungskostenindex zugrunde gelegten Waren, stützt sich auf Erhebungen über den durchschnittlichen Verbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie. Diese Erhebungen stammen aber aus der Zeit vor 1938, und zwar sehr weit vor 1938, und ihre Ergebnisse können nicht ohne weiteres auf den Verbrauch und die Lebensgewohnheiten von heute übertragen werden. Diese Änderungen sind aber in der offiziellen Indexberechnung überhaupt nicht berücksichtigt, sodaß das statistische Bild notwendigerweise verzerrt sein muß.

Untersuchungen der verschiedensten Stellen haben ergeben, daß sich der Verbrauch in den letzten 20 Jahren sehr weitgehend verlagert hat und daß zum Beispiel der Verbrauch von Genußmitteln und Getränken, wie Bier, Wein, Spirituosen, Schokolade, aber auch von Käse, Milch, Marmelade und Erdäpfeln gestiegen ist. Daß Fische nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande in mehr als der doppelten Menge verzehrt werden als vor dem Kriege, ist bekannt. Alle diese strukturellen Verbrauchsveränderungen sind in den offiziellen Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt. Besonders angestiegen ist der Verbrauch von Genuß- und Reizmitteln, von Stimulantien, was unser veränderter Lebensstil vornehmlich in der Großstadt mit sich gebracht hat. In der Indexberechnung wird beispielsweise der wöchentliche durchschnittliche Verbrauch eines erwachsenen Mannes an Zigaretten mit 12 Stück angenommen. Daß das nicht stimmt, zeigen schon die unvergleichlich höheren Verkaufsergebnisse der Tabakregie. Man wird

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2905

also heute gut und gerne auch im Durchschnitt die doppelte Menge annehmen müssen. Derartige Änderungen in den Verbrauchsgewohnheiten könnten noch bei einer Reihe von anderen Artikeln angeführt werden. Vor allem ist aber die Auswahl der den Lebenshaltungskostenindizes zugrunde gelegten Waren mit 29 Artikeln zu gering. Beim Kleinhandelsindex sind es gar nur 25.

Zum Vergleich: Der schweizerische Preisindex berücksichtigt 68 Warengattungen, und das wird auch dort noch als zu gering und als für die Erstellung eines Durchschnittsbildes ungenügend bezeichnet. Der ganze österreichische Index simplifiziert, vereinfacht also auf eine zu bequeme und zu billige Art. Natürlich muß er bis zu einem gewissen Grade vereinfachen, aber die Vereinfachung geht so weit, daß beispielsweise von Gemüse überhaupt nur der Spinat berücksichtigt wird und alle anderen Gemüsesorten, Kohl, Kraut, Karfiol, Paradeiser, Fisolen usw., überhaupt unberücksichtigt bleiben. Ob bei diesen Artikeln die Preise steigen oder sinken, läßt den Index kalt, und doch ist gerade das verschiedene Gemüse für die Lebenshaltung der kleinen Leute heute von ganz hervorragender Bedeutung.

Aber auch der Spinatpreis selbst wird wieder nur nach der Feststellung des Wiener Marktamtes zur Grundlage genommen, und so bleibt beispielsweise völlig unberücksichtigt, daß in Linz oder Salzburg oder sonstwo der Spinatpreis anders ist als in Wien. Das gleiche gilt für das Obst, wo einzig und allein die Äpfelpreise im Lebenshaltungskostenindex erscheinen, alle anderen Obstsorten, wie Kirschen, Pflirsche, Marillen, Birnen, Weintrauben, existieren für diesen Index nicht. Eine Reform der Indexberechnung ist daher eine vordringliche Aufgabe.

Aber das gilt nicht nur für den Lebenshaltungskostenindex, sondern das gilt auch für viele andere Statistiken. Nehmen wir zum Beispiel den Textilhandel. In Österreich gibt es, ganz grob und rund gesprochen, 10.000 Textilhändler. Ungefähr die Hälfte davon sind in Wien. Die statistischen Angaben über die letzte vorweihnachtliche Konjunktur, auf die sich der Herr Bundeskanzler in seinem Referat auch bezogen hat, stammen nun von rund 150 Betrieben, in Wien im ganzen von ungefähr 50 Betrieben. Dazu kommt, daß von diesen wenigen Betrieben wieder ungefähr zwei Drittel Großbetriebe wie Kaufhäuser und Filialunternehmungen sind. Ein einziger befragter Großbetrieb in der Steiermark verschiebt die Statistik um 8 Prozent nach oben.

Sie sehen also daraus, daß das Bild der Statistik durchaus nicht verlässlich, sondern

nur über den Daumen gepeilt ist und daß die wenigen Erfolgsziffern bei Großbetrieben, die hier zugrunde gelegt werden, noch durchaus keinen Aufschluß über den Geschäftsgang bei den vielen kleinen und mittleren Betrieben geben.

Ich möchte dazu ein Beispiel anführen. Ein Wiener Bijouteriekaufmann wurde vor einiger Zeit, in der Weihnachtszeit, als er überdies noch sehr beschäftigt war, vom Institut für Wirtschaftsforschung angeklüngelt und telephonisch um eine Auskunft über seinen Geschäftsgang, insbesondere über seinen Export, befragt. Da er, mit dem augenblicklichen Tagesgeschäft beschäftigt, nicht die Zeit hatte, die Unterlagen, die Fakturen und Abrechnungen herauszusuchen und dem Institut stundenlang am Telefon Rede zu stehen, gab er sie aus dem Gedächtnis an und bezifferte seinen Export ungefähr richtig mit 250 kg. Aber weiter befragt, wie sich dieser Export auf die einzelnen Gruppen der Bijouteriewaren aufteile, ließ ihn sein Gedächtnis etwas im Stich, und als er später, von Gewissensbissen geplagt, nachrechnete, kam er am Abend darauf, daß er hier eine Spezifizierung von Exportwaren gegeben hat, die in der Summe nicht 250 kg, sondern 650 kg ausmacht, also ein Fehler, von dem man glauben sollte, daß das Institut bei einer einfachen Addition daraufkommen müßte. Aber das Institut hat sich nicht mehr gerührt, die gefragten Zahlen einfach ungesehen in die Statistik hineingenommen und damit einen Trugschluß begangen, dem der Kaufmann selbst in gutem Glauben unterlegen ist. Derartige Fehler kommen sicherlich nicht nur in einzelnen Fällen vor, sondern wiederholen sich ununterbrochen.

Nehmen wir aber, um noch weiter bei den Statistiken und offiziellen Ziffern zu bleiben, einmal die Exportziffern her. Da möchte ich fragen, ob in den Exportziffern, die uns bekanntgegeben werden und auf die sich der Herr Bundeskanzler gestern in seinem Bericht über unsere Exporterfolge auch berufen hat, auch jene Luftexporte, jene Exporte von Kisten mit Luft oder Quellwasser drinnen sind, für die sich betrügerische Exporteure nachher die Umsatzsteuerrückvergütungen bei den Finanzämtern kassiert haben. Die zu Unrecht behobenen Vergütungen gingen, wie wir aus den Zeitungen erfahren haben, in die Hunderttausende, und hernach müssen die fingierten Umsätze in die vielen Millionen gegangen sein. Aber auch diese falschen Teilziffern stecken in den offiziellen Exportzahlen drinnen, sind meines Wissens nie berichtigt worden und lassen daher die Ziffern in toto zumindest als zweifelhaft erscheinen.

Der Herr Bundeskanzler muß also schon gestatten, daß ich einigen der von ihm gebrauchten Zahlen gegenüber skeptisch bin und mich hinsichtlich der Lebensmittelpreise keineswegs nur auf die offiziellen Indizes, sondern lieber auf die Erfahrungen der Konsumenten stütze, die seit 1952 absolut keine Verbilligung, sondern nur eine fortwährende schleichende Teuerung bemerkt haben. Und daß tatsächlich gegenüber dem Jänner des Vorjahres eine solche Teuerung eingetreten ist, gibt ja auch das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einem Prozentsatz von 3 selber zu.

Der Herr Bundeskanzler sagte hiezu: Freilich, einzelne Preise seien gestiegen, aber es wäre verfehlt, daraus auf eine generelle Preisbewegung zu schließen. Und er knüpfte daran die Bemerkung, es sei nun einmal so, daß sinkende Preise mit Stillschweigen quittiert würden, während steigende die ganze Publizität auf sich zögen, wozu die ÖVP Beifall gespendet hat. Was der Herr Bundeskanzler nun unter „einzelnen Preisen“ meint, hat er allerdings nicht gesagt, denn nur so einzelne Waren sind das nicht, die da fortwährend teurer werden, das ist schon ein ganz schönes Warenbuket, das sich ständig verteuert hat: im Jänner, um nur den zu nehmen, der Kakao um 14 Prozent, das Petroleum um 2 Prozent, das Heizöl um 7 Prozent, die Kinokarten um 50 Groschen bis 1 Schilling pro Stück, die Erhöhung der Friseurtarife soll auch nicht vergessen werden, und ohne ersichtlichen Grund, ohne daß jemand in der letzten Zeit dagegen Protest erhoben hat, sind beispielsweise die Preise in den WÖK-Speisehäusern verteuert worden. Und weitere Erhöhungen drohen. Das Zeitungspapier soll um 9 Prozent verteuert werden, und ob es nur beim Zeitungspapier bleibt, steht noch dahin. Dann kommt die drohende Erhöhung der Rundfunkgebühren. Ob die Milch nicht teurer werden wird, müssen wir auch erst abwarten, denn die Sanierung des Milchwirtschaftsfonds mit 20 Millionen Schilling hat ja bloß eine Lücke bis zum März geschlossen, und was dann sein wird, werden wir erst erfahren.

Es war also keineswegs so, daß es sich nur um einzelne Preiserhöhungen handelt, von denen der Herr Bundeskanzler sagt, das sei nun einmal so in einer freien Wirtschaft, daß sich die Preise gegenseitig regulieren, daß einige steigen und andere fallen, das könne man nicht verhindern.

Meine Damen und Herren! Der Präsident der Internationalen Arbeitsorganisation, Herr David Morse, hat festgestellt, daß der Reallohn in Österreich nicht, wie die Regierung behauptet, gestiegen, sondern um 1 Prozent gesunken ist. Derartige Feststellungen, so unbequem sie

der Regierung immerhin sein mögen, verdienen doch, nicht ohne weiteres übergangen zu werden, wie dies im gestrigen Referat des Herrn Bundeskanzlers geschehen ist.

Nun aber zur Arbeitslosigkeit. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die rückläufige Bewegung der Arbeitslosigkeit im Gegensatz zum vorigen Jahr bereits im Jänner eingesetzt hat. In der Tat sind ja die Ende Jänner bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Beschäftigungslosen — 230.000 — Ende Februar um ungefähr 10.000 weniger geworden. Wenn aber der Herr Bundeskanzler nun darauf hinweist, daß diese Erscheinung umso bemerkenswerter ist, als heuer auch die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Genuß der Arbeitslosenversicherung gekommen sind — Ende Jänner 21.662 —, so muß ich hinwiederum erwidern, daß deswegen noch keineswegs alle Beschäftigungslosen bei den Arbeitsämtern vorgemerkt oder noch vorgemerkt sind. Man kann natürlich darüber streiten, ob die Arbeitslosigkeit mehr strukturell oder konjunkturell, saisonbedingt ist oder andere Gründe hat. Daß aber die relativ noch immer hohe Winterarbeitslosigkeit einen schweren Schatten auf die Konjunktur wirft, hat ja auch das Institut für Wirtschaftsforschung selbst zugegeben. Und da nun die hohe Winterarbeitslosigkeit vor allem zu Lasten des sehr stark saisonbedingten Baugewerbes geht, sind zu diesem Punkte einige Feststellungen notwendig.

Das Baugewerbe war noch in der ersten Hälfte 1954 unterbeschäftigt. Erst in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres setzten durch die staatlichen Zuwendungen, die übrigens zu spät erfolgten, die Konjunkturbewegungen ein. Aber diese gegenwärtige Konjunktur — und beim Baugewerbe kann man ruhig von einer Hochkonjunktur sprechen — zeigt auch ungesunde, ja geradezu hektische Züge. Die Bewältigung von Baulosen mit einer Erdbewegung von 500.000 bis 600.000 Kubikmetern in rund 200 Arbeitstagen, die dem Baugewerbe hierfür zur Verfügung stehen, erfordert den Einsatz der allermodernsten Großgeräte, was sich vielleicht die Amerikaner erlauben können, welche aber bei uns erst in zehn Jahren amortisiert würden. Reißt die Konjunktur aus irgendeinem Grunde früher ab, dann werden die Geräte praktisch wertlos, ihre Anschaffung war unrentabel. Einer raschere Amortisation wäre nur durch Mehrschichtenarbeit, wie sie in USA, England, Frankreich und — Verzeihung — Westdeutschland besteht, möglich; da könnten die maschinellen Ausrüstungen früher amortisiert werden.

Die derzeitige Forcierung unserer Bauwirtschaft wird sich daher, fürchte ich, trotz aller

Bemühungen der Bundesregierung auf lange Sicht und Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Es werden dann aber andere unliebsame Konsequenzen eintreten, denn die Bauwirtschaft zieht wie ein Sog die Arbeitskräfte aus den verschiedensten Sparten an sich, und wir sind heute schon so weit, daß sich in der Saison die Unternehmungen gegenseitig die Arbeitskräfte wegkapern. Was dann, wenn diese Konjunktur abreißt? Sie ist ja nicht bloß auf die österreichischen Verhältnisse allein gegründet, sondern sie ist im wesentlichen eine Teilerscheinung der Weltsituation, der Weltkonjunktur, und muß daher zwangsläufig auch von den Erscheinungen auf dem Weltmarkt berührt werden. Ein ganzes künstlich geschaffenes Heer von Beschäftigungslosen würde dann plötzlich auf den Arbeitsmarkt zuströmen, und hier liegt eine latente Gefahrenquelle vor, die nicht zu übersehen ist. *(Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.)*

Aber zu den Investitionen möchte ich noch folgendes sagen: Der Herr Bundeskanzler hat ganz besonders unser Investitionsprogramm und unsere Investitionstätigkeit gelobt. Nun sind aber keineswegs alle Investitionen, die aus den Counterpartmitteln gemacht wurden, auch rentabel gewesen. Erlauben Sie mir auch ein verhältnismäßig untergeordnetes, aber sehr bezeichnendes Beispiel. Eine Kleiderfutterfabrik in Silz, Ötztal, wurde aus ERP-Mitteln mit hochmodernen Maschinen ausgestattet. Aber wenn man nun glauben sollte, daß dieses Unternehmen jetzt viel verdienen und einen florierenden Geschäftsgang aufweisen würde, so irrt man, denn um diese große Kapazität auszunützen, fehlt der Absatz. Es müßte in drei Schichten gearbeitet werden, damit diese Maschinen sich rentieren, und dafür ist das Verkaufsvolumen nicht da.

Ich behaupte nun, daß vielfach falsch investiert wurde, daß unrentable Großbetriebe hochgezüchtet wurden, während dem kleinen und dem mittleren Gewerbe, das eigentlich Träger einer stabilen Wirtschaft und, nicht zu vergessen, des Großteils des Steueraufkommens ist, die so notwendigen Kredite sehr oft gefehlt haben und noch fehlen. Ob die moderne neue Coca-Cola-Fabrik, die hier in Wien mit einem Millionenaufwand gebaut wurde, nun gerade ein Beispiel einer so günstigen Investitionspolitik sein wird, lasse ich auch dahingestellt.

Ein Wort noch über die Steuerpolitik. Der Herr Bundeskanzler konnte zweifellos mit Erfolgen der Steuerpolitik aufwarten: mit der zweimaligen Senkung des Steuertarifs, jetzt mit dem angekündigten Wegfall von acht Verbrauchsteuern und so fort und mit der bevorstehenden Pauschalierung der Steuer der Kleingewerbetreibenden. Was den Wegfall der acht

Verbrauchsteuern anlangt, zu dem unter anderem vom Herrn Finanzminister gesagt wird, daß dadurch auch eine Ersparnis an Verwaltungskosten eintreten wird, möchte ich nur am Rande anmerken, daß ich mit dem gleichen Argument beispielsweise den Wegfall der einen wesentlich geringeren, an sich völlig geringfügigen Ertrag bringenden Hausbranntwein-Kontrollgebühr bei der Einbringung der Vorlage vor einiger Zeit gefordert habe, aber hier auf taube Ohren stieß. Immerhin, Einsicht muß anerkannt werden, auch wenn sie spät kommt, und der Wegfall dieser überflüssig gewordenen Verbrauchsteuern wird sehr erfreulich sein.

Der Herr Bundeskanzler hat aber über andere dringende Anliegen hinsichtlich einer Steuerreform, wie sie an dieser Stelle so oft gefordert worden ist, nur unklare oder gar keine Auskünfte gegeben. Er hat zum Beispiel kein Wort über die Phasenpauschalierung der Umsatzsteuer gesprochen, die ebenfalls ein dringendes Anliegen der Wirtschaft, zumindest des kleinen Gewerbestandes darstellt. Was der Herr Bundeskanzler über die Haushaltsbesteuerung gesagt hat, war außerordentlich orakelhaft. Jede antike Pythia hätte ihn um den Doppelsinn seiner Worte beneiden müssen, denn es ging daraus nicht hervor, ob jetzt die Haushaltsbesteuerung in der bisherigen Form wirklich fallen oder ob sie bleiben soll.

Beim Außenhandel hat sich der Herr Bundeskanzler, wie ich schon erwähnte, auf den steigenden Export berufen, allerdings vergessen hinzuzufügen, daß beispielsweise im Jänner die Importe um 414 Millionen Schilling auf 1693 Millionen Schilling und die Exporte um 269 Millionen Schilling auf 1258 Millionen Schilling zurückgegangen sind. Man darf also aus den erfreulich günstigen Ergebnissen des Jahres 1954 auch nicht zu weitgehende Rückschlüsse auf den Außenhandel ziehen und allzu große Hoffnungen auf eine dauernd günstige Entwicklung in der Zukunft hegen.

In seinem Buch „Die radikale Geldreform“ behauptet der Verfasser, Dr. Kapfinger, daß sich die soziale Oberschicht in Österreich von 4 Prozent auf 1 Prozent verringert, die Masse der Besitzlosen aber von 60 auf 77 Prozent vermehrt habe. Um Prozente wollen wir hier nicht streiten; es mag schon sein, daß dieses eine Prozent, von dem der Herr Dr. Kapfinger spricht, die Hochkonjunktur wirklich gemerkt hat. Offenbar gehört zu diesem Prozent jene Schar von Menschen, die sich beispielsweise zu Silvester des verflossenen Jahres in einem Wiener Nobelpensionat ein Abendessen um 900 S leisten konnten, aber die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hat von dieser Hochkonjunktur allerdings nichts oder nur sehr wenig bemerkt.

Daß es gelungen ist, den Schilling eine Zeitlang stabil zu halten, ist hocherfreulich, aber es ist noch lange kein Grund, übermütig zu werden.

In Amerika merkt man bereits ein Abflauen der Konjunktur — Gewerkschaften waren dort mit Lohnkürzungen einverstanden —, und man hat schon eine Erhöhung des Goldpreises von 35 Dollar je Unze in Erwägung gezogen. Diese Abwertung des Dollars wird man sich drüben gewiß noch gut überlegen, aber die Frage ist erlaubt, wie die Auswirkung auf die übrige Welt wäre, zum Beispiel auf Österreich. Ich bezweifle, daß Österreich heute schon krisenfest genug ist, um eine derartige Veränderung der Weltmarktlage ohne weiteres und ohne schwere Schäden zu überstehen. Aber das sind Einzelbemerkungen.

Zum Wesentlichen möchte ich noch etwas ganz anderes sagen. Der sogenannte Kamitz-Kurs hat es zustandegebracht, die in den fünf Etappen der bisherigen Lohn- und Preisabkommen widergespiegelte stürmische Aufwärtsentwicklung der Preise und der diesen immer nur später und teilweise folgenden Löhne und Gehälter abzustoppen, und zwar durch keinen Stillstand, aber doch durch eine viel ruhigere Entwicklung zu ersetzen. Der Grundfehler aber war der, daß auch der sogenannte Kamitz-Kurs das ihm vorangegangene Preis- und Lohngefüge übernommen und von ihm seinen Ausgang genommen hat. Kleine, in ihren Auswirkungen meist schon zur Zeit der Durchführung durch Preisentwicklung überholte Verbesserungen des Lohnschemas — wie die sogenannte Entnivellierung der Gehälter und Löhne der öffentlich Angestellten, so bedeutend sie das Budget belasten — spielen dabei für die Betroffenen selbst kaum eine nennenswerte Rolle. Das Wirtschaftskonzept der Regierung hat also auf einem Grund gebaut, der selbst morsch und brüchig war. Das an sich völlig verzerrte, fehlerhafte, unrichtige Preis- und Lohngefüge ist dadurch nicht besser und nicht richtiger geworden, daß es nun künstlich stabilisiert wurde. Es ist verzerrt, falsch und ungesund geblieben.

Wichtige Nahrungsmittel, wie zum Beispiel die Milch, haben keinen echten, sondern einen politischen Preis. Da aber niemand dauernd unter seinen Gestehungskosten produzieren kann, zahlt der Staat, das heißt die Allgemeinheit, in Form von Subventionen, die aus Steuermitteln stammen, die Differenz wieder darauf. Diese Wohltat kommt aber dem Konsumenten nur scheinbar zugute, denn auf dem Umweg über die öffentlichen Abgaben wird ihm, was er auf der einen Seite erspart, auf der anderen Seite mit Zinsen wieder abgenommen. Die Zinsen sind die hohen Kosten für den auf-

geblähten, mit Parteigünstlingen der Regierungskoalition reichlich bestückten Verteilerapparat. Die sogenannte freie Wirtschaft hier und die Zwangswirtschaft dort vertragen sich eben nicht zu gleicher Zeit und am gleichen Ort, und der von der Regierung so hoch gerühmte Kompromiß ist in Wahrheit nur ein Beweis der Unmöglichkeit, aus diesem Teufelskreis herauszukommen, wenn die eine Seite fortwährend hü! und die andere hott! schreit. Solange das gegenwärtige Subventionssystem mit seiner den Staatshaushalt belastenden, in die hunderte Millionen gehenden Riesenhypothek nicht beseitigt wird, kann von einem gesunden Preisgefüge keine Rede sein. Das gleiche gilt auch — ich scheue mich gar nicht, es hier auszusprechen — von den Mietzinsen, deren aus parteipolitischen Gründen wirtschafts- und vernunftswidrig durch Zwang stabilisiertes Niveau der Gesamtwirtschaft und damit auch den Mietern selbst fortlaufend einen horrenden Schaden zufügt.

Nun wird freilich kein Vernünftiger in dieser Lage daran denken können, durch eine plötzliche Aufhebung der versteinerten Wirtschafts-Zwangsgesetze den Dingen einfach freien Lauf zu lassen und eine Preislawine ins Rollen zu bringen, die den ehrlich und schwer genug arbeitenden Menschen in Österreich — deren Realeinkommen ohnehin weit unter dem Einkommensniveau der meisten zivilisierten Staaten liegt — unter sich begraben müßte. Die Wiederherstellung echter Preise setzt auch echte Löhne und Gehälter voraus, die zur Bestreitung der wahren und nicht der künstlich verzerrten Lebenshaltungskosten, wie sie in den Indizes wiedergegeben werden, hinreichen würden.

Diese beiden Aufgaben sind naturgemäß in gleicher Weise sehr schwierig, aber ihnen einfach aus dem Weg zu gehen und die Dinge treiben lassen, so wie man sie übernommen hat — sie im besten Falle nicht weiter zu verschlimmern, aber keineswegs zu verbessern —, das ist keine staatsmännische und wirtschaftspolitische Lösung. Die schweren Strukturfehler des österreichischen Preis- und Lohngefüges werden niemals verschwinden, wenn man sie „stabilisieren“, das heißt verewigen will. Wenigstens einen ehrlichen Versuch zu einer organischen Bereinigung dieses Kernproblems der österreichischen Wirtschaft zu machen, dazu hat der Regierung einfach der Mut gefehlt. Niemand darf sich daher wundern, wenn dieses stolze Stabilisierungsgebäude jeden Augenblick ins Wanken geraten kann.

Und nun komme ich auf meine eingangs gemachte Bemerkung zurück, daß noch ein anderer Grund für das uns gestern gegebene Wirtschaftsexposé der Regierung vorliegen

muß als der offiziell bekanntgegebene, denn der Herr Bundeskanzler Raab, der zweifellos eine gewisse Witterung für unausweichliche künftige politische und wirtschaftliche Entwicklungen besitzt, was er schon mehrmals bewiesen hat, dürfte auch jetzt schon in seinem Innersten von der Unabwendbarkeit des Wiederanlaufens der Preis- und Lohnspirale überzeugt sein. Ich habe den Eindruck, daß seine Warnungen nicht zuletzt auch dazu dienen sollen, um sich und der Regierung rechtzeitig ein Alibi zu verschaffen, wenn dann jene Entwicklung eintritt, die vielleicht heute schon als unabwendbar erkannt wird.

Aus den Gründen, die ich dargelegt habe, stimme ich gegen den Bericht der Regierung.

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Maleta zum Wort.

Abg. Dr. **Maleta**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir leben in einer hastigen, überaus vergeßlichen Zeit. Man vergißt die Nöte und Sorgen der Vergangenheit, und man verkleinert die Erfolge, die unter größter Mühsal und allergrößten Schwierigkeiten errungen werden mußten. Der Alltag mit seinem kleinlichen Getriebe trübt den Blick für die Zusammenhänge. Aber es gibt Momente, in denen alles wieder klar sichtbar und erkenntlich wird, Augenblicke, in denen wir eine innere Distanz zu den Geschehnissen gewinnen und somit zu einer echten Bewertung des anfänglich so aussichtslosen, im Rückblick jedoch so erfolgreichen Weges gelangen, den Österreich von 1945 bis heute zurückgelegt hat.

Eine solche Stunde der Selbstbesinnung erlebten die Abgeordneten dieses Hauses gestern während der Rede des Herrn Bundeskanzlers. Er nannte sie zwar schlicht und einfach einen Rechenschaftsbericht, aber dieser Rechenschaftsbericht beinhaltet eine imposante Leistungsschau und kann als großartiger Erfolgsbericht einer zielstrebigem und klugen Politik gewertet werden. Aus einer unglaublichen Fülle von Einzeltatsachen gestaltete der Kanzler ein Bild des wirtschaftlichen Aufstiegs Österreichs, das sich aus der beispiellos katastrophalen wirtschaftlichen Situation des Jahres 1945 trotz einer ebenso beispiellos schwierigen politischen Situation zu der wirtschaftlichen Hochkonjunktur von heute entwickelt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sicherlich gibt es in diesem Erfolgsbericht auch einige Hinweise auf im Augenblick noch nicht befriedigend gelöste Probleme, die noch einer Besserung und endgültigen Lösung harren. Aber es ist wenig Schatten unter viel Licht, und das scheint mir das Entscheidende zu sein.

Daher ist es heute nicht meine Aufgabe, einzelne Punkte aus der Fülle des Tatsachen-

materials näher zu beleuchten, sondern es gilt, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden und auf die großen Zusammenhänge hinzuweisen. Denn die ganze Fülle der wirtschaftlichen Einzelmaßnahmen der Regierung ist letzten Endes doch nur das Produkt einer politischen Strategie und eines zähen Kampfes.

Es freut mich daher als Redner der Volkspartei ganz besonders, daß wir diesen Rechenschaftsbericht des Bundeskanzlers, den wir gleichzeitig mit Stolz unseren Bundesparteiohmann nennen (*Beifall bei der ÖVP*), einer sozialistischen Anfrage zu verdanken haben. Sicherlich ist die Tatsache, daß der Herr Kanzler diese Anfrage mit einem so ausführlichen Bericht beantwortete, auch ein hinlänglicher Beweis dafür, daß seine Politik Anfragen nicht zu scheuen hat und daß er und seine Politik gar wohl bei einer offenen Erörterung im Haus und vor dem ganzen österreichischen Volk nur zu gewinnen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist freilich nicht zu leugnen — und ich habe auch gar nicht die Absicht, eine Geschichtslüge zu begehen —, daß der Bericht des Kanzlers ein Bericht der Koalitionsregierung ist. (*Abg. Marianne Pollak: Na eben!*) Diese Koalition ist schon oft als eine Vernunfttehe bezeichnet worden, die im Jahre 1945 aus dem politischen Instinkt der beiden Großparteien geboren und die von der Masse der Österreicher aus dem gleichen politischen Instinkt heraus gebilligt wurde. Die Koalition war nicht immer populär und konnte es auch nicht immer sein. Sie hat es auch nicht leicht, weil es sich bei dieser Vernunfttehe um die Zusammenarbeit zweier Parteien handelt, die gerade in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen — und gerade solche waren in erster Linie in den letzten Jahren zu entscheiden — weitgehend in ihren Auffassungen divergent sind. Aber wir wissen heute mit Sicherheit, daß wir dieser Zusammenarbeit die politische Stabilität der Verhältnisse in Österreich und daher indirekt auch den wirtschaftlichen Aufschwung zu verdanken haben, weil durch sie der innere Friede bewahrt werden konnte und Österreich von schweren politischen Auseinandersetzungen verschont blieb. Denn ohne inneren Frieden gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich leugne nicht, daß diese Politik nicht immer von allen Wählern aus dem nicht-sozialistischen Lager, besonders aus den Kreisen des VdU, verstanden wurde, die uns immer wieder das westdeutsche Beispiel vor Augen hielten. Aber gerade heute zeigt die jüngste Entwicklung in Deutschland, daß

das Alleinregieren auch seine Schattenseiten hat, weil zwei Massenparteien, wenn sie sich ständig nur als Regierung und Opposition gegenüberstehen, in ihrer Haltung mit der Zeit so weit auseinanderklaffen, daß sie eines Tages überhaupt nicht mehr zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können, auch wenn es die Not der Stunde gebieten würde.

Allerdings, meine Damen und Herren, muß ich dieser Feststellung nunmehr eine andere gegenüberstellen. Die Tatsache, daß beide Parteien den inneren Frieden aufrechterhalten haben, beweist nur, daß sie ein gemeinsames Verdienst an der Schaffung der Voraussetzungen des wirtschaftlichen Aufstieges haben. Sie beweist aber noch lange nicht, daß die wirtschaftlichen Grundsätze, die dann tatsächlich den wirtschaftlichen Aufstieg herbeigeführt haben, im gleichen Ausmaß auch die Grundsätze der Sozialistischen Partei sind (*Zustimmung bei der ÖVP*), es sind vielmehr die Grundsätze der Volkspartei. Kurz gesagt kann man den Anteil der beiden Koalitionsparteien am gestrigen Erfolgsbericht der Regierung wie folgt definieren: Die Regierung Raab-Schärf zeichnet für die politische Stabilität, der Kurs Raab-Kamitz aber brachte den wirtschaftlichen Aufstieg. (*Starker Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe und Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Da lächelt selbst der Maleta!*)

Von diesem Hintergrund aus wollen wir nun einmal die Regierungserklärung untersuchen. Erinnern wir uns doch der Auseinandersetzungen um die Richtigkeit jener Politik, die heute vor dem österreichischen Volk ihren Erfolg präsentiert. (*Abg. Frühwirth: Das ist die sozialistische Investitionspolitik!*) Durch den Bericht des Herrn Kanzlers zieht sich wie ein roter Faden der Hinweis (*Abg. Marianne Pollak: Sehr richtig!*) — er ist manchmal gerissen und geknüpft worden —, daß erst die Stabilisierung der Währung die Voraussetzung für alle anderen Wirtschaftsmaßnahmen geschaffen hat. Lieber Herr Kollege Pittermann, Sie lächeln zwar, aber sagten Sie nicht einmal: Was haben wir von einem hohen Schillingkurs in Zürich bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit? (*Abg. Dr. Pittermann: Sehr richtig! — Lebhafter Zustimmung bei der SPÖ.*) Das Gegenteil ist eingetroffen: Wir haben einen stabilen Schilling und eine Vollbeschäftigung. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Ein anderes Beispiel: Gestern hörten wir aus dem Bericht des Herrn Kanzlers die stolzen Hinweise auf die erfolgten Einkommen- und Lohnsteuersenkungen, die das Realeinkommen in Österreich erhöhten. Erinnerte sich vielleicht bei dieser Stelle der Herr

Minister Waldbrunner, daß er im November 1953 die Forderung nach Steuersenkungen als demagogische Phrase der ÖVP bezeichnet hat? (*Abg. Dr. Pittermann: Kamitz erinnert sich auch an manches nicht!*) Haben wir bereits vergessen, daß sozialistische Wirtschaftstheoretiker von diesen Steuersenkungen große Einnahmehausfälle erwarteten, während wir gestern vom Herrn Kanzler hörten, wie in den vergangenen beiden Jahren die Einnahmen des Staates den Voranschlag um hunderte Millionen überschritten haben? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder hörten wir nicht auch, daß die Ablehnung der Finanzierung der öffentlichen Investitionen mittels inflatorischer Maßnahmen durch Minister Kamitz ihm den Vorwurf eintrug, überhaupt ein Gegner arbeitsbeschaffender Investitionen zu sein, während er in Wirklichkeit lediglich um die wirtschaftlich richtige Finanzierung dieser Investitionen kämpfte und sie ermöglichte? Hat man nicht als Folge unserer Zollpolitik Preiserhöhungen vorausgesagt, während in Wirklichkeit die Importpreise durch die Liberalisierungsmaßnahmen gesunken sind? Hat man denn nicht überhaupt die Wirtschaftspolitik der Volkspartei, wegen deren Grundsätzen man sogar eine Regierungskrise und Neuwahlen riskierte, als eine volksfeindliche Politik der besitzenden Schichten für profitgieriger Unternehmer, anonyme Bankdirektoren, Industrieführer und Kartellherren bezeichnet? Heute hingegen dokumentiert sich diese Politik als die Politik einer echten Volkspartei für das gesamte Volk, für alle schaffenden Menschen dieses Landes, nicht zuletzt für die Arbeiter und Angestellten (*lebhafter Beifall bei der Volkspartei*), die die Erfolge dieser Politik in einer Erhöhung ihres Realeinkommens spüren, und aus der viele Menschen, die nicht das Parteibuch der ÖVP in der Tasche tragen, sondern sie bekämpfen, ihren Nutzen ziehen.

Sicher können auch diese offensichtlichen Erfolge politische Gegner nicht überzeugen; täten sie es, verlören sie ja ihre Daseinsberechtigung. Deshalb werden heute hier Redner der Kommunistischen Partei und des VdU sicherlich Kritik an der gestrigen Regierungserklärung üben. Vielleicht werden sie einiges Gute an der Regierungserklärung finden, aber ich erinnere mich an ihre Versammlungsredner und an die Schreibweise der „Neuen Front“. (*Abg. Stendebach: Erinnern Sie sich an die Budgetrede! Da haben wir alles vorausgesagt!*)

Die Kritik der Kommunisten ist vergleichbar mit der Vorgangsweise eines zerschlagenen Bettlers, der einem gut und ordentlich angezogenen Mann erklärt, er würde noch besser

angezogen sein, wenn er seine Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben würde. (*Abg. E. Fischer: Gar so gut seid ihr politisch wieder nicht angezogen! — Abg. Dr. Hofeneder: Schaut, daß ihr nicht ausgezogen werdet! Er soll schauen, daß er nicht einmal in einem Säuberungsprozeß ausgezogen wird!*) Es ist eine weltpolitische Groteske, daß ausgerechnet die Vertreter der kommunistischen Weltanschauung, in deren Ländern der düstere Alltag eines grauen Lebens in bitterer Armut herrscht, den Menschen in Ländern mit höherem Lebensstandard einreden wollen, deren Regierungen seien volksfeindlich und nur der Kommunismus garantiere einen besseren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Nun aber zum VdU und zu seinen Rednern in den Versammlungen. Meine Herren! Sie haben in den vergangenen Jahren die ÖVP oft der Schwäche und Nachgiebigkeit geziehen und ihr vorgeworfen, daß sie sich im Schlepptau der Sozialistischen Partei befinde. Der Rechenschaftsbericht des Kanzlers ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Volkspartei — und sie ist eine wirkliche Kraft, und zwar die erste politische Kraft in diesem Lande (*lebhafter Beifall bei der ÖVP*) — von der zerbeulten Dritten Kraft keine Belehrung braucht, wie man innerlich stark und geschlossen ist und wie man nach außen hin Erfolge erzielt. (*Abg. E. Fischer: Da habt ihr euch wieder zerstritten mit der Dritten Kraft!*)

Sicherlich haben zu diesem erfreulichen und positiven Ergebnis der Wirtschaftspolitik unserer Regierung der Fleiß, die Disziplin und politische Klugheit unseres Volkes maßgeblich beigetragen. Aber diesen Fleiß richtig zu lenken, den Arbeitswillen und das Vertrauen zu erhalten, das ist nur das Ergebnis einer zielbewußten Politik, der Politik unserer Partei und unseres Kanzlers.

Sicherlich haben auch unsere Freunde im Ausland maßgeblich zum heutigen Erfolg der Regierung beigetragen, denn sie haben uns nach dem beispiellosen Zusammenbruch des Jahres 1945 wiederaufbauen geholfen. Stets wird daher das österreichische Volk gegenüber dem Marshallplan, jener unerhörten Hilfeleistung des amerikanischen Volkes, eine Dankesschuld empfinden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber, meine Damen und Herren, andere Länder haben auch Hilfe erhalten, und diese Länder waren nicht vierfach besetzt, sondern waren in weit günstigeren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen als Österreich, und dennoch hat, wie ausländische Experten bestätigen, gerade Österreich zum Erstaunen und zur Bewunderung der Welt größere Auf-

bauleistungen mittels dieser Wirtschaftshilfen erzielt.

Wir Österreicher sollten darum wirklich nicht nur raunzen, kritisieren und es als selbstverständlich ansehen, wenn wir die Aufbauleistungen unserer Regierung behaglich in den Wochenschauen betrachten, sondern wir sollten uns dessen stets bewußt sein, daß die dort gezeigten Bilder der Investitionen, des Wiederaufbaues, ob Staatsoper oder Elektrizitätswerk, ob Staudamm oder Breitbandstraße, ob Autobahn oder Kindergarten, eine Leistung des österreichischen Volkes sind. Wenn wir in einem Führerstaate lebten, dann würden uns weit geringere Aufbauleistungen tagtäglich als grandioser Erfolg eingeleut werden, und wir müßten mit Dankparolen durch die Straßen ziehen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber, meine Damen und Herren, auch eine Demokratie braucht Selbstbewußtsein für ihre Leistungen. Ihre Stärke liegt allerdings darin, daß ihre Aufbauleistungen ohne Zwang und ohne Selbstentwürdigung des Menschen von freien Menschen in einem freien Staat und für ein freies und gesichertes Leben erbracht werden. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Es war der Wunsch des Kanzlers, die Bundesregierung bei der Bewältigung ihrer großen Aufgaben auch durch Ratschläge zu unterstützen. Ich möchte in diesem Sinne wenigstens eine Detailfrage, die mir von Bedeutung erscheint, herausgreifen. Das bemerkenswerte Absinken der Arbeitslosigkeit, das heuer, allen Traditionen zum Trotz, bereits im Februar zu verzeichnen war, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es heuer gelang, die Bautätigkeit auch während der Wintermonate in größtmöglichem Ausmaß weiterzuführen. (*Abg. Marianne Pollak: Wo am meisten?*) Schon jetzt zeichnet sich ab, daß wir, so wie im vergangenen Jahr, auch heuer wieder eine unerhörte Baukonjunktur erleben werden.

Nun ist aber bereits von den ewigen Kritikastern und Besserwissern die Befürchtung geäußert worden, daß angesichts der großen Bauvorhaben in der Gegenwart in späteren Jahren, wenn diese Bautätigkeit erschöpft sein wird, ein Massenaufgebot von Beschäftigungslosen aus der Bauwirtschaft vorhanden sein und Arbeit suchen wird. Man wird diese Frage, wie es sich für eine vorausschauende Wirtschaftspolitik gehört, sachlich zu prüfen haben, doch glaube ich, schon jetzt sagen zu können, daß diese Befürchtungen unbegründet sind. Das große Zehnjahres-Investitionsprogramm der Bundesregierung steckt bereits grundsätzlich einen weiten Rahmen

für die künftige Arbeitsbeschaffung. Auch konkrete Projekte sind in genügender Zahl vorhanden: der Ausbau und die Verbesserung des Straßennetzes, die Fertigstellung der Autobahn Wien—Salzburg und die Planung ihrer Weiterführung nach Süden. Auch der Ausbau unserer Wasserkräfte ist noch keineswegs abgeschlossen, und das Projekt Inter Alpen erschließt hier eine Möglichkeit der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Man sieht also — und das sei den Kritikern ins Stammbuch geschrieben —, daß es an großen Arbeitsvorhaben auf Jahre und Jahrzehnte hinaus nicht mangeln wird. Wir vertrauen auf das Können und den Weitblick unseres Finanzministers Kamitz, der zur gegebenen Zeit die materielle Voraussetzung für ihre Bewältigung schaffen wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Das walte Joham! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.)*

In wenigen Wochen werden wir in dieser Saale eine außenpolitische Debatte führen. Was immer ihr Ergebnis sein wird, ob wir echte Möglichkeiten für einen Staatsvertrag sehen oder nicht, und welche Wege einzuschlagen sind, um vielleicht doch dieses Ziel zu erreichen, eines jedenfalls steht fest, daß angesichts des gestrigen wirtschaftspolitischen Erfolgsberichtes am 27. April die Weltöffentlichkeit noch deutlicher erkennen muß, daß man einem solchen Volk mit solcher Kraft und solchen Leistungen endlich die Freiheit geben muß. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)* Nach zehn Jahren Kolonialherrschaft gebührt unserem Österreich als Herzstück des Abendlandes endlich die Freiheit!

In dieser ernsten, schwierigen, aber dennoch sichtbare Erfolge aufweisenden Zeit weiß die Österreichische Volkspartei an ihrer Spitze und als Regierungschef einen Mann voll Energie und Schaffenskraft, der uns der Garant dafür ist, daß wir auch in Zukunft die vor uns liegenden Hindernisse so wie in der Vergangenheit überwinden werden. *(Abg. Doktor Pittermann: Das haben wir schon beim Figl gehört!)* Wenn der Herr Bundeskanzler gestern in seiner Rede bescheiden erwähnte, daß ein einzelner kaum mehr imstande sei, die gesamte Volkswirtschaft in all ihren vielfältigen Wirkungsbereichen zu überblicken *(Abg. Ernst Fischer: Der Kamitz ist es!)*, so haben seine Ausführungen gerade das Gegenteil bewiesen. Wir haben das beruhigende Gefühl, daß er sehr wohl den Gesamtbereich der Wirtschaft überblickt und um die Nöte der Bauern genau so Bescheid weiß wie um die Anliegen der Arbeitnehmer oder der kleinen Gewerbetreibenden. Sicher ist heute jeder Staatsmann

in zunehmendem Maße auf die Fachleute angewiesen, um die schwierigen Spezialgebiete zu überschauen, und sicher ist es dem einzelnen heute fast unmöglich, selbst alle Details der volkswirtschaftlichen Entwicklung bis ins letzte zu kennen. Entscheidend aber für den politischen Führer ist der Sinn für das Wesentliche, das Erkennen der großen Entwicklungslinie, der klare Blick für das eigentliche Ziel, vor allem aber der Mut zur Verantwortung und das Feingefühl, die Grenzen zu erkennen, die das Mögliche vom Unmöglichen trennen. *(Abg. E. Fischer: Sie sind der reine Ministrant mit dem Weihrauchfaß! — Heiterkeit.)* Bei uns ist es viel einfacher, wir ministrieren einem Mann, und Sie ministrieren jedes Jahr einem anderen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zechtl: Aber Ministrant bleibt Ministrant!)* Ihr habt niemanden zum Ministrieren!

Aus all diesen Gründen erfüllt der Bericht des Kanzlers gerade die Abgeordneten unserer Partei mit Freude und Selbstbewußtsein. Sicher war es gerade für uns leicht, seine Politik zu stützen, weil die Volkspartei von allem Anfang an eine Partei des gesamten Volkes war und ist. Sie erfaßt alle Schichten der Bevölkerung, sie muß auf alle Rücksicht nehmen, sie muß bereits in ihrem Schoße wirtschaftliche Interessengegensätze ausgleichen. Gerade deshalb aber ist sie nicht gezwungen, bloße Standes- und Klasseninteressen zu vertreten, denn über alle wirtschaftspolitischen Zielsetzungen hinaus stellt die Österreichische Volkspartei nach wie vor eine ideologische Einheit dar. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Probst: Bis auf das Burgenland!)*

Aus diesem geschlossenen Weltbild ergibt sich das Bekenntnis zum Notwendigen sowie die Bereitschaft zum Verzicht, wenn es das gemeinsame Interesse erfordert. Daher beugen sich innerhalb unserer Partei die Bünde vor dem Gesamtinteresse, weil sie ganz genau wissen, daß ein unnachgiebiges Festhalten an einem scheinbaren Vorteil für ihre Berufsangehörigen einen viel größeren Nachteil nach sich ziehen würde, wenn dadurch das Gesamtinteresse geschädigt wird. Aus dem gleichen Grunde aber gereicht jede wirtschaftliche Hilfe, die die Politik der Gesamtpartei für einen einzelnen Berufsstand erringt, auch den anderen Berufsständen zum Vorteil, weil letzten Endes die gesamte Volkswirtschaft in sich verzahnt ist.

Deshalb protestieren die Arbeitnehmer in unserer Partei nicht gegen eine gesunde Bauernpolitik, weil sie ganz genau wissen, daß der wirtschaftliche Aufstieg und eine vernünftige Preisgestaltung der Landwirtschaft letzten Endes dem städtischen Konsum

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2913

menten seinen Bedarf sichern und Österreich zum Selbstversorger machen. Deshalb vergönnen in unserer Partei ebenso die Bauern den Arbeitnehmern sozialpolitische Erfolge, weil sie ganz genau wissen, daß die erhöhte Kaufkraft des Arbeitnehmers sich in ihren eigenen Taschen vorteilhaft auswirkt. Deshalb vergönnen bei uns sowohl die Bauern wie die Arbeiter der Industrie und den Unternehmern einen vergrößerten Export, eine gesteigerte Produktion, weil sie ganz genau wissen, daß hiedurch die Vollbeschäftigung gesichert wird, die letzten Endes ihnen selbst zugute kommt. Und deshalb können wir heute von einem wirtschaftlichen Aufschwung in Österreich reden, weil über alle Ichsucht und Nörgelei die Einsicht in die Gesamtnotwendigkeiten vorhanden war. Ich wage zu behaupten, daß ohne diese Einsicht die Volkspartei niemals das starke Instrument hätte sein können, mit dessen Hilfe der Kanzler seine erfolgreiche Politik durchgesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher wäre es falsch, zu glauben, wenn heute unser verehrter Präsident Böhm als Haupt des Gewerkschaftsbundes im Namen der Sozialistischen Partei die Regierungserklärung vom Standpunkt der Arbeitnehmerinteressen — allerdings so, wie er sie sieht — bewerten wird, daß unsere Bewertung vom Standpunkt einer Arbeitgeberpartei aus erfolgt. *(Abg. Freund: Mit Maleta-Augen wird er sie nicht anschauen!)* Denn eine Arbeitgeberpolitik, wie sie in der marxistischen Ideologie gezeichnet und verzeichnet ist, kämpft um das, was sie an Vorteil für sich auf Kosten der Arbeitnehmerschaft erraffen kann. Die Arbeitgeberpolitik der Volkspartei gibt den Arbeitgebern das, was ihnen für ihre Leistung, ihre Initiative und für ihr Risiko gebührt, aber sie zeigt ihnen ebenso klar, daß die Existenz der Arbeitgeber untrennbar verknüpft ist mit einem steigenden Wohlstand der Arbeitnehmerschaft. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Reimann: Das klingt sehr schön!)*

Diese geistige Haltung liegt letzten Endes der sozialen Marktwirtschaft zugrunde. Diese Wirtschaft bekennt sich zur freien und schöpferischen Initiative, sie befreit den wirtschaftenden Menschen von bürokratischen Schranken und Dirigismus. *(Abg. E. Fischer: Wo? Wo?)* Dort nicht, wo wir noch gehemmt sind von der Koalitionspartnerschaft! Diese gleiche soziale Marktwirtschaft legt aber auch die Verpflichtung auf, daß dieses so gewonnene Sozialprodukt der Erhöhung des Lebensstandards für die Gesamtheit dienen muß. Das Geheimnis des Erfolges dieser Politik hat sich auch in Österreich enthüllt, weil

der sogenannte Raab-Kamitz-Kurs ein praktischer Anschauungsunterricht für die Richtigkeit der theoretischen Lehre von der sozialen Marktwirtschaft war und ist.

Diese von sozialem Verantwortungsbewußtsein getragene Wirtschaftspolitik der Volkspartei hat es — und das ist wohl das Entscheidende — überhaupt erst ermöglicht, von sozialen Leistungen nicht nur zu reden, sondern sie auch zu vollbringen. Die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre, die Stabilisierung der Währung, die Ausgeglichenheit des Budgets, die Erhöhung des Real Einkommens, die Vollbeschäftigung, all dies ist ein Beweis dafür, daß die Volkspartei nicht nur eine ideologische Einheit, nicht nur eine wirtschaftliche Interessenvertretung, sondern auch eine moderne Sozialbewegung ist, die neue und eigene Initiativen entwickelte. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. E. Fischer: Te Julius laudamus! — Heiterkeit. — Gegenrufe bei der ÖVP.)* Die Kommunisten schreien aus ihrem Winkler vergeblich.

Andere haben gefordert, wir haben gearbeitet, und vom Ergebnis dieser Arbeit geben wir allen Schichten dieses Volkes Existenz und Sicherheit des Lebens. Wir sind nicht reaktionär in Gedankengängen der Vergangenheit steckengeblieben, sondern wir haben mit Erfolg versucht, neuartige Sozialprobleme unserer Zeit auch mit neuen Methoden zu lösen. Ich verweise lediglich auf die Initiative der Volkspartei zur Einführung der Kinderbeihilfe und zur Ausgestaltung des Familienlastenausgleiches. Ich verweise auf die Eingliederung der Volksdeutschen, ich verweise auf die Tötung des Rentenklaus, die Sicherstellung der Wertbeständigkeit der Renten. Ich verweise auf die Entnivellierung der Beamtengehälter, und ich verweise auf die Fülle sozialpolitischer Gesetze, die die arbeitenden Menschen unseres Volkes vor unvorhergesehenen Wechselfällen des Lebens schützen sollen. Wir wollen eben keine Proletarier, wir wollen keinen verproletarierten Mittelstand, sondern wir wollen freie Menschen, die von ihrem Einkommen, sei es aus selbständiger oder unselbständiger, aus landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeit, leben und für ihre Kinder sorgen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hüten wir uns vor einem Fehler. Sozialpolitik heißt nicht nur Obsorge für die Arbeitnehmer. Nach unserer modernen Auffassung von Sozialpolitik in der Volkspartei heißt sie Obsorge für alle sozial und wirtschaftlich Bedrängten, die ebenso unter den Selbständigen und sogar in den Arbeitgeberkreisen zu finden sind. Deshalb die Hilfe für Gewerbetreibende durch Kredite, Steuererleich-

terungen, Altersvorsorge, Familienbeihilfe, daher ebenso Hilfe für notleidende Agrargebiete durch Modernisierung, Rationalisierung, Mechanisierung, durch genossenschaftliche Hilfsmaßnahmen, Preisstützungen, Absatzregelungen etc.

Alle diese Hinweise widerlegen einen Vorwurf, der einmal gegen die Volkspartei erhoben wurde. Diese Volkspartei, so sagte man, betreibt überhaupt nur mehr Wirtschaftspolitik. Heute sage ich, daß diese Wirtschaftspolitik die Sozialpolitik erst ermöglicht und gerettet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch eines sage ich Ihnen ... *(Abg. Dr. Pittermann: Dafür bekommen Sie das Signum „Lauda“!)* Das hat schon der Fischer vorgebetet. Heute sind Sie nicht geistreich, Kollege Pittermann!

Und noch eines sage ich Ihnen: Wenn wir im kommenden Herbst unsere Oper und das Burgtheater eröffnen und Zehntausende in der ganzen Welt auf diese Stunde warten und in dieses Land der Kultur und des Geistes kommen werden, wenn sie mit Staunen die Leistungen unserer Schauspieler, Sänger, Dichter und Wissenschaftler bewundern werden, wenn sie die wiederaufgebauten Kulturstätten sehen werden, den Stephansdom und alles andere, was dem Herzen der Österreicher teuer ist, dann wird es sich vor aller Welt erweisen, daß die Tatsache, wieder eine geistige und kulturelle Großmacht zu sein, nicht zuletzt das Ergebnis der Politik in diesem Lande und ihrer wirtschaftlichen Erfolge ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sicherlich kann Kunst und Kultur nur dort sein, wo Menschen in gläubigem Idealismus ihr dienen und in ihrem Geist schaffen. Aber Idealismus allein nützt nichts. Er kann zwar Notzeiten überbrücken, er konnte im Jahre 1945 an kalten Wintertagen auf den Schutthalten des zerstörten Domes einzelne Kunstdenkmäler retten, er konnte zu einem Konzert in einem kahlen, nicht geheizten Saal begeistern, alles das kann er, aber er kann es nur kurze Zeit. Und so, meine Damen und Herren, ist die Wirtschaftspolitik unseres Kanzlers auch eine Tat österreichischer Kulturpolitik, weil er dafür die Voraussetzungen geschaffen hat. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Die Volkspartei wäre keine Partei dieses österreichischen Volkes, dieses Landes, sie wäre nicht der Träger des österreichischen Patriotismus und des Glaubens an die Sendung dieses Volkes, wenn sie über den Alltagssorgen das Geistige vergessen hätte. Und deshalb freut es uns, daß wir auf Grund der Finanzlage unseres Staates die Erhöhung des Kulturbudgets vornehmen konnten und all die

materiellen Aufbauleistungen auf dem kulturellen Sektor ermöglicht wurden.

Ich will nun zum Ende kommen. *(Abg. Dr. Reimann: Gott sei Dank!)* Das glaube ich euch, nach der Levitenrede. Eure Wähler werden mit größerem Interesse zugehört haben. *(Weitere Zwischenrufe bei der WdU.)*

Sicher war der gestrige Rechenschaftsbericht, so bedeutsam und erfreulich er auch war, nur eine Zwischenbilanz, denn wir wissen, daß sich in der Auswirkung der Konjunktur auf die Bevölkerungsschichten noch Unebenheiten befinden und der Lebensstandard zwar allgemein, jedoch nicht gleichmäßig gestiegen ist. Aber ein Blick in unser Land, ein Blick in die Arbeits- und Wohnstätten unserer Bevölkerung zeigt doch die grundsätzliche Tatsache einer bedeutenden Steigerung des Lebensstandards und des Realeinkommens. Die Menschen in Österreich können sich heute über die elementarsten Lebensbedürfnisse hinaus einen bescheidenen Luxus und verschiedene Annehmlichkeiten leisten. Dabei wollen wir gar nicht reden von der Motorisierung, an der auch bereits viele Arbeitnehmer Anteil haben, von der Möglichkeit, an billigen Ferienreisen und Vergnügungen teilzunehmen. Es ist eben deutlich sichtbar, was der Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung in trockenen Zahlen sagt, daß die Reallöhne von Juni 1952 bis Jänner 1955 um rund 11 ½ Prozent gestiegen sind. Ausländische Besucher, die Österreich nach einem Zeitraum von zwei oder drei Jahren jetzt wieder bereisen, sind jedenfalls voll Bewunderung für das, was in der Zwischenzeit vollbracht worden ist. Der österreichische Arbeiter ist mit unserem Wirtschaftssystem auch durchaus zufrieden, denn ein Blick über die Grenzen hinaus belehrt ihn, was es bedeutet, wenn der Kollektivismus in die Tat umgesetzt wird. Ist es daher nicht bemerkenswert, daß in Österreich, obwohl volle Freiheit für Demonstrationen und Streiks besteht und diese vom Staate nicht verboten sind wie anderwärts, im sogenannten Arbeiterparadies, Protestkundgebungen dieser Art Seltenheitswert besitzen? Wir dürfen dieses Phänomen zweifellos nicht nur der Disziplin der Arbeiterschaft zuschreiben. Es ist ein Ausdruck des Einverständnisses mit der politischen Führung und mit der wirtschaftlichen Situation. Unsere Arbeiter kaufen eben lieber in vollen Läden ein, als theoretisch Besitzer großer, aber leerer Warenhäuser zu sein.

So darf ich denn abschließend als Sprecher der Volkspartei die Zustimmung meiner Fraktion zum Bericht des Herrn Bundeskanzlers bekanntgeben. Sicherlich haben wir noch

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2915

nicht alle Hindernisse überwunden, noch nicht alle Ziele erreicht, doch der Weg, der zurückgelegt wurde, ist imposant. Was wir geleistet haben, haben wir nicht auf Grund der marxistischen Klassenkampftheorie vollbracht, wonach man den einen arm machen muß, um den anderen reicher machen zu können. Wir haben vielmehr in gemeinsamer Arbeit einen sich mehrenden Wohlstand geschaffen, an dem alle Bevölkerungsschichten, alle Berufe und alle Stände in gleicher Weise teilnehmen können. Indem wir den wirtschaftlichen Aufschwung mit freien Menschen in einem freien Staat erreicht haben, ist es uns auch gelungen, die ethische Begründung für unsere Wirtschaftspolitik zu finden. Aus allen diesen Tatsachen zieht die Volkspartei den einzig folgerichtigen Schluß, daß ihre Politik richtig war und sie diese Politik fortsetzen muß, allen Nörglern zum Trotz und dem Vaterland zu Nutz. Sie ist überzeugt, daß der österreichische Wähler zu unterscheiden weiß zwischen jenen Männern, die nur reden und kritisieren, und jenen, die währenddessen zielbewußt arbeiten. Letztere aber sind in unseren Reihen, an ihrer Spitze unser Kanzler Julius Raab! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann: Heil dir im Siegeskranz!* — *Abg. Weikhart: Heil unserem Führer!*)

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Honner zum Wort.

Abg. **Honner**: Sehr geehrte Damen und Herren! In einer zweistündigen Rede hat uns gestern der Herr Bundeskanzler Raab einen Bericht über die wirtschaftliche Situation unseres Landes gegeben, einen Bericht, wie die Regierung die Situation eben betrachtet. Er hat mit Lob für das Geleistete nicht gespart. Dr. Maleta hat allerdings kurz vor mir dieses Lob vorwiegend auf die ÖVP bezogen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Sie können es ruhig auf sich beziehen!*) Der Herr Bundeskanzler hat aber den arbeitenden Menschen, die in den zehn abgelaufenen Jahren Österreich wiederaufgebaut haben, den verdienten Lohn für diese Leistungen nicht einmal versprochen. Entkleidet man die Rede des Bundeskanzlers ihres Beiwerks, so bleibt die Feststellung: Die Regierung denkt nicht daran, ernstlich etwas zur Senkung der Preise zu tun, die Regierung denkt nicht daran, den Massenkonsum zu steigern, aber dafür tritt sie kategorisch den Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten, die auf der Tagesordnung stehen, entgegen. (*Abg. Machunze: Warum mußte denn Malenkow gehen?*)

Der Bundeskanzler hat erklärt, daß sich die Stabilität der Preise nicht garantieren lasse,

und damit hat er durchaus die Möglichkeit neuer Preissteigerungen offengelassen. Hingegen trat er dem Gedanken einer Lohn-erhöhung energisch entgegen. Der Bundeskanzler hat sich ferner gegen die Konsumsteigerung ausgesprochen, obwohl er selbst zugeben mußte, daß die Konsumgüterindustrie in unserem Lande noch lange nicht voll ausgelastet ist. (*Abg. Dr. Hofeneder: So wie in den Oststaaten!*) Mit keinem Wort hat der Herr Bundeskanzler auf die dringenden sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft hingewiesen — er ist, abgesehen von der Familienpolitik, gar nicht darauf eingegangen —, an deren Erfüllung aber die Arbeiterschaft ein dringendes, eminentes Interesse hat. Ich denke hier vor allem an die unerledigten Sozialgesetze, wie das Arbeitszeitgesetz, das Mutterschutzgesetz, das Arbeitsvermittlungsgesetz und das Gesetz über die Organisation der Arbeitsämter, das Personalvertretungsgesetz und andere. Gegen das erst in Ausarbeitung befindliche neue Sozialversicherungsgesetz laufen heute bereits die Unternehmer Sturm.

Mit einem Ziffernspiel, gestützt auf jene Statistiken des Instituts für Wirtschaftsforschung, die von den Arbeitern, in letzter Zeit auch auf den Gewerkschaftstagen, scharf kritisiert worden sind, hat uns der Herr Bundeskanzler ausgerechnet, daß die Real-löhne heute um 11 Prozent höher sind als im Juni 1952. Zugleich erklärte er, daß die Arbeitsproduktivität, also die Leistung der Arbeiter, in der gleichen Zeit um 24 Prozent gestiegen ist. Selbst nach diesen Ziffern ist also die Arbeitsleistung doppelt so stark gestiegen wie der Lohn. Die Hälfte der Produktionssteigerung ist also nur den Kapitalisten, nicht aber den Arbeitern zugute gekommen. Wenn aber die Arbeiter Lohn-erhöhungen verlangen, ruft ihnen der Herr Bundeskanzler ein energisches Halt entgegen.

Die Ziffern, die der Herr Bundeskanzler über die Preise anführte, muß man sich besonders gut anschauen. Wer immer einen Haushalt zu führen hat, lacht aus vollem Halse über die Behauptung, daß die Lebenshaltungskosten von 1952 an um 2 Prozent gefallen sind. Diese Ziffern, die besagen, daß die Lebenshaltungskosten um 2 Prozent gefallen sind, stammen vom Institut für Wirtschaftsforschung. Was man jedoch von den offiziellen und offiziellen Statistiken halten kann, zeigt am besten die Tatsache, daß das Statistische Zentralamt, eine staatliche Institution, im Gegensatz zum Institut für Wirtschaftsforschung keine zweiprozentige Senkung der Lebenshaltungskosten, sondern eine vierprozentige Erhöhung derselben für

denselben Zeitraum errechnet hat. Tatsache ist jedenfalls, daß Fleisch, Fett, Gemüse, Obst, Waschmittel und viele andere Waren nicht billiger, sondern teurer geworden sind. Darüber geben die Ziffern des Wiener Marktamtes beredete und genaue Auskunft. Die Teuerung ist eine Tatsache und kann auch durch die angekündigte geringfügige Senkung des Verkaufspreises für Zucker, Salz und Zündhölzer nicht wettgemacht werden. (*Abg. Krippner: Da wird die USIA wieder Tränen vergießen!*) Diesen Zwischenruf habe ich schon früher erwartet! Ich habe schon viel früher erwartet, daß Sie wieder „USIA“ schreiben!

In diesem Punkt, in der Frage der Entwicklung der Kosten der Lebenshaltung, sind die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers tendenziös und sollen offenbar den wahren Sachverhalt verschleiern, um den Arbeitern das grobe Nein auf ihre Lohnforderungen schmackhaft zu machen.

Hingegen entspricht die Aufzählung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Erfolge der Regierung durchaus den Tatsachen und läßt interessante Schlußfolgerungen zu. Die Herabsetzung der Einkommensteuer auch für die größten Einkommen, die Senkung der Vermögensteuer, die Umsatzsteuerrückvergütung, die Bewertungsfreiheit des betrieblichen Anlagevermögens, die Ausfuhrförderungsgesetze, die Begünstigungen durch das Schilling-eröffnungsbilanzengesetz, die großzügige Entschädigung der Aktionäre der nun verstaatlichten Betriebe und die gestern schon angekündigte Reform der Körperschaftsteuer, das alles sind Maßnahmen zur Förderung und Erhöhung der Profite der Unternehmer, zur Vermehrung des Luxus, zur Begünstigung der Kapitalisten. Die Wirtschaftspolitik, über die der Herr Bundeskanzler gestern berichtete, ist also eine Politik der Begünstigung der Kapitalisten, der Reichen und gleichzeitig eine Politik der Drosselung der Löhne und des Verbrauchs der arbeitenden Menschen.

Der Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen mit Stolz hervorgehoben, daß Österreich den Anschluß an den Weltmarkt gefunden habe. Der wesentlich gestiegene Export ist ein Gegenstand seiner besonderen Befriedigung. Natürlich muß ein Land wie Österreich, das über gewaltige Reserven an Rohstoffen, an Naturschätzen (*Abg. Krippner: Das Erdöl, das ist ein Naturschatz Österreichs!*) und über eine hochqualifizierte Arbeiterschaft verfügt, auf den Austausch von Waren mit anderen Ländern großen Wert legen. Natürlich ist die Einschaltung Österreichs in den Welthandel von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft. Aber es ist eine Tatsache, daß es heute einen einheit-

lichen Weltmarkt nicht mehr gibt, sondern zwei Weltmärkte und daß ein großer Teil der Welt, darunter die aufnahmefähigsten Länder, zu jenem zweiten Weltmarkt gehören, den der Herr Bundeskanzler Raab nicht einmal erwähnt hat. (*Abg. Wallner: Weil sie kein Geld haben, um zu zahlen!*) Riesige Anstrengungen werden nicht ohne Erfolg zum Beispiel in England, in Schweden, in Westdeutschland gemacht, um den Handel mit den Ländern des Ostens, vor allem mit der Sowjetunion und (*Abg. Krippner: Mit der USIA!*) mit dem riesigen China auszugestalten. Im Bericht der österreichischen Regierung fehlte jedes Wort über diesen Markt und seine Möglichkeiten.

Wenn der Herr Bundeskanzler vom Anschluß an den Weltmarkt sprach, so bedeutet das in erster Linie Anschluß an den westdeutschen Markt. Das ist eine Tatsache mit äußerst ernstesten Konsequenzen. Sogar der Herr Finanzminister hat im vorigen Jahr feststellen müssen, daß seit acht Jahren eine Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zuungunsten der Fertigwaren festzustellen ist. Die Ausfuhr von Holz, von Erzen und Schrott, von Eisen und Stahl, Papier, Pappe, Aluminium ist ständig gestiegen (*Abg. Krippner: Was ist mit dem Erdöl?*), während der Fertigwarenexport zurückgeht.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1954 betrug der Anteil der Fertigwaren am Gesamtexport nur 42 Prozent, die anderen 58 Prozent waren Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel. Hauptnutzniederer dieses Rohstoffexportes ist Westdeutschland. (*Abg. Wallner: Was ist mit dem Holz, das nach Ungarn geht?*) Fast zwei Drittel unserer Ausfuhr dorthin bestehen aus Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln. Ein Vergleich zwischen den Ausfuhren nach Westdeutschland im Jahre 1952 und im vorigen Jahr — beide Male beziehen sich die Ziffern auf die Ausfuhr der ersten neun Monate — ergibt folgendes Bild: Magnesit um 23 Prozent mehr, Holz um 47 Prozent, Zellulose um 203 Prozent mehr, Aluminium sogar mehr als 14mal so viel wie 1952. Elektrischer Strom wurde im Vorjahr bereits um 41 Prozent mehr nach Westdeutschland ausgeführt als vor dem Kriege, wobei bekannt ist, daß die westdeutschen Konzerne als Preis nur einen Bruchteil dessen bezahlen, was der österreichische Konsument für seinen Stromverbrauch zahlen muß. (*Abg. Krippner: Was kriegen wir für das Erdöl bezahlt?*)

Eines der dunkelsten Kapitel dieser Schleuderausfuhr, der Holzexport, ist bereits Gegenstand der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die die katastrophalen Folgen des Raubbaues an unseren Wäldern zu erkennen

beginnt. (*Abg. Wallner: Was ist mit den USIA-Schlägerungen?*) Da sind Sie schon einmal hineingefallen. Halten Sie lieber den Mund, sonst fallen Sie noch einmal hinein! (*Abg. Wallner: Reden Sie über den schwarzen Holzexport nach Ungarn!*)

Es ist bekannt, daß schon die Ankündigung, die Ausfuhr von Schnittholz nach Westdeutschland könnte eingeschränkt werden, die Ruhrkapitalisten zu einer frechen Erpressung an Österreich ermutigt hat, zu der Drohung: Wenn der Schnittholzexport eingeschränkt werden sollte, dann wird Westdeutschland die Kohlenausfuhr nach Österreich einschränken und drosseln.

Die Konjunktur, die wiederholt als Wirtschaftswunder bezeichnet worden ist, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Österreich zu einem Großlieferanten von Rohstoffen für die westdeutsche Industrie geworden ist. Die Kehrseite der Medaille ist, daß durch die Liberalisierung und eine Reihe anderer Begünstigungen der westdeutschen verarbeitenden Industrie ermöglicht wurde, den österreichischen Markt mit ihren Fertigwaren zu überschwemmen. Unsere Ausfuhrsteigerung ist von einer angesehenen kapitalistischen Zeitung des Auslandes, von der „Neuen Zürcher Zeitung“, schon am 28. Juli vorigen Jahres folgendermaßen eingeschätzt worden: „Österreich exportierte rares Realkapital und hob den Wohlstand außerhalb seiner Grenzen statt denjenigen im Inland.“ Österreich gerät, stellt das Schweizer Blatt weiter fest, in eine „zunehmende Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft vom Export und der Entwicklung in den Absatzländern“. Es ist ein schwerer Vorwurf, den dieses einflußreiche Kapitalistenblatt hier gegen die österreichische Wirtschaftspolitik erhebt, denn es müßte ja Aufgabe unserer Regierung sein, den Wohlstand im Inland, den Wohlstand des eigenen Volkes zu heben. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Im Lichte dieser Ziffern gesehen, zeigt sich, daß die Feststellungen des Schweizer Blattes vollkommen richtig sind. Das im Bericht des Bundeskanzlers oft zitierte Institut für Wirtschaftsforschung, eine halbamtliche Quelle, hat im Mai vorigen Jahres in seinem Monatsbericht festgestellt, daß die Ausfuhren im ersten Quartal 1954 um 85 Prozent höher waren als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres, und es hat daran die Feststellung geknüpft, daß ohne Erhöhung des Exportes die gesamte Produktion in Österreich nur ganz unbedeutend, nämlich um 1,2 Prozent, gestiegen wäre.

In seinem Jänner-Bericht hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung

festgestellt, daß Österreich heute beinahe so stark an Westdeutschland gebunden ist wie Irland an England. Während vor dem Krieg ganz Deutschland niemals mit mehr als 16 bis 18 Prozent am österreichischen Außenhandel beteiligt war, kommen heute 40 Prozent unserer Einfuhren aus Westdeutschland, wohin 25 Prozent unserer Ausfuhren gehen. Die Bindung Österreichs an Westdeutschland ist nach den Feststellungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes stärker als die Bindung aller anderen westeuropäischen Länder untereinander. Das ist der „Anschluß an den Weltmarkt“, von dem der Herr Bundeskanzler uns gestern berichtet hat!

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat diese Tatsachen in ihrer Nummer vom 23. Jänner dieses Jahres folgendermaßen eingeschätzt: Bonn hat alle Vorteile aus der Liberalisierung gezogen, sodaß sich im Warenverkehr zwischen beiden Ländern — zwischen Österreich und Westdeutschland — das Passivum zum Nachteil Österreichs im Laufe eines Jahres verdoppelt hat. Von Januar bis November 1954 stieg im Handel mit Westdeutschland der Import Österreichs um 65 Prozent und der Export um 42 Prozent. Das Ergebnis ist ein Importüberschuß von mehr als 2 Milliarden Schilling. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meint weiter, daß der Import aus Westdeutschland in tragbaren Grenzen gehalten und eine einseitige Abhängigkeit von Westdeutschland vermieden werden soll.

Der Bundeskanzler ist aber, nach seinen gestrigen Darlegungen zu schließen, offenbar anderer Meinung. Er ist, so scheint es wenigstens, noch stolz auf unsere wirtschaftliche Bindung an Westdeutschland, die sich zu einer immer stärkeren Abhängigkeit unseres Landes entwickelt, eine Entwicklung, die auch den politischen Anschlußtendenzen Vorschub leistet. Die einseitige Bindung der österreichischen Wirtschaft an Westdeutschland kann nicht ohne Folgen für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes bleiben. Je einseitiger nämlich die Wirtschaftsbeziehungen eines Landes zu einem anderen bestimmten Land sind, umso anfälliger ist es für jede Erschütterung, für jede Krisenerscheinung in diesem betreffenden anderen Land. Geht, wie das nach den Eingeständnissen der gestrigen Regierungserklärung in Österreich der Fall ist, die einseitige Bindung im Außenhandel Hand in Hand mit einer Drosselung des Binnenmarktes durch eine Politik hoher Preise und niedriger Löhne, so ist das Land ernststen Gefahren ausgesetzt. Der besondere Charakter der Konjunktur in Westdeutschland verschärft diese ernststen Gefahren für unser Land. Welcher Art die westdeutsche

Konjunktur ist, das ist für niemanden ein Geheimnis, das hat insbesondere der westdeutsche Gewerkschaftsbund, das haben die westdeutschen Sozialdemokraten immer wieder mit voller Klarheit gesagt: Es ist eine Rüstungskonjunktur, eine Kriegskonjunktur, verbunden mit den Plänen zur Wiederaufstellung einer deutschen Wehrmacht unter Führung ehemaliger Hitler-Generale. An diese Art von Konjunktur soll Österreichs Wirtschaft durch die Politik der Regierung auf Gedeih und Verderb angekettet werden. Zu einem großen Teil ist dies bereits geschehen.

Die westdeutschen Kapitalisten haben aus der Tatsache der Unterwerfung der österreichischen Wirtschaft unter die westdeutsche bereits ihre Schlußfolgerungen gezogen. Sie sagen dem Herrn Bundeskanzler Raab keineswegs „danke schön“ für seine Politik, sondern ihr Appetit wird mit dem Essen immer größer, und sie stellen heute bereits sehr weitgehende Forderungen an Österreich. So hat zum Beispiel der Düsseldorfer „Industriekurier“ die Behauptung aufgestellt, daß die westdeutschen Kapitalisten Forderungen an Österreich in der Höhe von 1½ Milliarden Dollar haben. Das sind 39 Milliarden Schilling; ja unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Steigerung der Aktienkurse sogar 50 bis 60 Milliarden Schilling. Erklärungen von Regierungsvertretern, wie zuletzt Staatssekretär Kreisky in München eine abgegeben hat, daß man in der Frage des Deutschen Eigentums entgegenkommend sein werde, sind keineswegs geeignet, den Appetit der westdeutschen Kapitalisten auf Österreich zu verringern.

Einen besonderen Ausdruck der wirtschaftlichen Verkettung mit Westdeutschland stellen die sogenannten Gemeinschaftsprojekte dar, wie der Ausbau der Wasserkräfte am Inn und an der Donau und insbesondere das sogenannte Projekt Inter Alpen, von dem auch der Herr Dr. Maleta vor mir gesprochen hat. Die Folgen dieser Auslieferung österreichischer Interessen sind schon zur Genüge hier in diesem Hause gekennzeichnet worden.

Die Rüstungskonjunktur, an die die österreichische Wirtschaft durch die Wirtschaftspolitik der Regierung Raab—Schärf gekettet worden ist, hat aber auch noch eine andere Seite, und auch auf diese andere Seite ist der Herr Bundeskanzler gestern eingegangen. Der Göringsche Grundsatz „Kanonen statt Butter“ bedeutet Drosselung des Konsums zum Zweck der Begünstigung der Rüstung. (*Abg. Dr. Kraus: Auch Chruschtschow vertritt diesen Grundsatz!*) Konsumdrosselung ist das Kennzeichen jeder Rüstungs- und Kriegskonjunktur. Auch das wurde schon einmal gesagt. Das Dritte Reich Hitlers hat eine

Reihe besonderer Methoden erfunden, um diese Konsumdrosselung, von der auch gestern die Rede war, zu erreichen, einen bedeutenden Teil des Einkommens der Arbeiter und der Angestellten abzuschöpfen, den Binnenmarkt zu entlasten und dafür Material und Geld für die Rüstung freizubekommen.

Eine dieser Methoden Hitlers war die Methode des sogenannten Eisernen Sparens. Der Bundeskanzler und sein Finanzminister haben die Sache vereinfacht. Während unter Hitler und Göring ein Teil des Arbeitslohnes auf das Eiserne Sparbuch geschrieben wurde, wird jetzt die Kaufkraft der Arbeiter und der Angestellten dadurch begrenzt, daß die Preise ständig hinaufgetrieben, die Löhne und Gehälter niedrig gehalten und die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach Ausgleich der Teuerung durch Lohnerhöhung abgelehnt werden. Auf diese Weise wird nun der Konsum gedrosselt.

Die Politik der Konsumdrosselung, zu der sich die Regierung durch den Bericht des Herrn Bundeskanzlers gestern bekannt hat, sieht verflucht dem ähnlich, was man mit einem üblen Wort in der Hitler-Zeit als Wehrwirtschaft bezeichnet hat. Sie hängt engstens zusammen mit dem „Anschluß an die Weltwirtschaft“, den Herr Raab so sehr rühmt und der in Wirklichkeit ein Anschluß an die Rüstungswirtschaft Westdeutschlands ist.

Der Bundeskanzler hat einen großen Teil seiner Ausführungen der Investitionspolitik gewidmet. Auch auf diesem Gebiet kommt die Politik der einseitigen Bindung unserer Wirtschaft an Westdeutschland klar zum Ausdruck. Schon die sogenannte Marshall-Hilfe, die ja mit der Entfaltung des Kalten Krieges durch die Amerikaner zusammenhing, hat vor allem jene Wirtschaftszweige und Betriebe gefördert, die heute Großlieferanten der westdeutschen Rüstungsindustrie sind. In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz noch weiter verschärft. Es ist ganz gewiß kein Zufall, daß gerade der Ausgestaltung jener Werke ein besonderes Augenmerk zugewendet worden ist, die ihre Entstehung dem sogenannten Göringschen Vierjahresplan zu verdanken haben. Es ist weiter eine Tatsache, daß beim Ausbau der Energiewirtschaft Österreichs jene Projekte den Vorrang hatten und noch weiter haben, die nicht dem Inlandskonsum, sondern der verstärkten Stromausfuhr nach Westdeutschland, der Versorgung der westdeutschen Rüstungsindustrie und teilweise der Versorgung der italienischen Industrie dienen. Es kann auch kein Zufall sein, daß das einzige Kraftwerks-Großprojekt, das ausschließlich österreichischen Verbrauchern im Herzen Österreichs dient, Ybbs-Persenbeug, in dem zweistündigen Be-

richt des Herrn Bundeskanzlers nicht einmal erwähnt worden ist. All dies ist ein Ausdruck einer einseitigen, einer gefährlichen Politik.

Im Zusammenhang mit den Mangelercheinungen bei Rohstoffen infolge des forcierten Exports spricht man heute schon wieder von Lenkungsmaßnahmen, die bereits im Schoße der Regierung erwogen werden, von Maßnahmen, die nur zu sehr an kriegswirtschaftliche Maßnahmen erinnern.

Dabei muß man unter den heutigen Bedingungen gar nicht gesetzliche Bewirtschaftungsmaßnahmen durchführen. Die beherrschende Stellung der Banken in der Kreditpolitik und der verstaatlichten Unternehmungen in der Verteilung der Rohstoffe gibt die Möglichkeit, solche Lenkungsmaßnahmen in aller Stille durchzuführen, ohne einen eigenen Bewirtschaftungsapparat aufzuziehen oder eigene Wirtschaftsgesetze einzuführen. Eine solche Wirtschaftslenkung im Interesse der Rüstungswirtschaft hat nichts zu tun mit planwirtschaftlichen Maßnahmen, die im Interesse der Förderung der Wirtschaft, im Interesse des österreichischen Volkes getroffen werden müßten.

Jetzt spricht der Herr Bundeskanzler Raab von einer „Dosierung der Investitionen“. Was heißt das? Offenbar soll die einseitige, gefährliche Entwicklung unserer Wirtschaft noch verstärkt werden. Der Kern der Wirtschaftspolitik, die der Herr Bundeskanzler gestern im Nationalrat vertreten hat, ist also nichts anderes als eine gefährliche, eine einseitige Orientierung der österreichischen Wirtschaft, die keineswegs den Interessen des österreichischen Volkes dient. Eine solche Wirtschaftspolitik dient vielmehr lediglich den amerikanischen Kriegsplänen in Europa, deren nächstes Ziel, wie ich schon sagte, die Aufstellung einer deutschen Wehrmacht, die Förderung eines neuen deutschen Imperialismus und Militarismus ist.

Diese Wirtschaftspolitik bringt im Innern des Landes, das heißt den österreichischen Kapitalisten, gewaltige Profite, während der Konsum der breiten Massen gedrosselt, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes niedrig gehalten wird.

Darum ist — die ausführliche Darlegung des Herrn Bundeskanzlers über die Budgetpolitik und über die Steuerpolitik der Regierung bestätigt das — die Wirtschaftspolitik der Regierung auch eine Politik fortgesetzter Geschenke an die Kapitalisten, die immer nur gelegentlich auch mit kleinen Zugeständnissen an die arbeitenden Menschen verbunden werden. Die Regierung ist sich offenbar im klaren darüber, daß die arbeitenden

Menschen unseres Landes guten Grund haben, mit dieser Wirtschaftspolitik unzufrieden zu sein. Und wenn der Herr Dr. Maleta in seiner heutigen Rede erklärte, daß nur die Erhaltung des inneren Friedens den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung garantiert, dann ist eine Voraussetzung dafür, daß man die längst fälligen Forderungen der arbeitenden Menschen dieses Landes erfüllt, daß man die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und der Angestellten bewilligt.

Wie wäre es denn anders zu erklären, daß gerade am Tage vor der wirtschaftspolitischen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Aufhebung einer Reihe von Verbrauchsabgaben angekündigt wurde, durch die Zucker und Schaumwein, vielleicht auch Salz und Zündhölzer, billiger werden sollen. Garantiert ist diese Verbilligung trotz Aufhebung dieser Steuern noch lange nicht.

Ein paar Worte nun zu diesen Zugeständnissen. Insgesamt bedeuten sie laut Bundesvoranschlag für das Jahr 1955 eine steuerliche Erleichterung für unser Volk um nicht ganz 60 Millionen Schilling. Das sind ganze 2,6 Prozent der insgesamt mit 2251 Millionen Schilling präliminierten Verbrauchsteuern oder 0,7 Prozent der mit insgesamt 8106 Millionen Schilling präliminierten indirekten Steuern oder, noch klarer ausgedrückt, 0,1 Prozent — also 10 Groschen pro 100 S — des gesamten österreichischen Jahresverbrauches an Konsumgütern und Dienstleistungen aller Art. (*Zwischenrufe.*) Während man hier mit dieser beabsichtigten Senkung oder Beseitigung diverser Steuern — die Regierungsvorlage wurde uns heute ausgehändigt — den Konsumenten, den Steuerträgern einige kleine, nichtssagende Geschenke macht, gedenkt der Herr Finanzminister auf der anderen Seite ein Vielfaches dieser Summe, ein Vielfaches der vorgesehenen „Erleichterungen“ in der Form von saftigen Zollerhöhungen wieder wegzunehmen, für den Staatssäckel hereinzubringen. Es entspricht durchaus der Wirtschaftspolitik der Regierung, daß diese Zollerhöhungen wieder wichtigste Lebensmittel — nach Mitteilungen der Arbeiterkammer zum Beispiel das Schweineschmalz um ungefähr 50 Prozent — verteuern werden. Es ist also wieder die alte Praxis: Was die eine Hand gibt, nimmt die andere doppelt und dreifach wieder weg. (*Abg. Cerny: Bei euch nehmen beide Hände nur weg!*)

Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Bericht an die Disziplin appelliert, aber dieser pathetische Schlußatz, dieser Appell an die Disziplin soll offenbar für die Preistreiber nicht gelten, denn der Herr Bundeskanzler hat ja gestern ausdrücklich gesagt, man könne

die Preise nicht streng regeln. Das stellt einen Freibrief für die Preissteigerungen, einen Freibrief für die Preistreiber dar, den der Herr Bundeskanzler seinen Freunden, den Kapitalisten, gegeben hat. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) In der Frage der Löhne freilich ist der Herr Bundeskanzler für strengste Disziplin! Er ist also für Ablehnung aller Lohnforderungen, er geniert sich dabei nicht, die längst widerlegte Behauptung zu wiederholen, daß die Löhne die Preise in die Höhe treiben, und er stellte eine ganze Theorie darüber auf, daß der Konsum, also die Lebenshaltung der breiten Massen in Österreich, nicht steigen dürfe. Außerdem behauptet der Herr Bundeskanzler, daß die Löhne ohnedies so beträchtlich gestiegen seien, daß weitere Lohnsteigerungen trotz der Konjunktur, deren er sich rühmt, gar nicht möglich und auch gar nicht nötig seien.

Wie steht es nun tatsächlich mit den Löhnen in Österreich? Gestatten Sie mir, daß ich mich dabei auf eine Information stütze, die ein Blatt veröffentlicht hat, hinter dem der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Maleta, steht, der Partei, deren Vorsitzender der Herr Bundeskanzler ist. Ich meine die „Oberösterreichischen Nachrichten“, die in ihrer Nummer vom 19. Februar dieses Jahres unter dem Titel „Durchschnittseinkommen monatlich nur 1500 S“ eine ausführliche Darstellung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse in Oberösterreich gegeben haben. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ stützen sich dabei auf die Ergebnisse der letzten Zählung der bei der Gebietskrankenkasse für Oberösterreich versicherten Arbeitnehmer. Diese Zählung ist am 1. Oktober 1954 erfolgt, bietet also ein sicheres Spiegelbild der derzeitigen tatsächlichen Verhältnisse. Ich will Sie nicht mit dem reichlichen Zahlenmaterial dieser Darstellung belästigen, es genügt, wenn ich die Schlußfolgerungen zitiere, zu denen die „Oberösterreichischen Nachrichten“ in diesem Artikel kommen.

Es heißt dort: „Das Bild unseres allgemeinen Wohlstandes ist nicht lieblich. Zwar mag es jenen Familien nicht schlecht gehen, bei denen mehrere Mitglieder verdienen, aber der einzelne Arbeiter und Angestellte ist nicht allzu gut daran. Da hilft kein Debattieren und kein Weismachen. Denn nehmen wir — nach unserer Statistik — jene Höchstzahlen, die das Gros der Beschäftigten ausmachen, so kommen wir zu dem alarmierenden Ergebnis,“ — schreibt die Zeitung — „daß in Oberösterreich von 224.719 Beschäftigten insgesamt rund 150.000 in den Lohnstufen V bis XI aufscheinen, oder deutlicher gesagt, von 1020 bis 1740 Schilling verdienen.“

Und die Zeitung des Herrn Dr. Maleta, des Generalsekretärs der ÖVP (*Abg. Prinke: Das wissen wir jetzt schon!*), fährt fort: „Unseren Wohlstand kann man nur als optisch bezeichnen. Das Fremdwort läßt sich auf gut österreichisch mit ‚Zum Aug'n auswischn‘ übersetzen. Denn mit 1020 S kann man sich laut letztem Marktbericht“ — so schreibt die Zeitung weiter — „etwa 1000 Kilo Kartoffeln kaufen, aber es dürfen keine Kipfler sein. Die Großverdiener mit einem Monatseinkommen über 2340 Schilling betragen“ — nach der Krankenkassenstatistik — „5,81 Prozent oder 13.064 Personen. Aber um zu sagen, wie viele davon gut daran sind, bedürfte es einer Staffe lung, über die die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse leider nicht verfügt.“ So die Zeitung des Herrn Dr. Maleta.

Diese Feststellungen stehen im schärfsten Gegensatz zu den Behauptungen, die heute Dr. Maleta hier aufgestellt hat, daß nämlich die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die Arbeiter und die Angestellten, heute weitaus besser leben als jemals zuvor. Das Institut für Wirtschaftsforschung berechnet, daß derzeit für den vorkriegsmäßigen Unterhalt einer vierköpfigen Familie 1850 S monatlich erforderlich sind. Der durchschnittliche monatliche Nettoverdienst der Arbeiter und Angestellten liegt aber bei 1150 S. Das bedeutet, daß selbst dann, wenn dieser vierköpfigen Familie zwei Kinderbeihilfen bezahlt werden, immer noch ein Manko von 500 S monatlich besteht, und dieses Manko führt dazu, daß viele Arbeiterfamilien, viele Familien von Angestellten und Beamten auch auf notdürftigste und notwendigste Anschaffungen für ihren Haushalt Verzicht leisten müssen.

Diese Zahlen werden auch durch die Lohnstatistik anderer Krankenkassen bestätigt, und darum ist der westdeutsche Wirtschaftsfachmann durchaus im Recht, der, wie die SP-Zeitung „Neue Zeit“ in Graz mitteilt, festgestellt hat: „Der Durchschnittsösterreicher hat bisher in seinem eigenen Leben von dem sogenannten Wirtschaftswunder noch kaum etwas bemerkt. Die Löhne und Gehälter in Österreich sind noch immer unvorstellbar niedrig. Das sind die Tatsachen, die die Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung zu berücksichtigen hat.“ So schreibt die sozialistische Zeitung „Neue Zeit“ in Graz.

Ich will noch ein Gewerkschaftsorgan zitieren, das vor kurzem ebenfalls zur Lohn- und Gehaltspolitik Stellung genommen hat. Das Organ der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat mit vollem Recht in seiner Dezemberrnummer festgestellt: „Es ist auf die Dauer nicht einzusehen, daß das beträcht-

liche Ansteigen des Volkseinkommens, der entwickelten Produktivkräfte und der Profite der Unternehmungen nicht in einer entsprechenden Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen eine Ergänzung finden soll.“ Und weiter schreibt die Gewerkschaftszeitung, „daß die Gewinnspannen in den meisten Zweigen der Wirtschaft heute so hoch sind, daß die relativ bescheidenen Lohn-erhöhungen ohne weiteres aus ihnen getragen werden könnten.“ „Die wirtschaftliche Konjunktur“ — schließt das Gewerkschaftsorgan sehr richtig — „wird auf die Dauer nur dann aufrechterhalten und weiterentwickelt werden können, wenn die Kaufkraft der Massen der gestiegenen und steigenden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gemäß erhöht wird.“

Der Obmann der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Herr Nationalrat Pölzer, würde sich zweifelsohne den Beifall seiner Kollegen erwerben, wenn er hier im Parlament den Standpunkt seiner Gewerkschaft und nicht den offiziellen Standpunkt der Regierungskoalition vertreten würde.

In den Äußerungen dieses Gewerkschaftsblattes kommt klar zum Ausdruck, was unserer Meinung nach die Schlüsselfrage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ist. Es geht heute nicht bloß darum, die Löhne und Gehälter einzelner zurückgebliebener Gruppen nachzuziehen, und auch nicht bloß darum, daß die eine oder andere Gruppe von Arbeitern und Angestellten aus der günstigen Lage eines Wirtschaftszweiges Vorteile zieht und Lohnerhöhungen erreicht, sondern es geht heute allgemein und einfach darum, den Binnenmarkt zu erweitern, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen. Das eine bedingt das andere.

Und hier prallen nun die Gegensätze aufeinander. Auf der einen Seite steht der berechnete Anspruch der Arbeiter und Angestellten auf Erhöhung der Löhne und Gehälter, eine Forderung, die gleichzeitig auch den breiten Schichten der sogenannten Selbständigen entspricht, denn wenn der Arbeiter mehr verdient, kann er mehr kaufen, und auch der Selbständige kommt dadurch in eine bessere Lage; eine Lohn- und Gehaltserhöhung hebt die allgemeine Kaufkraft, schafft neue Absatzmöglichkeiten, stabilisiert und stärkt den Binnenmarkt und damit die Wirtschaft. Auf der anderen Seite stehen die kapitalistischen Interessen, die der Herr Bundeskanzler Raab gestern hier vertreten hat. Diese kapitalistischen Interessen wollen Drosselung des Konsums, Einschränkung des Binnenmarktes — das ist just das, was die

westdeutsche Wehrwirtschaft zur Sicherung der Rohstoffe und sonstiger Erfordernisse der Rüstung braucht. (*Abg. Krippner: Das glaubst du selbst nicht! Das lese ich gerade von Ungarn!*)

Ich wende mich nun zunächst und vor allem an die Abgeordneten dieses Hauses, die führende Funktionen in den Gewerkschaften innehaben und die dazu verpflichtet sind, die Interessen der Arbeiter und der Angestellten unseres Landes zu vertreten. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht die der Sowjetunion!*) Ich fordere sie auf, gegen eine Wirtschaftspolitik aufzutreten und zu kämpfen, wie sie gestern wieder der Herr Bundeskanzler Raab vertreten hat. Vom Standpunkt der Kreise, die er vertritt, kann man vielleicht nichts dagegen sagen, aber vom Standpunkt der Vertreter der Arbeiter, die hier sitzen, ist gar manches dagegen einzuwenden. (*Abg. Dr. Pittermann: Ist das noch der alte oder schon der neue Kurs?*) Schauen Sie, Herr Dr. Pittermann, besonders geistreich ist das nicht. Es wäre besser, Sie kümmern sich um andere Dinge. (*Abg. Dr. Pittermann: Um Nagy oder Rákosi? — Heiterkeit bei den Sozialisten.*)

Sie wissen ebensogut wie ich, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung die Reichen noch reicher macht und den arbeitenden Menschen immer neue und zusätzliche Opfer auferlegt und obendrein noch unsere Wirtschaft in ein Anhängsel der westdeutschen Rüstungsindustrie verwandelt. (*Abg. Altenburger: Das ist alt! Etwas Neueres!*)

Seit Jahr und Tag hat man den Arbeitern und den Angestellten irgend etwas eingeredet, wenn sie ihre berechtigten Forderungen stellten. Bis 1949 sagte man ihnen: Der Wiederaufbau hat den Vorrang, ihr müßt mit euren Lohnforderungen, die wir in ihrer Berechtigung gar nicht bestreiten, zuwarten, bis der Wiederaufbau vollendet ist. Als es klar war, daß dieses Argument nicht mehr zog, wurde gesagt, die Voraussetzung der Lohnerhöhung sei, daß die Vorkriegsproduktivität erreicht wird. 1951 war es so weit, die Vorkriegsproduktivität war erreicht, aber die Lohnerhöhungen blieben aus. Dann wurde gesagt: Die Zahlungsbilanz ist passiv, die Exporte müssen steigen, sonst müßten wir mit der Gefahr einer Inflation und einer Störung des budgetären Gleichgewichtes rechnen. (*Abg. Krippner: Honner, reden wir von der USA!*) Die Zahlungsbilanz wurde ausgeglichen, aber die Lohnerhöhungen blieben aus. Jetzt ist die Walze aufgelegt worden, daß die Gefahr einer übersteigerten Konjunktur besteht. Es gibt, wie Sie sehen, immer neue Scheingründe für die Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und der Angestellten.

Aber während die Arbeiter und die Angestellten vertröstet werden und ihre bescheidenen Forderungen im wesentlichen unerfüllt bleiben, sind die Profite der Kapitalgesellschaften ungeheuer gestiegen. Das werden Sie nicht zu bestreiten wagen. Bereits 1953 gab es in Österreich über 400 Personen mit einem versteuerten Jahreseinkommen von über 1 Million Schilling. Mehr als 20.000 Personenautos, darunter viele Luxusautos, wurden 1954 importiert. (*Abg. Krippner: Schauen Sie auf die USIA-Autos beim Trattnerhof!*) 1953 waren es erst 8.600. (*Abg. Wallner: Daraus ersieht man den Wohlstand!*) Der Überfluß auf der Seite der Reichen und Reichsten geht heute so weit, daß sogar ein kapitalistisches Blatt wie der „Wiener Börsenkurier“ zugeben muß, daß der Unterschied zwischen jenen, die alles haben, und den anderen, die immer nur zusehen müssen, noch nie so groß war wie heute. Wenn eine Bank mit einem bescheidenen Aktienkapital von 3 Millionen Schilling schon im Jahre 1953 einen Reingewinn von 44 Millionen Schilling aufweisen konnte, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was heute alles verdient wird. Nehmen wir noch dazu die außerordentlichen Steuerbegünstigungen, die gerade die größeren Einkommensbezieher erhalten, so wird das Bild, das sich ergibt, noch aufreizender. (*Abg. Altenburger: Das ist aus der „Volksstimme“!*)

Aus allem bisher Gesagten geht mit aller Klarheit hervor, daß die dringlichste Forderung des Tages die nach Lohnerhöhungen für alle Arbeiter und Angestellten ist. Die elementarste Gerechtigkeit erfordert es, daß die zehnjährigen Opfer der Arbeiter und Angestellten endlich berücksichtigt werden, endlich ihre Belohnung finden, daß man wahrmacht, was in der ersten Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 hier von dieser Stelle aus vom damaligen Bundeskanzler den Arbeitern versprochen worden ist! Die Erhöhung der Löhne ist auch notwendig, um dem Binnenmarkt den notwendigen Auftrieb zu geben, sie ist also eine gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit, um eine wirkliche Sicherung der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung und der Stabilisierung unserer Wirtschaft auf einem erträglichen Niveau zu erreichen.

Unserer Forderung, der Forderung der Arbeiter, wird immer entgegengehalten, man könne ja durch Senken der Preise das gleiche erreichen wie durch Lohnerhöhungen. Aber auf diesem Gebiet haben die Arbeiter und Angestellten ihre Erfahrungen. Sie, die Arbeiter und Angestellten, können ja die Preise nicht selbst bestimmen und auch nicht beeinflussen, und nur Demagogen können das Gegenteil behaupten. Es ist lächerlich, wenn

man zum Beispiel mit der Losung des Käuferstreiks hausieren geht, denn der Arbeiter und Angestellte hat ja gar nicht die Wahl. Er muß ja kaufen, wenn er etwas braucht, und er braucht täglich etwas, zumindest damit er leben kann. (*Abg. Dr. Pittermann: Hat die USIA Angst vor dem Käuferstreik? — Abg. E. Fischer: Nein, nicht im geringsten!*) Dieser Zwischenruf war völlig deplaciert und sollte wahrscheinlich nur dazu dienen, abzulenken von dem, was ich Ihnen sage und was für Sie offenbar sehr unangenehm ist. (*Abg. Krippner: Überschätz dich nicht! So wichtig ist der Honner nicht!*) Der Arbeiter und Angestellte muß ja kaufen, wenn er etwas braucht, und er muß die Preise bezahlen, die ihm die Kartelle auf allen Gebieten vorschreiben. Vielleicht kommt jemand mit dem Argument, man könne ja bei den Genossenschaften kaufen. Aber auch da ließen sich verschiedene Gegenargumente anführen. (*Abg. Olah: Aber das ist nicht aufgeschrieben, daher kann man es nicht vorbringen! — Abg. Dr. Pittermann: Dazu hat er keinen Auftrag!*) Wenn wir für Lohnerhöhungen sind, bedeutet das keineswegs, daß nicht auch Preissenkungen notwendig und auch möglich sind; nur kann man sie keinesfalls als Kompensation für die längst fällige Lohnerhöhung ansehen.

Wie ein roter Faden hat sich durch die Ausführungen des Kanzlers der ständige Vergleich mit der Entwicklung in Westeuropa gezogen. Dorthin richtet nämlich die Regierung ihre Blicke. Alles möchte sie von dort übernehmen, nur das eine nicht: die Löhne. Der Arbeiter soll so viel leisten wie der westdeutsche, aber von westdeutschen Löhnen und Gehältern will die Regierung nichts wissen. Aber gerade hier kann der österreichische Arbeiter und Angestellte manches lernen. Der Wirtschaftsfachmann des westdeutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Agartz, hat überzeugend dargelegt, daß gerade Zeiten der Konjunktur dazu geeignet sind, Lohnforderungen zu stellen, und ich glaube, daß Kollege Hillegeist vollkommen recht hatte, als er diesen Gedanken auf dem Gewerkschaftstag der Privatangestellten aufgegriffen hat und ausrief: „Wann denn Lohnerhöhungen, wenn nicht jetzt?“

Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers werden die Überzeugung der Arbeiter nicht erschüttern können, daß jetzt endlich die Arbeiter eine kleine Abgeltung für ihre Riesenleistung erhalten, daß die Männer und Frauen, die die Wirtschaft unseres Landes wiederaufgebaut haben, auch einen Lohn dafür bekommen müssen. Es steht den Abgeordneten, die sich selbst erst vor kurzem

eine sehr beträchtliche Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt haben, nicht zu, den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten ablehnend gegenüberzustehen.

Hören wir auf, mit statistischen Rechenkunststücken die Tatsachen zu verbergen! Die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter ist weit hinter ihrer Leistung zurückgeblieben. Während der Herr Bundeskanzler schöne Worte über Familienpolitik redet, kann er die Tatsache nicht verbergen, daß es in Österreich heute nur einem Spitzenarbeiter oder einem Angestellten in gehobener Stellung möglich ist, seine Familie anständig zu erhalten, ohne daß die Frau mitverdient. Hören wir auf, über die sinkenden Geburtenzahlen zu reden, wenn nicht Löhne gesichert werden, die die Gründung und Erhaltung einer Familie möglich machen!

Was die Arbeiter und Angestellten, alle arbeitenden Menschen unseres Landes, dringend brauchen, sind Lohn- und Gehaltserhöhungen, Erhöhungen bei den kleinen Einkommen für die Selbständigen, Maßnahmen zur Abgeltung der Teuerung, damit auch die arbeitenden Menschen unseres Landes an den Früchten, die sie durch ihre Leistungssteigerungen hervorgebracht haben, teilnehmen können, damit sie über das derzeitige noch immer sehr bescheidene und für viele noch immer sehr niedrige Lebensniveau gehoben werden, damit die innere Massenkaufkraft als sicherste Grundlage einer dauerhaften Konjunktur gestärkt wird.

Was weiter nötig ist, sind echte Preissenkungen, und zwar nicht nur bei Autos und anderen Gütern des gehobenen Bedarfes, sondern auch bei jenen Gütern, die auch die minderbemittelten Bevölkerungsschichten betreffen. Keinesfalls aber soll die Regierung — und das soll sie sich genau überlegen — mit dem Gedanken neuer, beträchtlicher Zollerhöhungen für lebenswichtige Waren, die wir in Österreich selbst nicht erzeugen, aber die die arbeitende Bevölkerung dringend braucht, spielen. Zollerhöhungen vertragen sich nicht mit einer Politik der Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen.

Was weiter nötig ist, das ist die Entfaltung der einheimischen Produktivkräfte durch wertvermehrnde Investitionen, und zwar nicht nur in der ausfuhrorientierten Grundstoffindustrie und nur in bestimmten Landesteilen, wie es bisher der Fall war, sondern allseitig, Handel mit allen Ländern ohne einseitige Bindungen und Hemmungen nach Maßgabe unserer wirklichen Erfordernisse, ferner Aufbau einer Friedenswirtschaft an Stelle der jetzigen Orientierung auf den westlichen Rüstungsblock und der Zwangsjacke einer neuen Wehrwirtschaft.

Das wäre ein Wirtschaftsprogramm, das die Regierung erfüllen müßte, wenn sie die Interessen der breiten Massen des arbeitenden Volkes unseres Landes berücksichtigen würde.

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Böhm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhm: Meine Damen und Herren! Der Bericht des Herrn Bundeskanzlers hat den Mitgliedern dieses Hohen Hauses zweifellos nicht viel Neues gebracht. Aber das war wohl auch nicht seine Aufgabe. Wesentlich und sicherlich von Bedeutung ist der Umstand, daß die große Öffentlichkeit, wie ich glaube, das erste Mal eine zusammenhängende Darstellung der Wirtschaftsentwicklung unseres Landes auf Jahre zurück erhalten hat. Das ist sicherlich von großer Bedeutung, umsomehr, als sich in diesem Bericht die wirtschaftlichen Fortschritte, die wir in den letzten Jahren erzielt haben, recht klar widerspiegeln.

Allerdings habe ich in diesem Bericht eines vermißt. Das wäre der Hinweis auf die Tatsache gewesen, daß der große wirtschaftliche Fortschritt, der da erzielt worden ist, in der Hauptsache auf folgende Umstände zurückzuführen ist: erstens auf den Umstand, daß wir seit 1945 eine stabile Regierung haben, die von beiden großen Parteien getragen wird und infolgedessen imstande ist, ein erarbeitetes Programm auch durchzusetzen, und zweitens auf die Tatsache, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund in die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu wiederholten Malen entscheidend eingegriffen und dafür gesorgt hat, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Ruhe fortgeführt werden konnte. Das scheinen mir die zwei Momente zu sein, die in der Rede des Herrn Bundeskanzlers gefehlt haben. Ich möchte sie deshalb hier sehr deutlich nachholen.

Sonst, das gebe ich zu, ist die Rede des Herrn Bundeskanzlers — mir wenigstens — recht angenehm aufgefallen. Sie war frei von der sonst, wenigstens bei vielen Volkspartei-Mandataren, üblichen Übertreibungen und Eigenbeweihräucherungen, wie wir sie heute von Dr. Maleta gehört haben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Der Herr Bundeskanzler hat sich auch bemüht, objektiv zu wirken. Das will ich nicht bestreiten. Es ist ihm nicht ganz gelungen, objektiv zu sein (*Heiterkeit bei der SPÖ — Abg. Dr. Pittermann: Engel mit kleinen Fehlern!*), aber er hat sich sichtlich bemüht, und das ist schon des Lobes wert. Das will ich ausdrücklich hervorheben. Er war jedenfalls viel objektiver als eine ganze Reihe von Rednern der Österreichischen Volkspartei,

objektiver, wenn ich diesen Ausdruck so gebrauchen darf, als der Herr Abg. Dr. Maleta, der gar nicht objektiv gewesen ist. Ich komme auf seine Ausführungen später noch ein wenig zurück. (*Abg. Altenburger: Aber objektiv!*)

Ich werde mich bemühen, objektiv zu sein (*Abg. Pölzer: Weil er gar nicht anders kann!*), natürlich auch objektiver als der Herr Abg. Weinmayer, der da vor kurzer Zeit auf dem Parteitag der niederösterreichischen Volkspartei eine Rede geliefert hat, von der man sagen muß, daß sie zum guten Einvernehmen der beiden Koalitionsparteien nicht nur nichts beigetragen hat, sondern geeignet ist, dieses gute Einvernehmen in ernstem Maße zu stören. Denn hier geht es nicht um eine Eigenbeweihräucherung, sondern um eine objektive Geschichtsfälschung.

Der Herr Weinmayer hat da am 18. Februar 1955 laut „Kleinem Volksblatt“ vom 19. Februar dieses Jahres folgendes gesagt: Niederösterreich sei von der amerikanischen Finanzhilfe für Österreich dank der SPÖ beziehungsweise ihrer Manager im In- und Ausland fast ausgeschlossen worden. „Nur bei der letzten Ausschüttung kam Niederösterreich besser zum Zug, eine Tatsache, die der Tatkraft des Bundeskanzlers und des Finanzministers zu danken sei, ...“. Sie sehen schon, hier kommt wieder der Raab-Kamitz-Kurs zur Geltung, von dem auch der Herr Dr. Maleta gesprochen hat. Ich achte beide Herren, den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Finanzminister, sehr hoch, ich bin ganz gut mit ihnen, aber bitte, meine Herren von der Volkspartei, seien Sie dessen versichert, daß Sie mit Ihrem „Raab-Kamitz-Kurs“ den beiden Herren keinen guten Dienst leisten und daß Sie auch der Österreichischen Volkspartei nicht nützen, denn langsam lacht die ganze Öffentlichkeit über Ihre Beflissenheit, mit der Sie diese beiden Herren beweihräuchern. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Tschadek: Die Manager-Krankheit der ÖVP!*)

Aber der Herr Abg. Weinmayer (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Warum reden Sie von Weinmayer?*) fährt fort: „... aber gegen den Willen der SPÖ durchgeführt wurde.“ Nun, da muß ich fragen: Welches sind denn eigentlich die Tatsachen, auf die der Herr Abg. Weinmayer da Bezug nimmt? Am 9. September 1952 hat der Österreichische Gewerkschaftsbund gemeinsam mit der Arbeiterkammer Niederösterreich und der Arbeiterkammer Burgenland eine Enquete über die Beseitigung der Notstandsgebiete in Niederösterreich und im Burgenland abgehalten. Bei dieser Enquete hat der Generalsekretär

des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Proksch das Referat geführt. (*Abg. Mayrhofer: Objektiv? — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich denke, daß er es objektiv geführt hat, denn damals ging es nicht darum, der Österreichischen Volkspartei eins auszuwischen, sondern die Absicht war, den Notstandsgebieten in Niederösterreich und im Burgenland zu helfen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Zu dieser Enquete ist auch der Chef des ERP-Büros eingeladen gewesen, und die Verhandlungen dort haben auf ihn einen derartigen Eindruck gemacht, daß er sich bereit erklärt hat, die bisher wirklich vernachlässigten Gebiete Ostösterreichs besser zu behandeln, als das bisher der Fall gewesen ist. Wenn ich sage, die Gebiete Ostösterreichs waren bisher wirklich vernachlässigt, so muß ich mit klarer Deutlichkeit sagen: vernachlässigt nicht durch die Schuld der SPÖ, auch nicht — wie ich wahrheitsgemäß zugeben will — durch die Schuld der Österreichischen Volkspartei. Sie sehen schon, meine Herren, daß ich etwas objektiver sein kann als Weinmayer oder Maleta. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Sie waren vernachlässigt aus dem Grund, weil die Amerikaner ihre Finanzhilfe nicht gern in ein Gebiet gegeben haben, welches russisch besetzt ist.

Unsere Bemühungen, die Bemühungen dieser Enquete sind nun dahin gegangen, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß die Ostgebiete Österreichs unterstützungsbedürftig sind und infolgedessen Hilfe aus den Marshall-Geldern erhalten sollen. Der Herr Minister Meyer hat damals seine Hilfe zugesagt. Ja, ich kann sagen, daß er sie nicht nur zugesagt, sondern bis zu einem gewissen Grad auch gewährt hat. Es sind in der Folge dann im Laufe der Zeit rund 1000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen worden. Freilich gebe ich zu: 1000 Arbeitsplätze, auch wenn sie Dauerarbeitsplätze sind, für die großen Notstandsgebiete, die wir haben, ein Tropfen auf einen heißen Stein. Aber wie reimt sich die Behauptung des Herrn Abg. Weinmayer mit den Tatsachen, die ich da eben angeführt habe?

Ich kann Ihnen weitere Tatsachen sagen. Der Bundesvorstand des ÖGB hat zu wiederholten Malen Entschliebungen angenommen, welche die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in den Notstandsgebieten zum Ziele gehabt haben, und zwar schon am 3. April 1952, am 15. Jänner 1953, am 15. Oktober 1953, am 4. Februar 1954 und am 28. Oktober 1954. Immer wieder haben wir verlangt, daß Dauerarbeitsplätze in die Notstandsgebiete verlegt werden sollen, leider allerdings, das gebe ich zu, abgesehen von der Intervention des

Herrn Ministers Meyer von der amerikanischen Hilfe, bisher mit negativem Erfolg.

Vor fast einem Jahr hat der Arbeiterkammertag dem Herrn Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Förderung industrieller und gewerblicher Betriebe in den Notstandsgebieten, überreicht. Wo ist der Gesetzentwurf? Bisher ist er nicht aufgetaucht. Ich kann nur vermuten, daß ihn der Herr Finanzminister zu den Akten gelegt hat. Meine Herren! Schreiben Sie jetzt: Raab-Kamitz-Kurs! Und: Die SPÖ verhindert, daß die Notstandsgebiete saniert werden! Ich könnte jetzt sagen, der Herr Minister Kamitz verhindert es. Ich bin aber nicht so boshaft und so eingebildet (*lebhaft Zustimmung bei der SPÖ*) wie manche Herren auf Ihrer Seite und unterlasse das deshalb.

Minister Waldbrunner hat monatelang, wie Ihnen allen bekannt ist, mit dem Sowjetelement über die Rückgabe der Berndorfer Metallwerke verhandelt. Sie wissen auch, warum. Er wollte dieses Fabriksobjekt dazu verwenden, um dort eine größere Aluminiumwarenerzeugungsstätte wieder ins Leben zu rufen und so wenigstens das Berndorfer Gebiet sanieren. Die Verhandlungen mußten erfolglos abgebrochen werden. Daraufhin hat die verstaatlichte Industrie, also wieder Waldbrunner, den Plan gefaßt, in Enzesfeld eine solche Metallwarenfabrik ins Leben zu rufen. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß die Schaffung einer einzigen Fabrik noch keine völlige Sanierung der großen Notstandsgebiete bedeutet, aber es wäre ein Anfang gewesen. Man hätte einigen hundert, im Laufe der Zeit vielleicht 2000 Menschen helfen können, und man hätte der Öffentlichkeit wenigstens vor Augen geführt, daß man bemüht ist, etwas zu leisten. Bisher ist es über das Planen deshalb nicht hinausgekommen, weil sich Widerstände gegen dieses Projekt geltend gemacht haben, die, meine Herren und Damen, auf Ihrer Seite liegen. Wie ich höre, lehnt es die Handelskammer entschieden ab (*Abg. Hillegeist: Hört! Hört!*), daß die verstaatlichte Industrie neue Werke errichtet. Das wäre ein Eingriff in die Unabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft. Und der Herr Weinmayer erzählt auf Ihrem Parteitag, daß wir es sind, die die Sanierung der Notstandsgebiete verhindern!

Können Sie sich einen ärgeren Mißbrauch der demokratischen Redefreiheit vorstellen als den, der hier vom Herrn Weinmayer getrieben worden ist, und können Sie sich, meine Damen und Herren, vorstellen, daß solche Verleumdungen — ich kann das gar nicht anders nennen — dazu beitragen, die

Zusammenarbeit in der Koalition zu fördern? Ich wende mich im Rahmen meiner Partei immer dagegen, wenn irgendwo ein wenig übers Ziel geschossen wird. Ich trete immer dafür ein, daß man auch dem Gegner, insbesondere aber dem Koalitionspartner, Gerechtigkeit widerfahren lassen solle. Aber was auf der einen Seite gilt, soll auf der anderen nicht gelten? Ich hoffe — ich würde es wenigstens empfehlen —, daß der Herr Bundeskanzler, den ich als sachlich und gerecht denkenden Menschen kenne, jenen Herrn, der in seiner Partei so gern über die Schnur schlägt und einen Exzeß nach dem anderen verübt, einmal übers Knie legt und ihm etwas ins Ohr sagt. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Der Handelsminister wird blaß! — Neuerliche Heiterkeit. — Abg. Dr. Maleta: Man kann auch etwas ins linke Ohr sagen!*)

Aber nun doch zur Rede des Herrn Bundeskanzlers, derentwegen ich mich eigentlich zum Wort gemeldet habe. Der Herr Bundeskanzler sagte in seiner Rede: „Während vor dem zweiten Weltkrieg für viele unserer Unternehmer, ja bis zu einem gewissen Grad für das ganze österreichische Volk der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ein Schreckgespenst dargestellt hat, dem man nach Möglichkeit auswich und gegen den man sich durch Zollschränken möglichst sichern wollte, beherrscht heute unsere Wirtschaft — gleichgültig, ob es sich um die private oder die verstaatlichte handelt — ein ganz anderer Geist. Heute besteht auch in Österreich die Freude am Wettbewerb.“

Na, mit Einschränkungen, Herr Bundeskanzler! Die Freude am Wettbewerb zwischen den verschiedenen politischen Parteien ist zweifellos gegeben (*Bundeskanzler Ing. Raab: Bei beiden!*), die Freude am Wettbewerb in unserer Wirtschaft ist aber zumindest noch in den Anfängen. Man merkt noch nicht sehr viel davon. Hier hat, glaube ich, der Herr Bundeskanzler ein wenig mehr behauptet, als sich nachweisen läßt. Ich habe mir nämlich erzählen lassen, daß es in Österreich noch immer eine ganze Anzahl von Kartellen geben soll, die Preisverabredungen tätigen und von der freien Konkurrenz schon gar nichts wissen wollen. Ich nehme aber die Behauptung des Herrn Bundeskanzlers, daß in Österreich Freude am Wettbewerb herrscht, als ein Versprechen hin, nämlich daß wir schon in der aller nächsten Zukunft gemeinsam, Arm in Arm, Herr Kanzler, das Jahrhundert herausfordern und gegen die Kartelle einmal ein ordentliches Kartellgesetz schaffen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Krippner: Bei*

Koks und bei Blech!) Ich bin überzeugt davon, daß ein solches Unterfangen unserer Popularität nicht schaden wird. (*Abg. Doktor Pittermann: Aber dem Mautner schon!*) Das ist wieder etwas anderes.

Der Herr Bundeskanzler hat auch davon gesprochen, er sei vor einer bevorstehenden Überkonjunktur gewarnt worden, er nehme aber diese Warnung nicht so ernst, wie sie vorgebracht worden sei, er sei nicht so ängstlich. Hier gebe ich ihm vollkommen recht. Auf diesem Gebiet bin ich auch nicht ängstlich. Ich fürchte nicht, daß wir in allernächster Zeit in eine Überkonjunktur geraten werden. Ich fürchte allerdings auch nicht das Gegenteil, das in pessimistischer Weise der Herr Abg. Stüber schon für die nächste Zukunft an die Wand gemalt hat. Ich glaube vielmehr, daß wir uns noch einige Zeit — und ich hoffe, eine sehr lange Zeit — einer guten Konjunktur erfreuen werden; ich glaube sogar, sie könnte sich in Österreich in gewissen Sparten noch immer bessern.

Die Zahl der Arbeitslosen ist glücklicherweise im heurigen Winter nicht so hoch angestiegen wie in den vorhergehenden. Aber ich darf doch sagen: Spotten läßt sich über die Ziffer, die wir im heurigen Jahr erreicht haben, auch nicht, und sie ist immer noch verminderungsbedürftig. Besonders die Saisonarbeitslosigkeit ist so hoch, daß man ernstlich versuchen müßte, ihr beizukommen.

Ich möchte Ihnen da, meine Damen und Herren, einige Ziffern sagen: Wir haben am 28. Februar 1955 in Wien rund 10.000 arbeitslose Bauarbeiter gehabt, in Niederösterreich 24.000, in Oberösterreich 19.000, in der Steiermark 17.000 und im Burgenland 10.000. Das sind zusammen — ich habe es noch gar nicht zusammengezählt, aber das kann man leicht tun — 80.000 Menschen, die einzig und allein im Baugewerbe beschäftigungslos sind. Besonders fällt auf, daß Niederösterreich 24.000 und das Burgenland — das kleine Burgenland! — 10.000 beschäftigungslose Bauarbeiter hat. Ich muß sagen: Das ist nicht notwendig! Da haben die Bundesländer, aber nicht nur die Bundesländer, sondern alle unsere öffentlichen Faktoren noch stark versagt.

Wir haben schon im Frühjahr des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, daß alles versucht werden müsse, um der Saisonarbeitslosigkeit der Bauarbeiter Herr zu werden. Wir haben darauf hingewiesen, daß man den Sommer über die Arbeiten strecken müßte, um nicht geradezu dazu zu zwingen, daß sich die Baufirmen gegenseitig die Arbeitskräfte abjagen und Überstunden bis zum Exzeß machen, während dann mit Einbruch

der schlechten Jahreszeit alle Mittel aufgebraucht sind, die zur Verfügung standen, und eine katastrophale Arbeitslosigkeit eintritt.

Wir haben gewarnt. Einiges ist geschehen, aber leider noch nicht genug, meine Damen und Herren, und das hat dazu geführt, daß wir heuer wieder eine viel größere Saisonarbeitslosigkeit haben, als notwendig wäre. Ich weiß, daß ein Ministerkomitee besteht, das sich mit der Frage der Erstreckung der Bauarbeiten beschäftigt oder, besser gesagt, beschäftigen soll. Viel hat man von diesem Ministerkomitee nicht gehört. (*Abg. Doktor Kraus: Sehr richtig!*) Es wäre dringend zu wünschen, daß sich dieses Ministerkomitee rechtzeitig hinsetzt und dafür sorgt, daß erstens den Sommer über nicht alle Arbeitsmöglichkeiten auf einmal auf den Arbeitsmarkt kommen. (*Abg. E. Fischer: Macht einen politischen Schneepflug!*) Ja, so etwas Ähnliches. Zweitens sollte es dafür sorgen, daß auch in den Wintermonaten, in der schlechten Jahreszeit, entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind.

Freilich muß ich sagen: Ich habe da dieser Tage davon gelesen, daß der Herr Staatssekretär Bock in der Regierung einige Vorschläge erstattet hat (*Abg. Dr. Pittermann: „Bocksprünge“!*), die zum Teil zu brauchen sind. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Doktor Maleta: Wer zuletzt lacht, lacht am besten! Zum Teil sind die Vorschläge des Herrn Staatssekretärs schon zu verwenden, aber ein Vorschlag ist dabei, von dem ich sagen muß, daß ich nicht weiß, wie er zu dem gekommen ist. Er will nämlich in den Sommermonaten den Bauunternehmungen verbieten, daß sie sich gegenseitig Arbeitskräfte abwerben, und er will auch verbieten, daß höhere als die im Kollektivvertrag festgesetzten Löhne bezahlt werden. Na, meine Damen und Herren, das ist in einem demokratischen Staatswesen ein Ding der Unmöglichkeit! Dagegen würde sich der Gewerkschaftsbund mit allen seinen Kräften zur Wehr setzen, das darf ich Ihnen schon versprechen. Ich rate deshalb dem Herrn Staatssekretär, diesen Plan nicht weiter zu verfolgen.

Aber wir leiden ja nicht nur unter einer Saisonarbeitslosigkeit. Auch die strukturelle Arbeitslosigkeit ist noch immer ganz beachtenswert, obwohl sie ebenfalls ein wenig zurückgegangen ist. Hier komme ich wieder auf die Notstandsgebiete zu sprechen, und da muß ich sagen: An der Südbahnstrecke bis Ternitz hinunter, im Triestingtal, im Bezirk Gmünd und insbesondere im Burgenland haben wir eine ständige Arbeitslosigkeit. In diesen Gebieten waren im Jahresdurchschnitt 1953

arbeitslos: im Bezirk Baden 12 Prozent, in Berndorf 18 Prozent, im Bezirk Wiener Neustadt 13,7 Prozent, im Bezirk Gmünd 14 Prozent, im Bezirk Schwechat 12 Prozent, und im Burgenland, das eigentlich ein einziges Notstandsgebiet ist, hatten wir eine durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit von 24 Prozent aller arbeitsbereiten Menschen. Ein Viertel aller Menschen, die arbeiten wollen, können keinerlei Arbeit finden, obwohl, wie allgemein bekannt ist, Jahr für Jahr im Frühling Tausende von burgenländischen Bauarbeitern teils in die Bundesländer, teils sogar ins Ausland auswandern, um Arbeit zu finden, und obwohl sich auch tausende burgenländische Landarbeiter in den Bundesländern Arbeit suchen!

Meine Damen und Herren! Hier, glaube ich, kann man nicht davon sprechen, daß ein österreichisches Wunder geschehen ist. (*Abg. Dr. Kraus: Sehr richtig!*) Ich will den Eindruck, den der Herr Bundeskanzler mit seiner Rede mit Recht erzielt hat, gar nicht verwischen. Es gibt ein gewisses österreichisches Wunder, wie im Ausland behauptet wird — aber auch Ausnahmen davon, böse Geschwüre am Körper der österreichischen Volkswirtschaft. Für diese Notstandsgebiete, ich sage es noch einmal, ganz besonders für das Burgenland, für das Triestingtal, für das Wiener Neustädter und Badener Gebiet, für das Gebiet von Waidhofen muß Vorsorge getroffen werden, wenn dort die Bevölkerung nicht den Glauben an die Menschlichkeit verlieren soll. Die Menschen, die zum Teil jahraus, jahrein 50, 60 und mehr Kilometer mit der Eisenbahn fahren, um eine Arbeitsstätte zu erreichen, und andere, die Jahre hindurch beschäftigungslos sind, können sich nicht damit zufriedengeben, daß es im übrigen Österreich, wenn auch langsam, so doch vorwärtsgeht. Jetzt, zehn Jahre nach Beendigung des Krieges, ist, glaube ich, die österreichische Regierung und der österreichische Nationalrat verpflichtet, auch für diese Gebiete einzutreten und dafür zu sorgen, daß dort Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Der Herr Bundeskanzler hat auch von der Stabilisierung des Geldwertes gesprochen. Er hat als Ausgangspunkt das Jahr 1952 genannt und datiert von da her die Gesundung der österreichischen Wirtschaft. Ich glaube, auch hier ist ihm zumindest insofern ein kleiner Schnitzer passiert, als er vergessen hat, darauf hinzuweisen, daß, bevor der Geldwert stabilisiert worden ist, der Lohn- und Preisstopp gewesen ist. Und vielleicht erinnern sich da noch einige der Herren Abgeordneten dieses Hauses daran, daß an dem Lohn-Preisstopp der Österreichische Gewerkschaftsbund in her-

vorragender Weise mitgewirkt hat. Ich würde nicht viel übertreiben, wenn ich sagen würde, daß er ihn erzwungen hat (*Beifall bei der SPÖ*), in voller Erkenntnis der Tatsache, daß, wenn es nicht gelingen würde, die Preise zu stoppen, wir aus einer latenten Inflation in eine galoppierende Inflation hineingestolpert wären. Also, Herr Bundeskanzler, ein wenig haben wir da auch mitgetan.

Und, Herr Dr. Maleta, so ist es nicht, daß der Raab-Kamitz-Kurs allein die Sanierung herbeigeführt hat: Die Sozialistische Partei und der Gewerkschaftsbund haben dabei ganz entschieden mitgewirkt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich will allerdings nicht so unbescheiden sein, Herrn Dr. Maleta zu sagen, der Herr Kanzler habe nichts gemacht, der Herr Dr. Kamitz habe nichts gemacht, die Österreichische Volkspartei habe nichts gemacht, nur wir Sozialisten hätten das gemacht. Das wäre ja auch nicht wahr. Aber ebenso wie diese Behauptung unwahr wäre, ebenso ist Ihre Behauptung unwahr. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das wissen Sie, sonst würden Sie mich nicht so verschmitzt anlächeln. Als die Sanierung durch den Preis-Lohnstopp eingeleitet wurde, war weder der Herr Bundeskanzler schon Kanzler, noch war der Herr Dr. Kamitz Finanzminister (*Heiterkeit bei der SPÖ*), aber beide haben trotzdem entscheidend bei der Sache mitgewirkt, der eine, der Herr Bundeskanzler, als Präsident der Bundeswirtschaftskammer, und der Herr Finanzminister als leitender Beamter der Bundeswirtschaftskammer.

Aber ganz bescheiden möchte ich daran erinnern, daß bei diesem Sanierungsprogramm auch ein gewisser Böhm, ein gewisser Proksch und verschiedene andere Herren — ja, ich darf sogar einen gewissen Schärf nennen — mitgewirkt haben. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dengler: Raab, Schärf, Böhm, Kamitz!*) Bescheidenerweise habe ich mich zuerst genannt, natürlich! (*Heiterkeit.*)

Der Herr Bundeskanzler spricht auch von den Lebenshaltungskosten. Er stellt da die Steigerung der Lebenshaltungskosten für die Zeit vom Juni 1952 bis Jänner 1955 und auch den Nettolohnindex dar. Ich muß sagen, ich habe mir den Kopf darüber zerbrochen: Wieso kommt da ein Vergleich Juni 1952 mit Jänner 1955 zustande? Jänner 1955 kann man verstehen; das ist der letzte Zeitpunkt, für den uns Zahlen bekannt sind. Aber Juni 1952? Was war damals los? Der Herr Bundeskanzler hat gestern verschämt gesagt, das war die Zeit der Sanierung. Ich habe mir die Indexzahlen ein wenig angesehen und habe gefunden, daß es mit

der Zeit der Sanierung nicht ganz stimmt. Aber ein anderes Moment dürfte den Herrn Bundeskanzler veranlaßt haben, dieses Datum zu wählen. Damals war nämlich der Lebenshaltungskostenindex am höchsten; die Preise waren so hoch wie nie vorher und nachher. Die Preise von damals vergleicht der Herr Bundeskanzler mit den Preisen von heute, und er kann infolgedessen feststellen, daß sie heute fast noch um ein halbes Prozent niedriger sind als im Juni 1952. (*Abg. Dr. Kraus: Um ein halbes Prozent gestiegen!*) Nein, nein, vom Dezember auf Jänner sind sie gestiegen, aber sonst sind sie noch ein wenig niedriger, ich glaube um zwei Zehntelprozent sogar. Was der Herr Bundeskanzler verschämt verschwiegen hat, ist folgendes: In der Zeit seit Juni 1952 sind die Preise kontinuierlich gesunken und haben im Jahre 1953 ganz andere Beträge erreicht. Allerdings sind sie nachher wieder gestiegen und haben jetzt fast wieder den höchsten Stand von 1952 erreicht.

Dabei ist noch eines zu sagen: Das habe ich nicht herausgefunden, wieso der Herr Bundeskanzler bei der Berechnung der Nettolöhne die Beträge ohne die Kinderbeihilfen genommen hat. Weil die Kinderbeihilfen einen Bestandteil des Lohnes bilden, gehören sie einbezogen, und dann sind die Zahlen nicht 597 — wie der Herr Bundeskanzler sagte — und im Jänner des heurigen Jahres 652, sondern sie waren im Juni 1952 722 und sind im Jänner des heurigen Jahres 778.

Ich bin nicht dahintergekommen, was daran sein soll, ich stelle das nur richtig und möchte sagen, daß ich gar nicht leugnen will, daß von 1952 bis heute eine gewisse Lohnerhöhung eingetreten ist, eine Erhöhung der Reallöhne sogar. Sie beträgt nur nicht so viel, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, sondern ungefähr 5 bis 5½ Prozent. Diese Steigerung ist richtig, die will ich nicht ableugnen, aber ich glaube, sie ist auch durchaus erklärlich. Der Herr Bundeskanzler selber hat gesagt — und auch ein Redner vor mir hat darauf hingewiesen —, daß sich die Produktivität während dieser Zeit um 24 Prozent gesteigert hat. Nun, ich darf sagen, der Gewerkschaftsbund ist seiner Tradition, mäßig zu sein, treu geblieben. Die Realloohnerhöhung von nicht ganz 6 Prozent ist also durchaus gerechtfertigt.

Der Herr Bundeskanzler hat auch von geringfügigen Preissteigerungen gesprochen, die man nicht immer abstoppen kann. Ich weiß, geringfügige Preissteigerungen kann man nicht immer abstoppen, aber es gibt schon auch Preissteigerungen, die, wie ich glaube, viel weiter gehen, als gerechtfertigt ist. Ich

denke dabei nur an die Preise für Holz und für Fleisch.

Wenn der Herr Bundeskanzler den Geldwert aber auch für die Zukunft sichern will, dann, muß ich sagen, sind wir an seiner Seite. Der Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei sind sich immer des Umstandes bewußt gewesen, daß die Sicherung des Geldwertes eine dringliche Notwendigkeit darstellt, im Interesse der gesamten Bevölkerung unseres Landes, im Interesse der Wirtschaft und nicht zuletzt auch der Arbeiter und der Angestellten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Da tun wir schon mit, Herr Bundeskanzler, und sehr gern, wenn die richtigen Mittel angewendet werden. Ich weiß nur nicht, ob man mit Zöllen dabei das Auslangen finden wird; mit Zollermäßigungen wohl, aber was in der letzten Zeit versucht wird, sind ja Zollsteigerungen. Wenn der Herr Bundeskanzler an weitgehende Zollermäßigungen denkt, insbesondere bei den Konsumwaren, die geeignet sind, die Lebenshaltungskosten zu beeinflussen, dann sage ich: Wir sind mit fliegenden Fahnen bei ihm, da gehen wir mit! (*Abg. Probst: Koexistenz! — Abg. Doktor Pittermann: Der Strommer mit dem Dolch im Gewande!*)

Der Herr Bundeskanzler hat uns auch gesagt, daß er die Lohnbewegungen, die in der letzten Zeit erfolgt sind und zu gewissen Lohnerhöhungen geführt haben, für nicht gefährlich hält. Ich muß sagen, hier bin ich wieder einig mit ihm. Aber er hat uns für die Zukunft gewissermaßen gewarnt. Er hat uns Vorsicht empfohlen. Ich möchte sagen, Herr Bundeskanzler, die Mahnungen zur Vorsicht wären zweckmäßiger an die rechte Seite des Hauses zu richten, an den Handel, an die Industrie (*Zwischenruf des Abg. Doktor Hofeneder*) — Sie haben sich rechtzeitig gemeldet, Herr Kollege! (*Heiterkeit*) — und zum Teil auch an die Landwirtschaft. Ich denke dabei wieder an die Fleischpreise. (*Zwischenrufe des Abg. Strommer.*) Ich möchte ganz offen sagen: Ich bin nicht der Meinung, daß man der Landwirtschaft keine Lebensmöglichkeit gestatten soll (*Abg. Strommer: Sehr gut!*), aber bei den Fleischpreisen hat sich in der letzten Zeit manches schon als exzessiv erwiesen. Ich hoffe sehr, daß es gelingt, eine vernünftige Regelung der Fleischpreise herbeizuführen, welche beides verhindert, den Preisverfall, unter dem die Landwirtschaft vor nicht allzu langer Zeit — es dürfte eineinhalb Jahre her sein — gelitten hat, und die Preisspitze, welche die Konsumenten nicht ertragen können. Wenn eine vernünftige Stabilisierung der Fleischpreise herbeigeführt werden kann, dann werden wir

gerne dabei mittun. Und diese Stabilisierung der Fleischpreise wird dann auch ein Stabilisierungsmoment für den Schilling sein.

Der Herr Bundeskanzler hat auch von dem neuen Sozialversicherungsgesetz gesprochen, an dem jetzt gearbeitet wird. Hier, muß ich sagen, habe ich seine Bemerkungen sehr begrüßt. Dieses neue Sozialversicherungsgesetz — Millionen Menschen in unserem Land warten darauf — ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ich übertreibe nicht, meine Damen und Herren, es warten Millionen von Menschen auf dieses Gesetz, und ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere an die Volkspartei das dringende Ersuchen richten, alles zu tun, was menschenmöglich ist, um diesen Gesetzentwurf noch in der Frühjahrssession im Hohen Haus zum Beschluß erheben zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ja, die Rede war so lang, daß man nicht fertig wird, wenn man darauf repliziert. Aber ich werde mich bemühen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch davon gesprochen, daß die Möbelindustrie modernisiert werden soll. Ich muß sagen, ein lobenswertes Beginnen. Es wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben. Unsere Möbelindustrie ist wirklich technisch rückständig. Sie muß, wenn sie einigermaßen leistungsfähig bleiben oder, besser gesagt, werden soll, modernisiert werden. Wenn sie auch noch so sehr modernisiert wird — das wünsche ich ja —, wenn aber die Holzpreise auf der Höhe bleiben, auf der sie heute sind, dann wird die Möbelindustrie in unserem Land, auch wenn sie völlig modern ist, nicht gedeihen können. Wollen wir der Holzindustrie im allgemeinen, der Möbelindustrie aber speziell helfen, dann werden wir eine vernünftige Gestaltung der Holzpreise gemeinsam anstreben müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Rekonstruktion der Geldinstitute ist nur zu sagen, daß wir damit einverstanden sind, wenn entsprechende Kontrolleinrichtungen geschaffen werden. Da können wir uns dann schon finden, wir werden zusammenkommen.

Ich möchte sagen, daß auch wir einen modernen Zolltarif gern sehen würden, aber er muß doch so gestaltet werden, daß die Interessen der Konsumenten berücksichtigt werden und nicht allein die der Kartellherren.

Eine Produktivitätssteigerung hat der Herr Kanzler befürwortet. Der Gewerkschaftsbund predigt überall, wohin seine Sendboten kommen, daß die Produktivität gesteigert werden muß, wenn wir unser Sozialprodukt und unseren Anteil an demselben ausweiten wollen.

Aber so sehr wir die Produktivitätssteigerung befürworten, möchte ich doch sagen: Wichtig ist vor allem, daß der Arbeiter- und Angestellten-schaft ihr entsprechender Anteil an den Erträgen dieser Steigerung gesichert wird. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Man kann nicht verlangen, daß sich Arbeiter und Angestellte anstrengen, nur um dem Arbeitgeber einen Mehrverdienst zu sichern, selber aber auf ein Mehreinkommen verzichten. Wenn das auch die Arbeitgeber verstehen, werden wir uns auch über die Produktivitätssteigerung einigen können.

Wir wissen auch, daß der Lebensstandard nicht allein durch Lohnsteigerungen verbessert werden kann, wir glauben sogar, daß es zweckmäßiger wäre, ihn durch Preissenkungen zu verbessern, denn die Preissenkungen würden auf alle Konsumenten gleichmäßig verteilt werden, und es würden dabei auch Rentner und Menschen, die ein geringes Einkommen haben, Nutznießer derselben werden.

Aber eines muß ich auch sagen: Nur Produktivitätssteigerung, keine Preissenkungen und keine Lohnerhöhungen, damit kann sich der Gewerkschaftsbund nicht begnügen. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen, um nicht mißverstanden zu werden: Zurzeit schweben im Kanzleramt Verhandlungen über Lohn- und Preisfragen. Darüber sind ja in der Öffentlichkeit schon allerlei Märchen erzählt worden. *(Abg. Dr. Pittermann: Hör zu, Kollege Honner!)* Ich möchte diese Märchen auf das richtige Ausmaß zurückführen. Man hat erzählt, daß hinter verschlossenen Polstertüren Geheimverhandlungen stattfinden. Ja, ich gebe zu, meine Damen und Herren, die Türen und die Fenster sind geschlossen, man kann sie bei der jetzigen Witterung nicht offen lassen *(Heiterkeit)*, aber Geheimverhandlungen sind das nicht. Die Bestrebungen, die bei diesen Verhandlungen zum Ausdruck kommen, sind ohne weiteres mitzuteilen. Es kann gesagt werden, daß sich sowohl der Herr Kanzler als auch Kammern und Gewerkschaftsbund bemühen, eine Stabilisierung der Preise herbeizuführen.

Gewiß hat man auch im Laufe der Debatte an den Gewerkschaftsbund das Ansinnen gestellt, er möge sich bei seinen Lohnforderungen einschränken. Ich habe darauf geantwortet: Wir können einen festen Pakt nicht abschließen, demzufolge wir auf Lohnforderungen verzichten würden, das ist ausgeschlossen. Aber das Tempo und das Ausmaß unserer Lohnforderungen wird ganz von der Gestaltung des Preisgefüges abhängig sein. Wenn es gelingt, das Preisniveau einigermaßen zu senken, dann werden wir uns bei Lohnforderungen gewisse Zurück-

haltung auferlegen können. Selbstverständlich! Wobei ich allerdings nicht vergessen will hinzuzufügen: Für entsprechende Produktivitätssteigerungen, die den Unternehmern die Möglichkeit geben, mehr zu verdienen, werden Arbeiter und Angestellte natürlich jederzeit ihren Anteil verlangen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, aber ich glaube, es ist ungefähr zu überblicken, wohin sie führen werden. Vielleicht — ich bin ein wenig Optimist — wird es dazu kommen, daß eine leichte Senkung der Preise eintritt, vielleicht wird es dazu kommen, daß man die großen Preisschwankungen bei Fleisch und Fleischwaren ausschalten kann, aber ich sage ausdrücklich nur „vielleicht“, ich weiß es nicht, ich hoffe es. Etwas anderes, eine Verpflichtung des Gewerkschaftsbundes, auf Lohnforderungen zu verzichten, wird auf keinen Fall statuiert werden.

Der Herr Bundeskanzler hat auch von der Spartätigkeit gesprochen. Sie ist wichtig, um die Finanzierung der Investitionsbetätigung der öffentlichen Hand zu sichern und die Nachfrage durch freiwillige Beschränkungen in den rechten Grenzen zu halten. Hier muß ich, wenn wir von Preissenkungen sprechen, sagen: Es gibt Möglichkeiten dazu, meine Damen und Herren! Der Gewerkschaftsbund denkt da vor allem daran, die Warenumsatzsteuer auf die wichtigsten Grundnahrungsmittel zu senken. Ein wenig, etwas ist ja in der letzten Zeit geschehen. Der Herr Handelsminister hat die Steuer auf Treibstoffe herabgesetzt. Ich habe mir vom Herrn Handelsminister erzählen lassen, daß sich diese Steuerermäßigung auf die Wirtschaft recht fruchtbringend auswirken soll. Die Landwirtschaft soll davon profitieren, die Fuhrwerksbesitzer natürlich, Autobesitzer, Inhaber von Betrieben, deren Maschinen mit Öl betrieben werden, usw. Aber ich muß sagen: Der Konsument, die breite Masse der Konsumenten hat von den Auswirkungen der Steuerermäßigung bisher nichts verspürt (*Abg. Dr. Hofeneder: Die Autobuspreise heruntersetzen!*), außer vielleicht, daß ein Feuerzeugbesitzer die Feuerzeugfüllung etwas billiger kaufen kann. Aber das ist nicht so ins Gewicht fallend, daß man davon viel Aufhebens machen sollte.

Wir glauben, daß man Nachlässe nicht verzetteln sollte, Herr Finanzminister, weder Zollherabsetzungen noch Steuernachlässe, sondern man sollte sie dort gewähren, wo voraussichtlich der Konsument dabei zum Zuge kommt. Da sind vor allem die Grundnahrungsmittel, und hier ist zweifellos Gelegenheit, manches zu tun. Wenn Sie für Brot, Mehl,

Semmeln, Teigwaren, Milch und Molkereiprodukte, Reis, Zucker, Eier, Marmelade, Fleisch, Fett und Wurstwaren, Obst und Gemüse die Warenumsatzsteuer herabsetzen oder gar aufheben, so wird sich das auf den Lebenshaltungskostenindex in recht deutlichem Maße auswirken können.

Freilich wird man mir sagen: Ja, aber das kostet ja ungeheuer viel. Wir haben uns das im Gewerkschaftsbund berechnet, es würde ungefähr 1 Milliarde Schilling im Jahr kosten. Aber wir brauchen darüber nicht zu sehr zu erschrecken, meine Damen und Herren. Der Herr Finanzminister hat bei der Regulierung der Lohn- und Einkommensteuer auf einen Betrag von 1,7 Milliarden Schilling verzichtet und ist dabei nicht einmal zugrunde gegangen. Vielleicht hätte er auch die Möglichkeit, diese 1 Milliarde irgendwie aufzutreiben. Ja, ich habe da einige Zuversicht. Denn da ist von der Handelskammer ein Vorschlag erstattet worden, es solle der Rechnungsstempel beseitigt werden. Die Beseitigung des Rechnungsstempels, fürchte ich, wird sich bis zum Konsumenten gar nicht auswirken, sie würde wahrscheinlich nur den Händlern und Erzeugern Nutzen bringen. (*Bundeskanzler Ing. Raab: Beide Vorschläge haben wenig Aussicht auf Erfüllung!*) Das ist einerseits begrüßenswert, andererseits bedauerlich. Aber an dem zweiten möchte ich schon festhalten. Die Beseitigung des Rechnungsstempels würde 850 Millionen Schilling kosten. Da wäre von 850 Millionen Schilling auf 1 Milliarde Schilling kein so großer Spielraum mehr.

Der Herr Bundeskanzler hat mich soeben davon unterrichtet, daß beide Vorschläge seiner Meinung nach wenig Aussicht auf Verwirklichung haben. Das soll uns nicht entmutigen, wir werden weiter verlangen. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir werden ihm helfen, den Vorschlag der Handelskammer abzulehnen!*)

Um zum Ende zu kommen: Bei Zollsenkungen ist noch manches möglich, zum Beispiel bei Orangen, Kaffee, Tee, Kakao, Eiern usw., sowie bei gewissen Industriewaren. Es gibt solche Möglichkeiten!

Ich erinnere daran, daß auch eine ganze Anzahl von Markenartikeln, für die ein Preis von der Erzeugerfirma festgelegt ist, heute schon von einer großen Anzahl von Firmen zu niedrigeren Preisen verkauft werden, als die Erzeugerfirmen vorschreiben. Sie werden vielleicht sagen: Recht lobenswert! Gut, ich schließe mich dieser Bemerkung an, möchte aber sagen, daß das noch etwas anderes aufzeigt: daß die Preisspanne, die von der Erzeugerfirma vorgeschrieben wurde,

zu hoch ist. Hier müßten, glaube ich, Bundesregierung und Handelskammer gemeinsam dafür sorgen, daß die Handelsspannen ermäßigt werden.

Ich möchte zum Schluß kommen, wenigstens soweit es sich um die Rede des Herrn Bundeskanzlers handelt, und möchte sagen: Der Appell an uns wird fruchtbar sein, wenn er auch von der Gegenseite entsprechend gehört wird. Wir sind uns der Verantwortung, die wir für die Währung des Landes und für die wirtschaftliche Stabilität haben, voll bewußt. Aber ich mache darauf aufmerksam: Nicht allein Arbeiter und Angestellte haben eine Verantwortung auf diesem Gebiet zu tragen, sondern auch die anderen Wirtschaftskreise. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und diese möchte ich daran erinnern, daß es notwendig ist, dafür zu sorgen, daß das Preisniveau wieder in Ordnung kommt. Geschieht das, dann werden wir uns mit unseren Lohnbewegungen in so mäßigen Grenzen halten können, daß wir nur dort Lohnerhöhungen verlangen, wo sie auf Grund der Produktivitätssteigerung selbstverständlich sind. Eine Verpflichtung freilich können wir formal nicht übernehmen.

Einige Worte noch über die Bemerkungen des Herrn Dr. Maleta. Ich muß sagen, bescheiden war er nicht. (*Heiterkeit. — Abg. Prinke: Das ist auch nicht eure Art, bescheiden zu sein!*) Ein Selbstbewußtsein (*Abg. Prinke: Gott sei Dank!*), von dem ich fast behaupten möchte, daß es an Überheblichkeit grenzt (*Heiterkeit bei der SPÖ — Abg. Prinke: Das ist subjektiv!*), und es scheint, daß Sie auch in Ihren Zeitungen lernen, was in diesen Ausführungen zum Ausdruck kommt. Während der Herr Bundeskanzler ausdrücklich immer von der Gesamtregierung gesprochen hat (*Abg. Dr. Maleta: Sie sprechen vom Gewerkschaftsbund!*) — der Gewerkschaftsbund ist auch eine Institution, an der alle beteiligt sind, ich kann also mit Recht vom Gewerkschaftsbund reden! —, hat der Herr Dr. Maleta zwar zugegeben, daß die Gesamtregierung eine Regierung Raab-Schärf ist, aber gesagt, daß der Wirtschaftskurs ein Kurs Raab-Kamitz ist. (*Abg. Dr. Hofeneder: Weil der Finanzminister halt nicht Resch heißt!*) Herr Dr. Maleta! Das ist, wenn auch nicht mit denselben groben Worten, eine ebensolche Geschichtsklitterung, wie sie vom Herrn Abg. Weinmayer begangen worden ist. Der Raab-Kamitz-Kurs hat nichts anderes getan, als jene Entwicklung fortzusetzen (*Abg. Dr. Hofeneder: Figl-Margaretha!*), die durch die Vereinbarungen mit der Handelskammer und dem Gewerkschaftsbund schon eingeleitet war.

Wenn ich boshaft wäre, so boshaft wie manche Herren auf Ihrer Seite (*Heiterkeit*), würde ich darauf verweisen, daß es da manche Auseinandersetzungen gegeben hat. Da hat es auf Ihrer Seite — ich will nicht sagen, von wem — Widerstände gegen die Sanierung gegeben, da hat man sich gegen die Stabilisierung gestellt, weil man nicht die richtigen Mittel anwenden wollte. Aber ich bin, wie gesagt, nicht boshaft, ich breite den Mantel der christlichen Nächstenliebe über diese Auseinandersetzungen (*Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP — Abg. E. Fischer: Vereinigt euch! Ihr beide seid die reinen Engel der Wirtschaft!*), denn wir verlangen nicht mehr für uns, als wir mit Recht in Anspruch nehmen können.

Der Herr Dr. Maleta hat auch noch gesagt, die Volkspartei sei die erste politische und wirtschaftliche Kraft im Lande. (*Abg. Doktor Hofeneder: Freilich!*) Um einen Abgeordneten mehr, Herr Dr. Maleta, aber um 30.000 Stimmen weniger! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Allzuviel zugute tun brauchen Sie sich auf diese erste politische und wirtschaftliche Kraft nicht, Herr Doktor. Sagen wir, wir sind ziemlich gleich stark. Es ist auch am besten so. Vielleicht verstehen wir uns so auch am besten.

Nun aber noch eines, dann komme ich schon zum Schluß. Er sagt: Die Volkspartei ist im Gegensatz zur Sozialistischen Partei eine Partei des Volkes. Sie sorgt für alle. Sie sorgt für die Arbeitnehmer, sie sorgt für den Bauern, ob klein oder groß, sie sorgt für den Gutsbesitzer, sie sorgt für den Gewerbetreibenden (*Abg. Wilhelmine Moik: Ein bisserl ungleich!*), sie sorgt für den Fabrikanten und für den Handelsmann. Ja, meine Damen und Herren, was bleibt da noch übrig? Nichts mehr? Nun, dann muß einer für den anderen sorgen. Unter uns gesagt: Das Sozialprodukt ist ein Kuchen von einer bestimmten Größe, der im Laufe der Zeit durch bestimmte Anstrengungen gewiß vergrößert werden kann. Aber wenn Sie heute, Herr Dr. Maleta, den Kuchen aufteilen wollen und jedem ein größeres Stückel geben wollen, bleibt Ihnen nichts übrig. (*Abg. Frühwirth: Wir möchten auch gern ein Weinberl, nicht nur die Unternehmer!*) So kann also die Sache nicht sein. Sie können entweder jedem nur den angemessenen Teil geben und niemand berücksichtigen, oder Sie müssen jemand unrecht tun. Und darüber gibt es verschiedene Meinungen. Soweit ich die Funktionäre des Arbeiter- und Angestelltenbundes kenne, sind sie der Meinung, daß sie bei der Aufteilung dieses Kuchens meist zu kurz kommen, und sie dürften recht haben. (*Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

2932 63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955

Im übrigen will ich Ihnen auch sagen, Herr Doktor: Mit der so viel gepriesenen Einigkeit, die da nach Ihrer Darstellung vom Lauda bis zum Altenburger (*Heiterkeit — Abg. Altenburger: Vom Böhm bis zum Kostroun!*) und vom Dwořak bis zum Kraus reichen soll, ist es auch nicht so weit her, wie Sie tun. Da gibt es so viele Gegensätze und so viele Streitereien, daß ich sagen muß, da halte ich die Sozialistische Partei schon für viel fester in sich gefügt als das labile Gefüge der Österreichischen Volkspartei. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) Aber warum ich Ihnen das vorgehalten habe, Herr Doktor, hat nur den Grund, daß ich Ihnen sagen wollte: Ein wenig mehr Bescheidenheit, als Sie heute in Ihrer Rede gezeigt haben, würde Ihnen nicht schaden. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Zu den Bemerkungen des Abg. Honner brauche ich nur ein paar Worte zu sagen. Es wäre eine einfache Sache, wenn man den Binnenmarkt erweitern und allgemeine Lohn-erhöhungen durchführen würde. Wenn man auf diese Weise dem Arbeiter und Angestellten helfen könnte, wäre ich sogar dafür, da wäre ich mit bei der Partie. Aber so einfach ist es wieder nicht. Wenn man allgemeine Lohn-erhöhungen nur um den Preis allgemeiner Preiserhöhungen durchsetzt, dann ist dem Lohnempfänger nicht geholfen. Bei dieser Politik machen wir nicht mit.

Wir glauben, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei auf dem Weg, den sie bisher gegangen sind, werden weitergehen müssen. Sie werden Lohn-erhöhungen nicht negieren, sie werden sie nicht übertreiben, sie werden sie aber dort verlangen, wo entweder durch Verteuerung der Lebenshaltung — das will ich ausdrücklich sagen — oder durch entsprechende Steigerung der Produktivität die Notwendigkeit dazu gegeben ist. Dort werden wir unseren Anteil verlangen. Sonst, will ich sagen, werden auch wir alles tun, um das wirtschaftliche Gefüge in Ordnung zu erhalten.

Wir nehmen den Bericht des Herrn Bundeskanzlers zur Kenntnis. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Böhm hat sich der Herr Bundesminister Dr. Kamitz zu einer Richtigstellung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Kamitz:** Hohes Haus! Der Herr Präsident Böhm hat in seinen Ausführungen der Vermutung Ausdruck verliehen, daß ein Gesetzesentwurf vom Österreichischen Arbeiterkammertag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Notstandsgebieten in einem meiner Aktenschränke

verschwunden sei. Ich darf zur Richtigstellung das Hohe Haus auf folgende Tatsachen aufmerksam machen:

Der Ministerrat hat sich am Beginn vorigen Jahres mit dem Problem der Steuerung der Arbeitslosigkeit in den Notstandsgebieten auseinandergesetzt und hat mich beauftragt, geeignete Vorschläge dafür auszuarbeiten. Ich habe mich an die in Frage kommenden Stellen mit derartigen Vorschlägen gewandt und nahezu von allen Stellen mit Einwendungen eine Ablehnung dieses Vorhabens erhalten. Der Österreichische Arbeiterkammertag schreibt mit Schreiben vom 12. April:

„Betrifft: Untersuchung über die Möglichkeiten, Notstandsgebieten durch Steuererleichterungen Hilfe zu gewähren“. — Ich will das Hohe Haus mit der Verlesung des ganzen Briefes nicht langweilen. — „... Dies glaubt der Österreichische Arbeiterkammertag aus folgenden Gründen verneinen zu müssen:“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*)

Unter anderem habe ich dann auf Grund der Gutachten mit den übrigen Stellen die Sache noch einmal im Ministerrat zur Sprache gebracht, und ich wurde beauftragt, dessenungeachtet die Bestrebungen zur Erreichung eines solchen Gesetzes fortzusetzen. Das war im Ministerrat am 21. Mai 1954. Ich habe daraufhin sofort neuerlich die Stellen urgiert und sie aufmerksam gemacht, daß es die Auffassung der österreichischen Bundesregierung sei, geeignete Vorschläge für diese Zwecke auszuarbeiten. Die Antwort des Arbeiterkammertages ist am 28. 7. 1954 bei mir eingelangt, und sie lautet unter anderem: „Dies entspricht den grundsätzlichen Ausführungen des Österreichischen Arbeiterkammertages in der seinerzeitigen Stellungnahme,“ — das ist der Brief vom 12. 4. 1954 — „in der eingehend dargelegt wurde, daß steuerliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Notstandsgebieten unzweckmäßig sind. Dieser Standpunkt wird vom Österreichischen Arbeiterkammertag nach wie vor vertreten.“

Der bekannte Vorschlag, von dem Herr Präsident Böhm gesprochen hat, liegt ebenfalls vor. Er ist zugleich mit dieser Ablehnung in meinem Ministerium eingelangt, also lange, nachdem wir uns schon intensiv mit diesen Problemen auseinandergesetzt haben. Dieser Vorschlag beinhaltet — bitte, ich will das hier im Detail nicht auseinander-
setzen — die Zahlung von gewissen Förderungsbeiträgen zu Löhnen und Zinsdarlehen. Ich darf das Hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß der Schlußparagraph dieses Vorschlages lautet: „Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesmini-

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2933

sterium für soziale Verwaltung“ — und nur hinsichtlich eines Paragraphen, der die Auszahlung dieser Beträge betrifft, das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Ich überlasse es dem Hohen Haus, zu beurteilen, in welchem Aktenschrank welchen Ministeriums dieser Vorschlag gelandet ist. Danke. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Lebhaftes Zwischenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Probst: Das ist ganz unlogisch! — Abg. Horn: Das war sehr unanständig von Ihnen! — Abg. Altenburger: Das andere war ja auch nicht anständig!)*

Präsident: Als Gegenredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dr. Kraus. Ich erteile ihm das Wort. *(Anhaltende Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen).* Meine Herren Abgeordneten! Ich habe das Wort dem Herrn Abg. Dr. Kraus erteilt und bitte zu ermöglichen, daß er sprechen kann. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Olah: Unanständigkeit sondergleichen!)* Darf ich nochmals darauf verweisen, daß jedem Abgeordneten, dem etwas nicht paßt, die Möglichkeit offensteht, und zwar die einzige Möglichkeit nach der Geschäftsordnung, sich hier zum Wort zu melden und das, was er vorbringen will, dem Haus allgemein zur Kenntnis zu bringen. Es ist aber unmöglich, daß diese Debatten zwischen den Bänken stattfinden.

Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Kraus, mit seinen Ausführungen zu beginnen. *(Abg. Olah: So etwas traut sich ein Minister zu sagen! So etwas ist eine Frechheit!)*

Abg. Dr. Kraus: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist zweifellos ein Fortschritt, daß die Bundesregierung das Aschenbrödel Parlament nun doch einmal mit einem Bericht ausgezeichnet hat. Vielleicht wird es mit dieser neuen demokratischen Gesinnung der Bundesregierung noch so weit kommen, daß auch die Opposition dieses Parlaments zur Kenntnis genommen wird und auch auf ihre Aufforderung hinauf und nicht nur auf die einer Regierungspartei und Reserveoppositionspartei hinauf der Volksvertretung Bericht erstattet wird. *(Beifall bei der WdU.)* Einiges von dieser Regierungserklärung ist allerdings noch aufklärungsbedürftig.

Die Aufforderung zu einer solchen Berichtserstattung erfolgte von einigen sozialistischen Abgeordneten, obwohl die SPÖ selbst in der Regierung vertreten ist und daher innerparteilich in der Lage wäre, die notwendigen Auskünfte zu erhalten. Als dann die Parlamentssitzung begann, bei der als Punkt 1 auf der Tagesordnung der Bericht der Bundesregierung stand, fehlte die gesamte SPÖ-

Fraktion. Der Bericht selbst verzögerte sich fast um eine Stunde. Es hieß, daß in den Räumen des Parlaments eine Notsitzung des Ministerrates abgehalten wurde. Offenbar hatte sich der übliche Kriegsschauplatz vom Ballhausplatz ins Parlament verlegt. Auch aus der Verteilung des Applauses zu den Ausführungen des Bundeskanzlers ist zu entnehmen gewesen, daß die SPÖ keine große Freude darüber hatte, denn mit Ausnahme von dem kurzen Kapitel Waldbrunner rührte sich keine Hand. Ich möchte daher doch die Frage stellen: War dies ein Bericht der gesamten Bundesregierung oder nur des ÖVP-Teiles der Bundesregierung? *(Präsident Böhmer übernimmt den Vorsitz.)*

Andererseits hat diese zweistündige Erklärung eigentlich keine Antwort auf die zitierte Interpellation gegeben, denn es war gefragt worden, was die Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation zu tun gedenkt. Es war vielmehr eine zweite Budgetrede, eine sehr fleißige Sammlung von ministeriellen Berichten, die aber ziemlich wie Kraut und Rüben durcheinander vorgebracht wurden. Vor allem enthielt der Bericht nicht sehr viel Neues, weil er insbesondere auf Gesetze Bezug nahm, die wir ja hier im Parlament beschlossen haben. Soweit von anderen Maßnahmen die Rede gewesen ist, haben freundlicherweise die Journalisten der österreichischen Tageszeitungen dafür gesorgt, daß die Abgeordneten des Parlaments unterrichtet worden sind, da dies die Regierung nicht so gern zu tun pflegt. Wenn ich diesen langen Bericht als Ganzes nehme, möchte ich fast sagen: Weniger wäre mehr gewesen!

Die vielen wirtschaftsgeschichtlichen Darlegungen über die letzten Monate und Jahre lassen Rückschlüsse darauf zu, daß es wohl nicht möglich gewesen ist, die Interpellation so zu beantworten, wie die Frage gestellt gewesen ist. Es zeigt sich, daß ein gemeinsames Konzept der beiden Regierungsparteien — wenigstens im Augenblick — nicht möglich war und man daher als Ausweg diese geschichtliche Abhandlung gesucht hat.

Andererseits hat uns aber dieser historische Rückblick auch Freude bereitet. Ich erinnere mich noch daran, daß wir, als wir hier vor einigen Jahren lebhaft gegen die Lohn- und Preisabkommen Stellung genommen und dabei das Wort „Inflation“ gebraucht haben, damals auf den heftigsten Widerstand von seiten der Regierungsparteien gestoßen sind. Heute gebraucht der Herr Bundeskanzler selbst das Wort „Inflation“.

Ich weiß nicht, warum mein Vorredner, der Herr Präsident Böhmer, so viel Wert darauf legt, daß auch „ein gewisser Böhmer“ bei diesen

Verhandlungen dabeigewesen ist, denn nach der gestrigen Regierungserklärung zu urteilen, ist man doch nicht sehr erfreut gewesen über die damalige Entwicklung.

Gefreut haben wir uns auch darüber, daß der Bundeskanzler in der Frage der Steuersätze unserer so oft vorgebrachten Kritik schließlich doch recht gegeben hat. Wir haben immer wieder hervorgehoben, daß die Steuersätze der wirtschaftlichen Vernunft widersprechen, und gestern erklärte Ing. Raab: Die Klagen über unökonomische Steuern waren berechtigt. Dasselbe gilt bezüglich unserer Kritik über die Arbeitslosigkeit. Daß es doch eine strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich gibt, auch das war von der Regierung aberkannt worden.

Ich glaube, die Aufgabe der heutigen Debatte ist es, nicht über die Vergangenheit, sondern über die Gegenwart zu sprechen. Unser Gesamteindruck ist: Es handelt sich bei unserer heutigen Wirtschaftssituation weder um eine das ganze Volk beglückende Wirtschaftsbilanz, wie das Maleta in seinem festlichen Hymnus heute darlegen wollte, noch auch um eine besondere wirtschaftliche Katastrophensituation, wie das die Kommunisten darzustellen versuchten, sondern um eine ernste Sorge über die derzeitigen Preissteigerungen, die mit einer teilweisen Konjunktur zusammenfallen, mit einer Konjunktur, bei der man Angst hat, daß sie eine Fehlleitung der verschiedenen konjunkturellen Tendenzen hervorrufen wird.

Die heutige Wirtschaftssituation ist von zwei Momenten bestimmt: erstens von der großen Konjunkturwelle, die vom Weltmarkt ausgegangen ist und auch unser Land erreicht hat, und zweitens von den Auswirkungen sehr großer Aufträge durch die öffentliche Hand.

Der Herr Bundeskanzler hat in die Mitte seiner Ausführungen das Jahr 1952 und die damals begonnene Schillingstabilisierung gestellt. Ich glaube, er hat das als geschickter Politiker vor allem deshalb getan, um bei der üblichen Verteilung der Lorbeeren zwischen den beiden Regierungsparteien seine Partei etwas besser zum Zuge kommen zu lassen und diese Stabilisierung mit dem Antritt der Amtsgeschäfte durch Minister Kamitz in Zusammenhang zu bringen. Nun war aber das Jahr 1952 nicht nur das Jahr des Amtsantritts des Dr. Kamitz, sondern auch das Jahr, in dem sich die Konjunkturwelle des Weltmarktes auch über Österreich ergoß und einfach nicht aufzuhalten war. Die Exporte sind gestiegen, und diese erhöhte Produktion hat höhere Steuern ergeben. Aus diesen höheren Steuern hat man größere Aufträge der öffentlichen Hand vergeben und das Budget ins Gleichgewicht bringen können.

Nun das zweite Moment unserer derzeitigen Wirtschaftssituation: die vielen Aufträge der öffentlichen Hand. Wir sind keineswegs dagegen, daß Investitionen vorgenommen werden und daß der Staat mit seinen Aufträgen in das Wirtschaftsleben eingreift und damit Wirtschaftspolitik betreibt. Aber wir sind der Meinung, daß diese öffentlichen Aufträge in Augenblicken erfolgen müssen, in denen sie von der Wirtschaft besonders benötigt werden, daß sie zurückgehalten werden müssen für die Augenblicke der Depression und nicht in dem Moment gegeben werden sollen, in dem ohnedies eine gewisse Konjunktur vorhanden ist. *(Beifall bei der WdU.)*

Wir halten daher die ganze, soviel gerühmte Budgetpolitik Kamitz' in diesem Punkt für verfehlt. Man müßte jetzt Reserven schaffen für den Augenblick, in dem eine Initialzündung notwendig ist, um mit solchen Staatsaufträgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und eine weitere Wirtschaftsbelebung durch die private Wirtschaft hervorzurufen. *(Erneuter Beifall bei der WdU.)* Es ist nicht so, wie Böhm sagte, daß man von einer Überkonjunktur sprechen könnte. Nein! Das, was falsch ist, ist, daß wir uns heute nur auf Investitionskonjunktur einstellen und zuwenig Bedacht nehmen, eine Verbrauchskonjunktur herbeizuführen.

Es sind schon ernste Worte in der Öffentlichkeit laut geworden, daß ein viel besseres Gleichgewicht zwischen der Konsumgüterproduktion und der Investitionstätigkeit herbeigeführt werden muß. Wir haben in diesem Jahr öffentliche Aufträge von fast 10 Milliarden Schilling. Damit werden Autobahnen, Straßen, Verwaltungsgebäude, Bahnhöfe und auch Wohnungen gebaut. Die Waren, die auf Grund dieser Aufträge auf den Verbrauchermarkt kommen, stellen je nach der Amortisationsfrist nur ein Fünfzigstel oder ein Fünfundzwanzigstel des Wertes dar, den die Aufwendungen betragen, aber auf der anderen Seite werden die Arbeiter, die bei den Autobahnen beschäftigt sind und auf Grund all dieser öffentlichen Investitionen zusätzlich eingestellt werden, mit einer zusätzlichen Kaufkraft von 10 Milliarden Schilling auf dem österreichischen Konsumgütermarkt auftreten. Man hat aber nun nicht Sorge getragen, daß auf der anderen Seite die Konsumgüterindustrie um 10 Milliarden Schilling mehr auf diesen Markt liefern kann, und das gibt immer die Tendenz zu einem ständigen Preisauftrieb, weil eine Spannung zwischen Angebot und Nachfrage erzeugt wird.

Es ist heute hier viel die Rede gewesen von den wirtschaftlichen Notstandsgebieten und von der Notwendigkeit, zusätzliche dauer-

hafte Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben nichts dagegen — worüber hier so gestritten wurde —, daß auch Waldbrunner zusätzliche Fabriken errichtet. Aber es wird mit der verstaatlichten Industrie allein niemals gelingen, so viele zusätzliche Arbeitsplätze in unserem Lande zu schaffen, als wir brauchen, um die industrielle Reservearmee voll zu beschäftigen. Das Hauptgewicht wird nach wie vor bei den vielen mittleren und kleinen Betrieben unseres Landes liegen, auf die die ganze Wirtschaftsstruktur Österreichs ausgerichtet ist. Und da ist es notwendig, daß man sich etwas mehr auf Investitionen für die Erzeugung von lohnintensiven Gütern einstellt als auf Großinvestitionen. Es gibt Investitionen, bei denen man mit 1 Million Schilling 50 neue Arbeitsplätze schaffen kann, und solche, bei denen man mit 1 Million Schilling drei, vier neue Arbeitsplätze schaffen kann. Das sind die Investitionen, wie sie bisher bei der VÖEST in Linz, bei der Alpine Montan und in der verstaatlichten Industrie vorgenommen wurden. Wenn wir aber die vielen sichtbaren und unsichtbaren Arbeitslosen unseres Landes unterbringen und der Struktur der Wirtschaft in Österreich Rechnung tragen wollen, müssen wir trachten, die vielen kleinen und mittleren Betriebe auszuweiten und zusätzliche Betriebe zu schaffen. Das ist in einem Lande, in dem die eigene Kapitalbildung durch die derzeitige Steuergesetzgebung nicht möglich ist, nur dann zu erreichen, wenn der Staat zusätzliche Maßnahmen bezüglich neuer Kredite für solche Unternehmen ergreift. Ich werde diesbezüglich noch konkrete Vorschläge vorbringen.

Präsident Böhm hat am Ende seiner Ausführungen davon gesprochen, daß sich ÖVP und SPÖ, daß sich Handelskammer und Gewerkschaftsbund immer darum streiten, wer den größeren Teil von dem Kuchen des österreichischen Nationalprodukts bekommt. Unsere Auffassung ist es, daß es fruchtlos ist, sich in einem solchen Kampf um einen größeren Teil an diesem Kuchen aufzureiben, sondern daß es am zweckmäßigsten wäre, wenn sich beide zusammentun würden, um den ganzen Kuchen zu vergrößern; dann wird jeder jenen Teil bekommen, der ihm zusteht.

Wir haben heute aus dem Munde des Fraktionsführers der ÖVP in seiner Festrede gehört — auf einen Zwischenruf von Dr. Pittermann hin —: Sehen Sie, wir haben nicht nur den Schillingkurs in Zürich gesichert, sondern wir haben auch die Vollbeschäftigung! Sehr geehrter Kollege Maleta! Bei 230.000 Arbeitslosen gegenüber 2 Millionen Beschäftigten würde ich das nicht so ohne weiteres sagen. Es ist sicherlich richtig, daß in diesem Winter

die Saisonarbeitslosigkeit nicht so arg war wie im vergangenen. Das Hauptverdienst daran hat aber nicht die Regierung oder das dafür eingesetzte Ministerkomitee, sondern der heilige Petrus, weil es das heurige Wetter erlaubt hat, lange in den Winter hinein die Bautätigkeit aufrechtzuerhalten. Das Ministerkomitee hat sich nach unserer Meinung viel zu sehr darauf beschränkt, allgemeine Grundsätze aufzustellen, und zuwenig konkrete Einzelaufträge in die verschiedenen Gebiete geleitet, wo es möglich gewesen wäre, den schärfsten Auswirkungen der Winterarbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Es handelt sich aber bei den Problemen unseres österreichischen Arbeitsmarktes nicht nur um eine Saisonarbeitslosigkeit, sondern viel ernster und viel wichtiger ist das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Wir haben da zunächst einmal große Schwierigkeiten, ältere Jahrgänge, insbesondere Frauen, die in zunehmendem Maße gezwungen sind, Arbeit zu suchen, unterzubringen. Wir haben besondere strukturelle Schwierigkeiten bei den Angestellten, wir haben besondere Schwierigkeiten in den einzelnen Notstandsgebieten, wo leider Gottes die Privatinitiative, aber auch die verstaatlichte Industrie nicht hingeht, wie in Niederösterreich. Ja ich bin der Meinung, daß diese 230.000 Arbeitslosen, die jetzt im Winter ausgewiesen sind, und die immer zirka 100.000 Arbeitslosen, die in der besten Zeit des Sommers ausgewiesen werden, lange nicht das sind, was es wirklich an Arbeitslosen gibt.

Es gibt sehr viele Arbeitslose, die von der Statistik nicht erfaßt sind, und es gibt vor allem ein ungeheures Reservoir, aus dem heraus die Masse der Arbeitslosen ständig neu gespeist wird. Bitte, bedenken Sie, wie viele Ehefrauen heute in zunehmendem Maße gezwungen werden, in Arbeit zu gehen, weil ihr Mann zuwenig verdient und weil es nicht möglich ist, mit dem Einkommen des Familienvaters allein eine Familie mit zwei, drei Kindern zu ernähren. Denken Sie daran, wie viele Witwen, die von ihren kleinen Renten nicht leben können, gezwungen sind, Arbeit zu suchen. Das ist eine ungeheure, heute noch nicht sichtbare Reservearmee von Arbeitslosen.

Ein anderes Reservoir, das viel zuwenig berücksichtigt wird, ist das Kleingewerbe und das Handwerk, das in Österreich ständig weiter zusammenschrumpft und ständig vom Bankrott oder von Firmenschließungen bedroht ist und ununterbrochen neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt liefert.

Außerdem hat die Industrie noch eine ganze Reihe von solchen Reservoiren in ihren eigenen Betrieben. Denn wenn man heute mit Indu-

striellen spricht und sie fragt: Welche Rationalisierungen haben Sie mit Ihren ERP-Krediten durchgeführt?, dann geben sie die Höhe des erhaltenen Geldes an, und wenn man dann fragt: Rationalisierung bedeutet ja, mit weniger Arbeitskräften, mit weniger Menschen mehr zu produzieren — wie viele Leute haben Sie aus ihrem Betrieb entlassen oder wie viele können Sie entlassen?, dann bekommt man zur Antwort: Nein, entlassen haben wir keine Leute, denn das trauen wir uns nicht! Wenn einmal eine wirtschaftliche Depression kommt, dann werden aus diesen durch die ERP-Kredite rationalisierten Betrieben ungeheuer viele Arbeiter entlassen werden, wenn die Weltmarktpreise sinken, werden diese Industrien gezwungen sein, mit niedrigeren Preisen auf den Weltmarkt zu gehen und das natürlich bei den Löhnen zu ersparen.

Außerdem besteht ein großes Reservoir auch bei der immer noch ausständigen Verwaltungsreform. Wenn es einmal dazu kommt, die entbehrlichen Staatsbediensteten in die private Wirtschaft überzuführen, dann wird auch von dieser Seite ein großes Angebot kommen.

Und schließlich vergessen Sie nicht, als sechste Gruppe die große Menge von Menschen zu berücksichtigen, die jedes Jahr im Zuge der Landflucht von den Dörfern in die Städte abwandern. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich annehme, daß diese industrielle Reservéarmee, die unseren Arbeitsmarkt bedroht, zirka 500.000 Menschen ausmacht, und zwar nicht nur jetzt im Winter bei diesen 230.000 ausgewiesenen Arbeitslosen, sondern auch im Sommer.

Die Tatsache, daß so viele Menschen, die arbeiten wollen und arbeiten könnten, nicht in produktiver Arbeit stehen, drückt zweifellos den Inlandkonsum. Die Erhöhung der Kaufkraft, die Schaffung eines kaufkräftigen Binnenmarktes müßte eine der wichtigsten Aufgaben der österreichischen Wirtschaftspolitik sein. Denken Sie an die Zeit, wenn wieder einmal die Exporte zurückgehen und wir darauf angewiesen sein werden, unsere Industrie damit zu beschäftigen, daß wir im Inlande den notwendigen Absatz finden.

In einem engen Zusammenhang mit den Fragen des Inlandkonsums steht die Frage der Löhne. Es ist nun keineswegs so, daß wir einer Lohnkatastrophe gegenüberstünden, wie es die Kommunisten sagen. Es ist aber auch keineswegs so, wie man wieder von seiten der Wirtschaftskammer glauben machen will, daß auf dem Lohnsektor alles in Ordnung wäre. Wir sind der Meinung, daß Lohnerhöhungen konform mit einer Produktivitätssteigerung gehen müssen. Aber unabhängig davon gibt es eine Reihe von zurückgebliebenen Sparten,

die auch heute noch nicht das ihnen zustehende Lohnniveau haben. Ich denke da vor allem an die Angestellten, an die geistigen Berufe und an die Facharbeiter. Es ist für Österreich eine Katastrophe, daß die Facharbeiter um so wenig höher bezahlt sind als die Hilfsarbeiter, sodaß die jungen Leute, wenn man ihnen heute sagt: Laß dich doch ausbilden!, sagen: Das hat doch keinen Wert. Für die paar Groschen in der Stunde mehr soll ich jetzt als junger Mensch auf den hohen Hilfsarbeiterlohn verzichten und mich ausbilden lassen? — Das wird einmal zu einer Katastrophe führen. *(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen.)* Denn wir sind nur dann krisenfest in unserem Lande, wenn wir eine ausgezeichnete ausgebildete Arbeiterschaft, einen hohen Stand von Facharbeitern haben.

Es ist von dem Aufruf des Kanzlers, Disziplin zu halten, sehr viel die Rede gewesen. Wir verstehen diesen Aufruf, aber wir wenden uns dagegen, wenn damit gemeint sein soll, daß die derzeitigen Verzerrungen im österreichischen Lohngefüge damit verewigt werden sollen.

In engem Zusammenhang damit steht die Frage der Preisentwicklung. Es war ein etwas zu sichtbarer politischer Schachzug, daß man unmittelbar vor dieser heutigen Debatte eine Regierungsvorlage eingebracht hat, durch die einige Ermäßigungen bei den Zündhölzern, bei Salz, Schaumwein usw. gewährt werden. Sehr großzügig ist dieses Geschenk des Herrn Finanzministers nicht; denn wenn ich recht unterrichtet bin, handelt es sich hier geradezu um eine Erleichterung für den Fiskus, weil die Einhebung dieser vielen kleinen Steuern außerordentlich umständlich und kostspielig gewesen ist. Wir sind der Meinung, daß auf dem Gebiete der Preispolitik wesentlich mehr getan werden muß als bisher.

Wir haben mit Interesse die Erklärungen im sozialistischen Parteiorgan verfolgt, in dem verlangt wird, daß durch Herabsetzung der Zölle und Herabsetzung der Umsatzsteuer eine neue Preispolitik gemacht wird. Ich möchte die sozialistische Fraktion beim Wort nehmen und sie auffordern, sich den Initiativen anzuschließen, die wir heute in einem Antrag vorgebracht haben. Wir haben heute beantragt, daß auf dem Gebiete der Lebensmittelpreise dadurch eine Ermäßigung herbeigeführt wird, daß eine entsprechende Herabsetzung und Pauschalierung der Umsatzsteuer erfolgt. *(Abg. Dr. Pittermann: Diese Forderung haben Sie beim Gewerkschaftsbund abgeschrieben!)* Wenn unserem Antrag Rechnung getragen wird, dann wird es zum Beispiel bei Fleisch eine Ermäßigung um 3 S pro Kilogramm und bei der Weiter-

verarbeitung sogar um noch mehr geben. Wenn es also die SPÖ ernst meint mit dieser ihrer Politik, dann kann sie sich unserer Initiative anschließen. Wir haben zusammen die Mehrheit und könnten es durchdrücken. (Abg. Dr. Pittermann: Eine freundliche Einladung, Dr. Kraus, aber ...!)

Mein Appell geht aber nicht nur an die staatliche Wirtschaftspolitik, sondern auch an die private Wirtschaft. Der Herr Bundeskanzler hat berichtet, daß die Industrie in der abgelaufenen Zeit um 25 Prozent mehr produziert hat als im vorhergehenden Jahr. Eine Mehrproduktion von 25 Prozent bedeutet doch, daß sich die allgemeinen Unkosten, die gleichgeblieben sind, nun auf eine größere Gesamtproduktion verteilen und infolgedessen die Industrie in der Lage sein müßte, ihre Preise entsprechend zu senken. Dies ist aber nicht geschehen. Man hat in Österreich oft das Gefühl, daß sich alle Kreise, die wirtschaften, verdorben durch die Steuerpolitik, zu sehr darauf einstellen, bequem zu verdienen. Man macht die sogenannte Fiakerrechnung: Wenig Umsatz — hohe Verdienstspanne. Das Richtige wäre aber das Umgekehrte: Großer Umsatz und kleine Verdienstspannen. Das, was notwendig ist in Österreich, ist nicht der Regierungsauftrag zur Disziplin, wie wir es im Kriege immer gehört haben, sondern notwendig ist eine neue Wirtschaftsgesinnung. (Beifall bei der WdU.) Zu dieser neuen Wirtschaftsgesinnung wird es aber nur dann kommen, wenn sie sich im Rahmen einer Steuer- und Wirtschaftspolitik entwickeln kann, die der wirtschaftlichen Vernunft entspricht, und das ist weitgehend noch nicht der Fall.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über die Kartelle. Mein Vorredner, Präsident Böhm, hat vollkommen recht, daß hier in Österreich noch sehr vieles zu ändern ist. Man hat kürzlich errechnet, daß mehr als die Hälfte der österreichischen Produktion entweder durch Kartelle, Monopole oder Alleinproduktionen dem Preisdiktat einzelner Stellen ausgeliefert ist. Wir sind der Meinung, daß man, wenn man für freie Wirtschaft eintritt, diesen Grundsatz auch konsequent durchführen muß, auch in jenen Fällen, in denen es den eigenen Wählern unangenehm wird. Dies möchte ich vor allem den hier anwesenden Vertretern der Bundeswirtschaftskammer sagen.

Nun noch ein Wort über die Probleme der Rationalisierung. Der Herr Bundeskanzler hat berichtet, daß der Rationalisierungsgrad von 100 auf 124 gestiegen ist. Im Verhältnis zu den meisten anderen europäischen Ländern ist dies nicht sehr viel. Der Herr Bundeskanzler hat oft davon gesprochen, daß er neue Wege gehen will, ja es wurde mit großem

Aplomb ein sogenanntes Produktivitätsabkommen zwischen Raab und Böhm abgeschlossen, aber wir haben von den Auswirkungen dieses Produktivitätsabkommens sehr, sehr wenig zu hören bekommen. Man hat mit viel Presseunterstützung die Gründung des Österreichischen Produktivitätszentrums gefeiert, aber wir hören nichts von diesem Produktivitätszentrum. Wir haben im Gegenteil den Eindruck, daß das ÖPZ ein richtiger Versager ist, und zwar vor allem deswegen, weil dort die Initiativen, die vom ÖVP-Vertreter, und die Initiativen, die vom SPÖ-Vertreter vorgebracht werden, einander aufheben und einander schachmatt setzen, sodaß der einzige Vorteil, den das ÖPZ bietet, ein Vorteil für jene Leute ist, die dort einen Versorgungsposten gefunden haben. Viel wichtiger ist es, zum Zwecke der Rationalisierung jenen Weg zu beschreiten, den uns andere Länder bereits vorexerziert haben, nämlich den Weg der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, um ein neues Betriebsklima in den Betrieben zu schaffen, um den Klassenkampf zu überwinden, um dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, daß er für jede zusätzliche Einzelleistung von ihm selbst sowie für jede zusätzliche Gesamtleistung des Betriebskapitals selber etwas bekommt und auch sein eigenes Einkommen vermehren und zu einem kleinen Eigentum kommen kann.

Wir haben zur Begünstigung dieser Bestrebungen einen eigenen Antrag eingebracht, aber wir müssen feststellen, daß alle diese Initiativen weder in den Kammern noch sonst irgendwo diskutiert werden.

Im Gegensatz zu den hymnischen Lobesworten Maletas möchte ich folgende nüchterne Feststellung machen: Man spricht von einem österreichischen Wirtschaftswunder. Man tut so, als ob man das wirtschaftspolitische Ziel des Jahres 1955 bereits erreicht hätte und auf seinen Lorbeeren ausruhen könnte, und man glaubt, daß die gegenwärtige Konjunktur der Regierung zu verdanken wäre. Die zweite Regierungspartei schreibt es selbst in ihrem Organ, daß es diese Konjunktur in anderen Ländern auch ohne Kamitz gebe, und zwar besser. Ich möchte das ergänzen: Dort, wo sie am stärksten hervortritt, nämlich in den USA, in Westdeutschland und in England, gibt es diese Konjunktur auch, übrigens auch ohne die Sozialisten. Das Verdienst der Regierung ist diese Konjunktur also zweifellos nicht.

Was hat also die Regierung in Zusammenhang mit dieser Konjunktur getan? In dürren Worten: Sie hat die höheren Steuereingänge, die sich aus den höheren Lieferungen an den Weltmarkt ergaben, dazu benützt, um ein paar Milliarden an öffentlichen Aufträgen in die

Bauwirtschaft hineinzupumpen. Sie hat damit wohl einen Schleier über die sehr ernste strukturelle Arbeitslosigkeit ausgebreitet, aber nur vorübergehend, denn die Regierung erklärt selbst, daß sie nicht weiß, wie viele Jahre sie diese Zuwendungen aufrechterhalten kann. Zur Behebung der strukturellen Mängel unseres Arbeitsmarktes ist nichts geschehen. Während anderswo die Preise sinken, gibt es bei uns Preisentwicklungen, die die ganze Konsumentenschaft beunruhigen. Die Löhne der zurückgebliebenen Berufsgruppen sind noch lange nicht nachgezogen worden. Zur Hebung des Inlandskonsums, der bei einem Nachlassen des Weltmarktbedarfes an die Stelle des Exports treten soll, ist so gut wie nichts geschehen. Für die schlechteren Zeiten einer Depression ist im Budget keine Reserve angelegt worden, um dann, wenn es gilt, Katastrophen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, mit öffentlichen Aufträgen einspringen zu können. Man hat die Zeit nicht genützt, in der es leichter wäre, entbehrliche Staatsbedienstete in die produktive Wirtschaft zu überführen, um die Verwaltungsreform durchzuführen, damit man später, wenn die Steuereingänge wieder sinken, freie Budgetmittel für die notwendigen sozialen Leistungen und öffentlichen Aufträge hat.

Ich sage nicht, daß wir uns in irgendeiner besonderen wirtschaftlichen Notlage befinden oder katastrophale Verhältnisse hätten, aber ich sage, daß die so selten gebotene Gelegenheit einer Weltmarktkonjunktur nicht genutzt wird, um die Strukturmängel unserer Wirtschaft zu überwinden, das heißt, jene Dinge in Ordnung zu bringen, die gerade jetzt und nur jetzt in Ordnung gebracht werden können. Ich meine vor allem die Vergrößerung unseres industriellen und gewerblichen Produktionsapparates, die Erhöhung der Produktivität, um auch in Krisenzeiten des Weltmarktes wettbewerbsfähig zu bleiben, und die allgemeine Hebung des Inlandskonsums.

Wir wollen hier keine allgemein gehaltene Kritik vorbringen. Wir glauben, daß sich eine gesunde Wirtschaftspolitik möglichst konkrete Ziele stecken muß, und zwar gerade dann, wenn sich in einer Koalition so große Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze und Methoden ergeben, wie dies bei unserer Regierung der Fall ist. In der gegebenen wirtschaftlichen Lage müßte man daher nach unserer Meinung für die jetzige Periode folgende konkrete Planziffern anstreben:

1. Die Produktion der gewerblichen Wirtschaft ist so weit zu steigern, daß wir unser Sozialprodukt, das Dr. Kamitz mit 85 Milliarden angibt, allmählich auf 120 Milliarden erhöhen. Erst dann wird man wirklich fühlbare

Steuersenkungen und wirtschaftlich spürbare Rentenverbesserungen durchführen können.

2. Im Zuge dieser Produktionssteigerung ist die Zahl der Arbeitsplätze von 2 Millionen auf 2½ Millionen und der Produktivitätsgrad von 124 auf 140 Prozent zu erhöhen. Nur so kommen wir zu wettbewerbsfähigen Preisen für die zu erwartende viel härtere Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt und zu einer Kaufkraftsteigerung, die uns einen ausreichenden Inlandmarkt garantiert.

3. Solange der Nachholbedarf von 200.000 Wohnungen nicht gedeckt ist, sollen andere Aufträge an die Bauwirtschaft, die man noch leicht aufschieben kann — wie die Autobahn, Prachtbauten und Tintenburgen —, zunächst unterlassen werden.

Vielleicht zieht man das Improvisieren je nach den Möglichkeiten des politischen Tauschens in der Regierung und das Fortwursteln vor und sagt uns: Ja, wie soll man denn so konkrete Sollziffern in kurzer Zeit, und seien es zwei, drei Jahre, erreichen?

Weil der Herr Bundeskanzler gestern erklärte, er wolle die heutigen Kritiken und Vorschläge aufmerksam anhören, will ich ihm unsere zum Teil schon oft vorgebrachten und zum Teil erst jetzt aktuell gewordenen Forderungen in einem recht konkreten Zehn-Punkte-Programm darlegen. Unsere Forderungen gehen darauf aus:

1. Um Produktionen von lohnintensiven Gütern neu aufzunehmen oder zu erweitern, sollen aus dem inländischen Geld- und Kapitalmarkt zusätzliche mittelfristige Kredite gewährt werden, für welche der Staat die Ausfallhaftung übernimmt, wie dies zum Beispiel in Westdeutschland im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich geschehen ist und die Grundlage für die dortige beispiellose Produktionserhöhung geboten hat. Auch in Westdeutschland sind verschiedene Firmen bankrott gegangen, und der Staat hat für die Ausfallhaftung zahlen müssen. Aber der Staat hat das gar nicht gespürt, weil jede dieser zusätzlichen Produktionen durch die Lohnsteuer, durch die Einkommensteuer usw. ein Vielfaches des Ausfalls an zusätzlichen Steuern hereingebracht hat.

2. Eine umfangreiche und intensive Marktforschung für den zu erwartenden Inlandverbrauch und für Auslandsmärkte soll dem Privatkapital die notwendigen Anregungen für direkte Investitionsmöglichkeiten bieten und notleidenden Firmen den Weg zu aussichtsreichen Produktionsumstellungen weisen.

3. Um dem arg vernachlässigten mittleren und kleinen Gewerbe, das noch immer die größten Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, wieder aufzuhelfen, sind umfassende För-

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2939

derungsmaßnahmen zu treffen, wie Modernisierungskredite mit erleichterten Sicherstellungsbedingungen, technische Beratung, Nachschulungen und Lehrgänge für Rationalisierung und eventuelle Produktionsumstellungen, Erweiterung der Steuerpauschalierung, Organisierung zusätzlicher Exportmöglichkeiten, ein Wiederaufbaufonds für kriegszerstörte Fremdenverkehrsbetriebe, insbesondere für den Osten Österreichs, und vieles andere mehr.

4. Um die inländische Veredlung und Weiterverarbeitung unserer Rohstoffe, insbesondere des Holzes, auszudehnen, soll die Regierung Verhandlungen aufnehmen, damit unsere Absatzländer die derzeitigen sehr hohen Zollsätze auf diese unsere Fertigwaren herabsetzen, wenn wir andererseits bei anderen Waren entsprechende, im Zuge einer neuen Preispolitik ohnedies erforderliche Zollzustandnisse machen.

Ausgelöst wurde die heutige Debatte durch die Frage der Holzpreise. Bitte berücksichtigen Sie, meine Damen und Herren, daß die Fertigwaren aus Holz, wie zum Beispiel die Kisten und Steigen, wie wir sie gerne für den großen Obstversand nach Italien liefern würden, mit einem Zollsatz von 40 Prozent belegt sind, daß wir mit unserem Papier in Deutschland einem Zollsatz von 25 Prozent begegnen, in Frankreich von 35 Prozent. Die Bundesregierung müßte sich vor allem bemühen, in Verhandlungen mit den anderen Regierungen, wo sie auch eine eventuelle Herabsetzung der jetzt erfolgten Kontingentkürzungen durch Minister Illig mit in die Waagschale werfen könnte, diese Prohibitivzölle, denen unsere Fertigwarenpromotion begegnet, herabzusetzen. Ich bin überzeugt davon, es sind Möglichkeiten gegeben. Wir müssen uns nur grundsätzlich und konsequent auf die Arbeitsteilung der europäischen Wirtschaft einstellen. Es wird sich auch nicht verhindern lassen, daß die Obststeigen in Zukunft dort erzeugt werden, wo das Holz wächst, und nicht in Ländern, wohin die Bretter dafür mühsam über die Grenze gebracht werden müssen. *(Beifall bei der WdU.)*

5. Um den derzeitigen Preissteigerungen entgegenzutreten und die Kaufkraft des einzelnen zu stärken, sind sowohl bei der Umsatzsteuer wie bei den Zöllen spürbare Ermäßigungen vorzunehmen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unseren heute eingebrachten bereits erwähnten Antrag.

6. Zum Zwecke der weiteren Produktivitätssteigerung in der gewerblichen Wirtschaft sind gemäß unserem bereits eingebrachten Antrag alle Zuwendungen an die Arbeiterschaft

aus einem leistungsbedingten Mehrertrag steuerlich zu begünstigen, sind wenigstens in der verstaatlichten Industrie die modernen Systeme der Leistungsbeteiligung und der innerbetrieblichen Zusammenarbeit einzuführen, sind in viel höherem Maße als bisher ungelernte Arbeiter auf Facharbeiter umzuschulen — die Hilfsarbeiter sind in Krisenzeiten stets am stärksten von Arbeitslosigkeit bedroht —, und schließlich sind zum Zwecke eines höheren Anreizes die Facharbeiterlöhne wesentlich zu erhöhen.

7. Für die Modernisierung der Landwirtschaft ist gemäß unserem Antrag ein längerfristiger Landwirtschaftskredit von 1 Milliarde Schilling zu 2 Prozent Zinsen zu gewähren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hat geglaubt, mit dem Agrarsonderkredit von 5 Prozent der Landwirtschaft wirklich aufhelfen zu können. Ich kann Ihnen berichten, daß beispielsweise im Bundesland Kärnten dieser Vorteil gar nicht genutzt wird, weil die Bauern bei der Rentabilität ihrer Betriebe nicht in der Lage sind, diese 5 Prozent zu zahlen und auch die Rückzahlungsfristen einzuhalten. Die 50 Millionen Schilling, die das dem Staat kosten wird, kommen immer noch billiger als das System der sogenannten Subventionen, das wir schon deswegen nicht gerne sehen, weil es doch nur dazu dient, einzelnen Leuten zu helfen, die den Parteifunktionären besonders nahe stehen, und die Freunderlwirtschaft zu begünstigen.

8. Für die Forcierung des privaten Wohnungsbaues sind zusätzliche Mittel durch Begünstigung des Bausparens, durch die steuerliche Absetzbarkeit von Wohnbaukrediten und die anderen von uns beantragten Maßnahmen zum Wohnbaugesetz zu erschließen.

9. Die günstige Zeit eines ausgeglichenen Budgets und die günstige Zeit einer gewissen Konjunktur ist dazu zu benutzen, um entbehrliche Staatsbedienstete in zumutbare Beschäftigungen bei Betrieben der produktiven Wirtschaft zu überführen, bei Betrieben, welche für die Übernahme derartiger entbehrlicher Staatsbediensteter Steuerermäßigungen erhalten. Wenn diese Steuerermäßigungen noch so hoch sind, der Staat hätte auf jeden Fall einen finanziellen Vorteil, denn so groß wie die Gehälter dieser Staatsbediensteten werden diese Steuerbegünstigungen gar nicht sein. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

10. Zur Vollendung der Schillingstabilisierung ist es dringend erforderlich, daß in der Regierung endlich eine Einigung über die drei noch ausstehenden Kapitalmarktgesetze erfolgt. Vor allem ist es wichtig, das schon

unmöglich gewordene Provisorium der Notenbank zu beenden. (*Beifall bei der WdU.*)

Wir haben in Österreich weder eine Staatsbank als Notenbank, wie es dem sozialistischen Konzept entsprechen würde, noch eine von Staatseinflüssen unabhängige Bank, wie es dem ÖVP-Konzept entsprechen würde, sondern einen Zwitter, der jedenfalls höchst nachteilig für die Kreditwürdigkeit Österreichs im Ausland ist.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, allein an diesen wenigen Vorschlägen, die ich hier gemacht habe, daß es noch eine Reihe von sehr wichtigen Maßnahmen zu ergreifen gäbe, daß man sehr große Unterlassungssünden begangen hat und daß es nicht möglich ist, sich einfach mit einem solchen Festhymnus und der Beweihräucherung des Bundeskanzlers zu begnügen, wie Maleta es gemacht hat, sondern daß es besser ist, auf die Einzelheiten einzugehen und darauf zu sehen, daß in einer ständigen Diskussion zwischen Regierung und Opposition die einzelnen Probleme gelöst werden können.

Unter den gegebenen Verhältnissen können wir bei diesem Anlaß der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen. (*Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Strommer vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Strommer: Hohes Haus! In der Debatte zur Regierungserklärung über die wirtschaftliche Lage darf ich nun als einziger die Belange der Landwirtschaft vertreten. Sie müssen mir daher verzeihen, wenn ich etwas ausführlicher werde.

Ich möchte beginnen mit den Leistungen der Landwirtschaft, die sie seit dem Jahre 1945 erbracht hat. Der Vergleich der Jahre 1937, 1945 und 1953 gibt ein beredtes Zeugnis für den Aufbau- und Leistungswillen der österreichischen Bauernschaft, für ihr hohes Können und für ihre Einsatzbereitschaft. Auf allen Gebieten, bei Brotgetreide, bei Futtergetreide, bei Kartoffeln, bei Zuckerrüben, bei Milch, bei Rindern und Schweinen haben wir den Stand vom Jahre 1937 erreicht, teilweise sogar überschritten, und dies alles trotz ständigen Bodenverlustes, der derzeit ungefähr mit 200.000 ha beziffert wird, trotz mangelnder Arbeitskräfte und trotz vieler und unnötiger Schwierigkeiten. Denn oft sind wir auf Vorstellungen gestoßen, die mit dem Wissen um landwirtschaftliche Dinge absolut nichts zu tun haben.

Mein Vorredner, der Herr Präsident Böhm, hat das 5. Lohn- und Preisabkommen erwähnt. Und wenn er auch den seinerzeitigen Kammer-

präsidenten und derzeitigen Bundeskanzler Raab erwähnt hat, dann muß ich dazu sagen, daß ich bei diesen Übereinkommen immer die Zeche bezahlt habe. Und meistens ist es so: Von denen, die zahlen, redet man dann nichts mehr. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Sie haben ein gutes Erinnerungsvermögen!

Erst seit dem 5. Lohn- und Preisübereinkommen war es uns möglich, bei Vieh halbwegs Preise zu erreichen, die zwar absolut nicht kostendeckend, die aber immerhin annehmbar waren. Stabile Getreide- und Milchpreise haben wir erst seit dem Jahr 1952, was durch das Stützungssystem erreicht werden konnte. Dieses Stützungssystem hat dem Staat über 1 Milliarde Schilling gekostet. Leider Gottes war sowohl bei Rindern als auch bei Schweinen immer wieder ein Preisverfall in einem sehr großen Maße zu verzeichnen, sodaß der Bauernschaft ein Verlust von zirka 600 Millionen Schilling erwachsen ist. Durch den Krisenfonds, der angelegt wurde, um Butter auszuführen, ist auch der Milchpreis gesenkt worden.

Wenn ich nun den Gesamtverlust und die Mehrbelastungen der Bauernschaft seit dem Jahre 1945 mit 2½ Milliarden Schilling beziffere, so tue ich dies nicht aus dem Grund, um heute hier Preisforderungen zu stellen, sondern einzig und allein nur darum, um in der Öffentlichkeit aufzuzeigen, was die Landwirtschaft an Mehrbelastung seit dem Jahre 1951 auf sich nehmen mußte.

Sie werden fragen, wieso das Wunder möglich war, daß nun die Landwirtschaft noch besteht. Es müßten daher nach mancher böswilligen Meinung die Preise, die seinerzeit erzielt wurden, viel zu hoch gewesen sein. Dieses Wunder ist dadurch zustande gekommen, daß der Bauer seine Produktionskraft verdoppelt hat, daß er noch einmal so viel erzeugt wie in den Jahren 1951 und 1952, und auch dadurch, daß die steigenden Holzpreise den Bergbauern in die Lage versetzt haben, seine Investitionen zu tätigen.

Ich darf Ihnen nun einen Situationsbericht geben, wie derzeit die Verhältnisse in der Landwirtschaft liegen. Das Interesse an der Milch- und Fleischproduktion wird heute immer mehr durch die Fragen der rentablen Bewirtschaftung eingeschränkt. Immer mehr Landwirte werden von der Viehhaltung und von der Milchproduktion abgedrängt. Sie gehen von der Milchproduktion in die Fleischproduktion, und von der Fleischproduktion ist der nächste Schritt zur viehlosen Wirtschaft. Niemals hat man so viele Debatten in Österreich darüber gehört, ob es möglich ist, ohne Vieh den Boden gesund zu erhalten, wie

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2941

gerade jetzt. Es ist ein bedauerlicher Zustand, daß wir ab heute, statt Butter auszuführen, Butter einführen müssen.

Ich hoffe, daß von allen maßgebenden Kreisen dies als das erste Alarmzeichen dafür gewertet wird, daß in der Agrarpolitik eine wesentliche Wandlung eintreten muß. Die vor einigen Wochen abgeschlossene Sanierung des Milchwirtschaftsfonds ist keine Lösung, sie ist eine vorübergehende Überbrückung. Wir müssen in der Zukunft alle unsere Kräfte dahin gehend einsetzen, daß wir den verderblichen Zyklus in der agrarischen Produktion zum Stillstand bringen, noch besser, vermeiden können. Dasselbe gilt für die Schweineproduktion, gilt für die Mastrinder und gilt auch für die Kartoffeln.

Ich habe anlässlich der Budgetdebatte schon aufgezeigt, daß wir Abgeordnete keine Freude haben, wenn irgendein Preis überhöht ist. Wir können das vermeiden, wenn wir dementsprechend in den Organisationen zusammenarbeiten. Bei dem derzeit bestehenden Zyklus zahlt einmal der Bauer und einmal der Konsument drauf; aber auch der Gewerbetreibende zahlt drauf, wenn die Preise entweder zu niedrig oder zu hoch sind. Nach meinen Erfahrungen ist für alle Beteiligten ein ausgewogener mittlerer Preis das einzig Richtige. Ich hoffe, daß es in Österreich nicht so lange dauert, das Verständnis dafür zu erreichen, bis es zu spät ist, sondern daß dieses Verständnis, das in Österreich eine produktionsfreudige Landwirtschaft schon hat, bei den übrigen Kreisen früher und nicht erst dann Platz greift, bis es durch die Wirklichkeit demonstriert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich heute in den Zeitungen lese, die Fettfrage dürfe nicht berührt werden, das Fett dürfe nicht teurer werden, dann, meine sehr verehrten Konsumenten, bin ich auch Ihrer Meinung; denn warum soll ich mich mit diesen Dingen herumstreiten? Zahlen Sie ruhig das Fleisch teurer und essen Sie billiges Fett. Sie stören das Wirtschaftsgetriebe, Sie stören seinen Ablauf und Sie werden die Folgen früher oder später einmal selbst zu tragen haben.

Ich will nun zu einem Kapitel übergehen, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit sehr heftig debattiert wurde, und zwar deswegen, weil die Holzpreise nach der Meinung verschiedener Kreise zu hoch gestiegen sind. Es ist Pflicht des Herrn Bundeskanzlers, an der Spitze der Bundesregierung dafür zu sorgen, daß die Stabilität in Österreich nicht gefährdet wird. Wir sind hundertprozentig der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler alles unternehmen soll und muß, um dieses Ziel zu erreichen. Wir sind jedoch nicht

gewillt, alle die Vorwürfe, die in der letzten Zeit auf den Waldbesitz niederprasselten, unwidersprochen hinzunehmen.

Ich darf Ihnen nun zu der Holzfrage eine ganz interessante Information vorlesen, die ich über zwei Tagungen bekommen habe. Über die Frage der Holzschlägerung wurden im Verlauf der letzten Tage zwei verschiedene Erklärungen abgegeben. Im ersten Fall erklärte Professor Flatscher in einer vom Herrn Nationalrat Kostroun geleiteten sozialistischen Versammlung im Westbahnhof, daß die Schlägerungen in Österreich katastrophale Formen angenommen haben, und er nannte dabei die Zahl von 96 Millionen Festmetern aus den letzten Untersuchungsjahrzehnten. Vorgestern hat nun im volkswirtschaftlichen Seminar der Hochschule für Welthandel der Forstpraktiker Dr. Duschek einen mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag gehalten. Herr Dr. Duschek erklärte unter anderem, daß in den letzten Jahren durchschnittlich nur um 7 Prozent mehr geschlägert wurden, was vom rein fachlichen Standpunkt kaum bedenklich erscheint. Es sei auf das Beispiel der Schweiz hinzuweisen, wo in den letzten Jahren um 15 Prozent mehr geschlägert wurde. In der anschließenden Debatte meldete sich Professor Flatscher, der bei diesem Vortrag auch zugegen war, zu Wort und erklärte sich im Prinzip mit den Ausführungen des Herrn Dr. Duschek einverstanden.

Ich frage Sie nur — oder besser, ich frage Sie nicht, ich bitte Sie nur, sich etwas über diese Vorgänge zu denken. Meine Damen und Herren! Diese Vorgänge in der Öffentlichkeit riechen sehr stark nach einem Staatssekretär, denn es sieht so aus, daß der lauteste Schreier der beste Verkünder der österreichischen Forstwirtschaft wäre, wenn er Staatssekretär im Land- und Forstwirtschaftsministerium wäre. So, wie die Öffentlichkeit hier in die Irre geführt wird, so ist es ja nicht.

Erstens einmal möchte ich feststellen, daß 52 Prozent des Waldbesitzes in den Händen der kleinen und mittleren Bauern sind. Zweitens darf ich Ihnen mitteilen, daß in den letzten Jahren trotz Anlage neuer Forstgärten jährlich 3 bis 4 Millionen Waldpflanzen aus dem Ausland bezogen werden mußten. So ist es auch weiterhin. Die Kammern haben mit ihren forstwirtschaftlichen, waldbaulichen Maßnahmen zur Durchforstung und Aufschließung begonnen, und eine Gefahr der Verkarstung und Versteppung besteht noch lange nicht.

Ich muß allerdings pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß durch die Kürzung der Holzexporte derzeit ein Zustand eingetreten ist, der einer Gruppe von Unter-

nehmern, zum Großteil kleinen Bergbauern, den Anschluß an das österreichische Wirtschaftswunder verwehrt, und ich glaube damit sagen zu dürfen, daß derjenige, der das Recht hat, auch Pflichten hat. Wir haben Vertrauen zu unserem Bundeskanzler und wir wissen, daß er den Wald bei den Bergbauern nicht in Not geraten läßt, sondern daß er zur richtigen Zeit die Maßnahmen treffen wird, die auch den Bergbauern ein auskömmliches Wirtschaften ermöglichen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Kapitel Wein ist ebenfalls ein so prekäres Kapitel wie das Kapitel Holz. Wir können die interessante Feststellung machen, daß die nationalsozialistischen Errungenschaften nur beim Wein beibehalten werden. Denn früher gab es in Österreich nur eine Weinststeuer, heute gibt es zu der Weinststeuer auch noch die Getränkesteuer. Diese nationalsozialistische Erfindung ist absolut nicht wegzubringen. Alle Beteiligten wehren sich dagegen. Wir müssen jedoch fordern, daß dem Weinbauer, der als Familienbetrieb auf kleinster Fläche arbeitet, ebenfalls Steuergerechtigkeit widerfährt und daß er tatsächlich sein Produkt zu den Gestehungskosten anbringen kann. Wir haben leider Gottes die Tatsache zu verzeichnen, daß der Terrassenbau, der den besten Wein ergibt, sowohl in der Wachau als auch im Kamptal bereits verlassen wird und der Boden nach und nach der Verödung und der Versteppung anheimfällt. Ich hoffe, daß bei dem Verständnis, das der Herr Finanzminister in dieser Frage zeigt, auch alle anderen beteiligten Kreise — besonders die Gemeinden und die Städte — ebenso wie der Herr Finanzminister uns einverständlich entgegenkommen werden. Ich hoffe, daß im nächsten Ministerrat bereits das Gesetz, betreffend die Weinverbrauchsabgabe, eingebracht werden kann und daß wir es in der nächsten Zeit hier beschließen können.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen noch einige Wünsche und Notwendigkeiten der Landwirtschaft vortragen. Zu den Verhandlungen über den neuen Zolltarif, über den die Öffentlichkeit bereits beunruhigt ist, möchte ich sagen, daß keineswegs beabsichtigt ist, mit Hilfe des neuen Zolltarifes Preiserhöhungen auf dem Inlandsmarkt zu erreichen. Wir brauchen nur einen Schutz gegenüber billigen Importen, die gerade auf dem Agrarsektor sehr oft vom Ausland subventioniert werden. Keineswegs will aber die österreichische Landwirtschaft Importe solcher Waren belasten, die im Inland nicht oder nicht in ausreichendem Maße erzeugt werden.

Die autonomen Zölle sind seit jeher ein handelspolitisches Instrument, das bei Ver-

handlungen mit dem Ausland gebraucht wird und wo schon immer gegenseitige Zugeständnisse in den Handelsverträgen gemacht wurden. Solche Zugeständnisse sind aber nur möglich, wenn entsprechende autonome Zölle festgesetzt sind. Früher wurden multilaterale Verträge abgeschlossen und die Meistbegünstigungsklausel vereinbart. Jetzt haben wir das GATT, das Internationale Zoll- und Handelsabkommen. Daraus ergibt sich, daß der autonome Zoll schon seit jeher selten zur Anwendung kam, woran sich auch in Zukunft nichts ändern wird.

Dazu kommt aber noch ein vollkommen neues System, das zum Teil bereits gehandhabt wird. Während nach der bisherigen Deckungsweise die Importwaren mit einem Zoll belastet wurden, um die Importpreise auf eine Höhe zu bringen, welche den Gestehungskosten der inländischen Wirtschaft entsprochen hat, schlagen wir in Zukunft grundsätzlich neue Wege ein. Danach sollen die notwendigen Importe zollermäßigt oder sogar zollfrei hereingebracht werden, wenn sich die Käufer und Verarbeiter der inländischen Agrarprodukte bereit erklären, unsere Produktion zu den Gestehungskosten abzunehmen. Dadurch würde ein Mischpreis entstehen, der auf alle Fälle unter jenen Preisen liegt, welche in früheren Zeiten mit der alten vollen Zollbelastung der Importe entstanden.

Der gleiche Gedanke ist beispielsweise im Getreidewirtschaftsgesetz verankert, nur daß es dort statt Zoll Ausgleichsabgabe heißt. Wenn dieses System des Mischpreises dort von der Arbeiterkammer vollständig gebilligt wurde und die Wirtschaftsgesetze die Zustimmung der Parteien im Parlament erlangt haben, so müßte das gleiche System beim Zoll im Hohen Haus ebenfalls Anklang finden.

Die Landwirtschaft hat daher bei allen Agrarkapiteln eine Anmerkung vorgeschlagen, wonach der Herr Finanzminister im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien die Zölle ermäßigen oder erlassen kann. Dieses neue System wird bereits bei Eiern, Geflügel, Gemüse und Obst zur allgemeinen Zufriedenheit gehandhabt. Die Kammern sind dabei, die Stabilisierung der Fleischpreise in gleicher Weise durchzuführen. Diese sachliche Arbeit der Kammer sollte ihre Anerkennung finden.

Der Wunsch der Arbeiterkammer, auch bei den agrarischen Positionen Wertzölle einzuführen, erscheint mir, auch wenn man ihn vom Standpunkt der Konsumenten aus betrachtet, ganz unverständlich. Ein Wertzoll bedeutet, wie ja schon der Name sagt, daß ein bestimmter Prozentsatz als Zoll vom Warenwert franko Grenze eingeführt wird. Wenn also bei landwirtschaftlichen Produkten

Preisschwankungen eintreten, dann ändern sich auch die Zollsätze. Mit anderen Worten: Ist zum Beispiel der Preis für bestimmte Obst- und Gemüsesorten infolge schlechter Ernte in einem Jahr sehr hoch, so bedeutet ein Wertzoll eine wesentlich höhere Zollbelastung als in normalen Zeiten, das heißt, für den Konsumenten verteuert sich die Ware noch. Sind hingegen Rekordernten zu verzeichnen und die ausländischen Produkte praktisch um jeden Preis zu haben, so ist bei einem Wertzoll überhaupt kein Zollschatz mehr vorhanden, und die österreichische Produktion wird von den ausländischen Erzeugnissen vollständig erschlagen. Das Finanzministerium und seine Zollbehörden hätten durch das Wertzollsystem einen ungeheuren Verwaltungsaufwand, um die Werte auch nur einigermaßen richtig feststellen zu können, da die Preise bei den agrarischen Produkten saisonmäßig stark schwanken.

Das sind die hauptsächlichsten Gründe, die die Landwirtschaft bewogen haben, bei fast allen ihren Produkten bei Gewichtszöllen zu bleiben. (*Abg. E. Fischer: Das ist die Einheit in der Volkspartei! Der Bundeskanzler dafür, Sie dagegen!*) Sie brauchen sich um die Einheit der Volkspartei keine Sorge zu machen, Herr Abg. Fischer! (*Abg. E. Fischer: Ich mache mir keine Sorgen, aber ihr müßt euch Sorgen machen!*) In der Volkspartei ist es so, daß jeder noch für seinen Teil reden darf, aber nicht so wie anderswo, wo man eben nichts reden darf. Wir sagen unsere Wünsche, und wir sind sicher, daß die Wünsche auch gerecht behandelt werden. (*Abg. E. Fischer: Nur Einheit ist das nicht! — Abg. Dengler: Ihr wollt eine andere Einheit!*)

In der Steuerpolitik begrüßen wir die günstige Entwicklung, die in wiederholten Steuersenkungen zum Ausdruck kommt. Wenn auch in der Bauernschaft die kleinen Steuerträger überwiegen, so sind wir doch auch für jede Erleichterung der Belastung dankbar. Ich darf hier dem Herrn Finanzminister dafür danken, daß er endlich einmal mit diesen kleinen Steuern aufräumt, deren Einhebung ihn tatsächlich mehr kostet, als diese Steuern an Ertrag bringen.

Bei den seinerzeitigen Vereinbarungen über die Konsumentenstützung hat der Herr Staatssekretär Korp das Wort geprägt, das wären „Staubsaugermethoden“, mit denen der Herr Finanzminister sein Geld zusammensucht. Ich glaube, wir sind glücklich, daß diese „Staubsaugermethoden“ zum Abbau kommen können. Wir würden uns nur freuen, wenn die Vereinfachung in der Besteuerung so weit geht, daß die Bauernschaft wieder zu ihrem alten, beliebten und bewährten Steuerbüchel kommen könnte.

Die weiteren Wünsche um die Existenzsicherung gehen dahin, daß die Streichung der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer für die bäuerlichen Familienbetriebe erreicht werden soll. Die Existenzsicherung muß bereits bei der Übernahme des Betriebes beginnen. Die Belastungen sind gerade zu diesem Zeitpunkt äußerst groß. Zur Erleichterung der Mechanisierung der Bergbauernwirtschaften sollte wenigstens für diese Betriebe eine Befreiung von der Mineralölsteuer erreicht werden.

Besonders notwendig ist für die Landwirtschaft eine Investitionsbegünstigung, da wegen der im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen verhältnismäßig geringen Rentabilität das im Zuge der Mechanisierung erforderliche große Kapital hauptsächlich im Wege der Eigenfinanzierung aufgebracht werden muß. Wegen des Überwiegens von Grund und Boden, der in der landwirtschaftlichen Buchführung außer Ansatz bleibt, sind wenig abschreibungsfähige Güter vorhanden; ihre Zahl nimmt aber infolge des Fortschreitens der Technik sehr rasch zu. Daher genügt die bloße Vorsorge für die Erneuerung der vorhandenen Anlagegüter durch die normalen Abschreibungssätze nicht. Dazu kommt noch, daß die Ausgestaltung der Wirtschaftsgebäude und ihre Lage zueinander den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr entsprechen, wie überhaupt festzustellen ist, daß die Gebäude bei weitem nicht so lange unverändert in Verwendung stehen, als es vom bautechnischen Standpunkt aus möglich wäre, weshalb die niedrigen Abschreibungssätze ungenügend sind.

Zum Problem der Neufestsetzung der Einheitswerte möchte ich feststellen, daß die wegen der Änderung der Geldverhältnisse notwendige Erhöhung der Einheitswerte keine Steuererhöhung bringen darf, da die Steuern durch die Hinaufsetzung der Hebesätze der Geldentwertung entsprechend laufend erhöht worden sind. Die Landwirtschaft ist an der Neufeststellung der Einheitswerte deshalb sehr interessiert, weil die geltenden Einheitswerte sehr viele Fehler enthalten und insbesondere in den Bergbauerngebieten viel zu hoch sind. Wir wollen zu einer richtigen Relation der Einheitswerte kommen, und ich möchte daher den Herrn Finanzminister ersuchen, dem Parlament so bald wie möglich das neue Bewertungsgesetz und das neue Grundsteuergesetz vorzulegen.

Auch zur Sozialversicherung möchte ich die Stellung der Landwirtschaft bekanntgeben. Die Bauernvertreter haben in dieser Frage immer sehr viel Verständnis für die Landarbeiter bewiesen. Es wurde die Gleich-

stellung mit der übrigen Arbeiterschaft hergestellt und vor einiger Zeit sogar eine Erhöhung des Invalidenversicherungsbeitrages für die Landwirtschaft beschlossen, die allein von den Arbeitgebern getragen werden muß. Die Sozialversicherungsbeiträge sind aber jetzt zu einer solchen Belastung geworden, daß eine weitere Erhöhung auf keinen Fall in Kauf genommen werden kann. Da sich von den 200.000 landwirtschaftlichen Arbeitskräften zwei Drittel in kleinen Betrieben mit einem Dienstnehmer und ein weiteres Fünftel in Betrieben mit zwei Dienstnehmern befinden, handelt es sich hier nicht um ein Problem der Gutsbetriebe. Besonders die Bergbauern, die ihren Betrieb nicht mechanisieren können, benötigen mehr fremde Arbeitskräfte, und die Leistung der Sozialversicherungsbeiträge fällt gerade ihnen sehr schwer.

Auf keinen Fall können wir aber zustimmen, daß die Bauernkinder in die Sozialversicherung einbezogen werden. Die Landwirtschaft kann unmöglich eine halbe Milliarde Schilling im Jahr zusätzlich an Sozialversicherungsbeiträgen aufbringen. Es wäre auch agrarpolitisch vollkommen falsch, die Vorteile der Familienbetriebe mit einem Schlag vollkommen zu beseitigen. Der berühmte Schweizer Agrarpolitiker Professor Howald hat das Wort von der Schicksalskurve des Familienbetriebes geprägt. Bei der Übernahme des Betriebes und solange die Kinder klein sind, ist die Situation ungünstig. Mit dem Heranwachsen der Kinder geht es aufwärts, und der Höhepunkt ist erreicht, wenn die erwachsenen Kinder im Betrieb mitarbeiten und dadurch eine besondere Intensivierung ermöglichen. Diese Aufwärtsentwicklung würde durch eine hohe Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen unmöglich gemacht.

In der Frage der Altersversicherung der Bauernschaft leiten wir unsere Forderung und unseren Wunsch, daß diese Altersversorgung früher oder später einmal von der Allgemeinheit getragen wird, davon ab, daß die Preise der Produkte, die die Landwirtschaft liefert, weit unter den Gestehungskosten liegen und daß die Beteiligung am Volkseinkommen in keiner Weise der Beteiligung der anderen Berufsstände entspricht. Ich hoffe, daß wir in aller kürzester Zeit hier in diesem Hohen Hause mit Zustimmung aller Parteien einen entsprechenden Gesetzentwurf beschließen können.

Zum Abschluß muß ich noch auf das Problem der Agrarwirtschaftsgesetze eingehen, die wieder mit 30. Juni dieses Jahres befristet sind. Es geht dabei um zwei Probleme: Einerseits ist ein Ausgleich innerhalb der Bauernschaft notwendig, wie er insbesondere

durch das Milchwirtschaftsgesetz herbeigeführt wird, wodurch der einheitliche Milchpreis für alle Bauern gesichert wird. Diese Maßnahme hat die allergrößte Bedeutung für unsere Bergbauern. Weiter wird eine gewisse Produktionslenkung durch einen gesicherten Getreidepreis erreicht und sichergestellt, daß die Flachlandbauern auf dem Gebiete der Viehzucht den Bergbauern keine Konkurrenz machen. Durch die Stützungen und den Transportausgleich wird den Bergbauern der Bezug des Brotgetreides erleichtert. Das zweite Problem ist die Absatz- und Preis-sicherung für die agrarischen Erzeugnisse, die wegen der besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft notwendig ist. Hier ist besonders die Sicherung des Viehabsatzes zu kostendeckenden Preisen für die Bergbauern von allergrößter Bedeutung. Es ist vollkommen falsch, hier von Bewirtschaftung oder Zwangswirtschaft zu reden, es geht einfach um die Existenzsicherung unserer bäuerlichen Betriebe. Eine unbefristete Verlängerung dieser Gesetze ist daher notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß in Zukunft die Politik, die wir immer einzuschlagen gewillt sind, die Politik des Verstandes und des Verständnisses, in weitaus größerem Maße Platz greift, als es bis jetzt der Fall war. Wir denken nicht daran, in dieser Situation gerechte Preisforderungen zu stellen, sondern der Appell des Herrn Bundeskanzlers, Preis- und Lohn-disziplin zu halten, ist in der österreichischen Bauernschaft auf fruchtbaren Boden gefallen. Ich hoffe nur, daß dieser Appell auch auf der anderen Seite, was die Preisdisziplin betrifft, nicht auf sterilen Sandboden gefallen ist. *(Zwischenrufe.)*

Die Landwirtschaft will nach wie vor der Nährstand des österreichischen Volkes sein. Sie bemüht sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse zunutze zu machen, um die Produktion weiterhin auszudehnen und die Qualität zu verbessern. Warten wir nicht, bis das Gegenteil Wirklichkeit wird, wenn wir die Landwirtschaft so wie bisher in allen Dingen behindern! Es sind gute Anzeichen vorhanden, und ich erkenne den Präsidenten Böhme heute fast nicht wieder: er hat die Landwirtschaft gar nicht apostrophiert, es ist anscheinend aus einem Saulus ein Paulus geworden.

Ich muß sagen, daß die Verhandlungen, die jetzt zur Stabilisierung der Preise geführt werden, in einem aussichtsreichen Stadium sind. Ich hoffe, daß der Abschluß der Verhandlungen ebenso erfolgreich ist wie die Verhandlungen. Ob die Konjunktur mit, ohne

oder gegen Kamitz hier in Österreich entstanden ist, das ist, glaube ich, ein müßiger Streit. Wir sind froh, daß wir Kamitz und die Konjunktur haben, und wir wollen nur hoffen, daß auch die Bauernschaft an dieser Konjunktur teilnimmt.

Ich glaube, niemals hat es so gute österreichische Patrioten gegeben wie in der Zeit, als der Name Österreich verpönt war und es nur eine „Ostmark“ gegeben hat. Niemals ist Österreich so geliebt worden wie damals, als es zu bestehen aufgehört hat. Wollen wir jetzt nach fast zehn Jahren diese Liebe erneuern und wollen wir alle in unserer gemeinsamen Liebe zum Vaterland trachten, alles zu tun, um es tatsächlich zu Wohlstand und Frieden und zum Glück zu führen! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zu einer Erklärung hat sich zum Wort gemeldet der Herr Bundesminister Maisel. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für soziale Verwaltung **Maisel:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu meinem Bedauern muß ich den Anlaß wahrnehmen, eine Redewendung des Herrn Bundesministers für Finanzen zu beantworten und dazu eine Erklärung abzugeben.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen und Behauptungen des Herrn Präsidenten Böhm, daß ein Akt, kommend vom Arbeiterkammertag, in den Schränken des Finanzministeriums verschwunden sei, hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen veranlaßt gesehen, eine Richtigstellung vorzunehmen. Ich bin absolut für ein solches Tun und verstehe, daß man, wenn man unschuldig verklagt wird, das Recht in Anspruch nehmen soll, die Sache richtigzustellen.

Der Herr Finanzminister hat dies auch getan. Er hat dem Hohen Haus bekanntgegeben, daß er durch Regierungsbeschluß mit diesem Antrag des Arbeiterkammertages befaßt gewesen ist. Er hat auch mitgeteilt, daß er dem Arbeiterkammertag zwei von ihm erstattete Vorschläge übermittelt hat, daß aber beide Vorschläge vom Arbeiterkammertag abgelehnt worden sind.

Soweit konnte ich natürlich auch persönlich mit den Ausführungen des Herrn Finanzministers nur einverstanden sein. Aber in seiner Schlußbemerkung hat er es für notwendig erachtet, die ihm zur Last gelegte Schuld auf das Schuldkonto des Sozialministeriums zu legen, und er forderte dazu auf, man möge daher den in Verlust geratenen Akt im Sozialministerium suchen. *(Abg. Prinke: Das hat er nicht gesagt!)* Es ist dies eine Art, die in einer zurück-

liegenden Zeit als Abwälzverfahren bezeichnet wurde und die ich auf das entschiedenste zurückweisen muß. Es ist in keinem Augenblick in den Schränken des Sozialministeriums ein Akt in Verlust geraten. *(Abg. Prinke: Das ist auch nicht behauptet worden!)* Ich kann jedenfalls hier nur erklären, daß dieses Hinüberschieben des Verlustes eines Aktes aus dem Finanzministerium in das Sozialministerium von mir auf das schärfste zurückgewiesen werden muß, und ich ersuche den Herrn Bundesminister für Finanzen, diese meine Zurückweisung eines solchen Vorwurfes zur Kenntnis nehmen zu wollen. *(Abg. Prinke: Ganz danebengegangen! 1:0 für Kamitz!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist weiter, und zwar als Kontraredner, der Herr Abg. Dr. Pfeifer. Ich erteile ihm das Wort. *(Abg. Dr. Pittermann: Schon die Vierte Kraft, Herr Professor, oder noch die Dritte? — Abg. Dr. Pfeifer: Dritte und Vierte! — Abg. Machunze: Nein, die Fünfte! — Abg. Probst: Jetzt kommt der Vierte-Kraft-Meier!)*

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner gestrigen Erklärung auch die Familienpolitik berührt und das Familienlastenausgleichsgesetz als einen Markstein der österreichischen Sozialgesetzgebung bezeichnet. Wir haben dieses Gesetz ja am 15. Dezember hier behandelt und haben auf seine schweren Fehler hingewiesen, ohne deswegen zu leugnen, daß es einen Fortschritt in der Entwicklung bildet. Die Mängel sind vor allem die, daß das erste Kind der Selbständigen nicht einbezogen ist und daß die Landwirtschaft mit einem Sonderbeitrag belegt wurde. Ich möchte nur daran erinnern, daß es damals geheißen hat, daß 300 Millionen erforderlich wären, um das erste Kind der Selbständigen einzubeziehen, wir haben aber aus dem gestrigen Bericht des Herrn Bundeskanzlers vernommen, daß das Jahr 1954 mit einem Gebärungsüberschuß von 500 Millionen abgeschlossen hat.

Nun möchte ich ein paar Worte zu der materiellen Lage der Familien und der Bevölkerung, die sich ja aus Familien zusammensetzt, sprechen. Der in vielen Fällen anscheinend günstige Lebensstandard der Familien beruht im wesentlichen auf drei abnormalen Voraussetzungen. Erstens einmal auf dem Verzicht auf Kinder. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Familienhaushalte kinderlos sind, und dann kommen noch 472.000 Haushalte mit nur einem Kind hinzu. Die zweite abnormale Voraussetzung ist, daß beide Ehegatten berufstätig sind, und die dritte, daß außerdem noch

nebenberufliche Zusatzverdienste erzielt werden. Wenn hingegen der Familienvater der alleinverdienende Erhalter einer vierköpfigen Familie ist, dann ist der Lebensstandard dieser Familie auch bei Einrechnung der derzeit gewährten Kinderbeihilfe noch immer erschreckend niedrig. Aus diesen Tatsachen, die eben zum Teil noch verschleiert sind durch das Abnormale des heutigen Familienlebens, die Kinderlosigkeit und die Doppelberufstätigkeit der Ehegatten, ergeben sich die naturgemäßen Forderungen, die auch schon von den Familienbünden geltend gemacht werden und die auch wir als durchaus berechtigt teilen und mit erheben.

Das ist einmal die Forderung, die selbstverständlich ist, daß die Mängel des letzten Gesetzes so bald wie möglich behoben werden, daß also auch das erste Kind der Selbständigen einbezogen wird und daß die Progression noch verbessert wird. Darüber hinaus aber wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es eben ein Mangel ist, daß man die natürliche Tätigkeit der Frau und Mutter in ihrem eigentlichen Beruf, als Hausfrau und Mutter, die sich neben dem Haushalt vor allem der Pflege und Erziehung der Kinder widmet und damit voll und ganz beschäftigt ist, nicht entsprechend würdigt und daß man hier wieder eben eine allgemeine Anerkennung, wohl auch eine finanzielle Begünstigung dieser Frau schaffen müßte, um sie aus dem Erwerbsleben herauszuziehen und wieder ihrem natürlichen Beruf ganz zurückzugeben. Das wird in der Form gedacht, daß Mütterzulagen zu schaffen sind und daß ein Einbau der Mütter in die Altersversicherung erfolgen soll. Ein logischer Gedanke, wenn man sich zu der Auffassung bekennt, daß die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter eben ein Beruf ist, so wie der der Männer, die dem Erwerbe nachgehen.

Darüber hinaus würde auch etwas erwirkt und erzielt werden, was mein Fraktionskollege Dr. Kraus vorhin in anderem Zusammenhang beleuchtet hat. Er sprach von den Arbeitslosen und von dem Reservoir der Arbeitslosen. In dem Moment, als es gelingen würde, durch solche und andere Maßnahmen, die ich noch erwähnen werde, die Frauen wieder aus dem Erwerbsleben herauszuziehen und sie wieder in ihren natürlichen Beruf als Frau und Mutter zurückzuführen, wird natürlich der Arbeitsmarkt günstig beeinflusst und werden dann von selbst weniger Arbeitslose vorhanden sein.

Eine zweite Tatsache, die immer wieder auch dem Herrn Finanzminister gegenüber festgestellt werden muß, ist, daß die österreichische Steuerpolitik im großen und ganzen

noch immer als familienfeindlich zu bezeichnen ist. Es ist so, daß zwar unsere Steuergesetzgebung ein steuerfreies Existenzminimum vorsieht, aber dieses steuerfreie Existenzminimum ist eben auf die Einzelperson abgestellt und berechnet. Es ist aber nicht so, daß auch für die ganze Familie ein den Bedürfnissen der Familie angepaßtes steuerfreies Existenzminimum festgesetzt wäre. Es muß aber verlangt werden, daß das Existenzminimum der Familie ebenfalls freigestellt wird.

Hinzu kommt, daß die Kinderermäßigung, die wir ja in der übernommenen deutschen Gesetzgebung vorfanden, vom Jahre 1945 bis zur Gegenwart, also in diesen zehn Jahren, die wir als wiedererstandene Republik Österreich durchlaufen haben, einen ständigen Schrumpfungsprozeß durchgemacht hat, daß der Höchstbetrag der Kinderermäßigung im Jahre 1945 pro Jahr 840 Reichsmark ausgemacht hat — das sind heute umgerechnet 7140 S —, während der Höchstbetrag der Kinderermäßigung nach der österreichischen Gesetzgebung pro Jahr bloß 658 S ausmacht. Also ein ganz, ganz schlimmer Rückgang und eine Einschränkung der Kinderermäßigung, die mit einer familienfreundlichen Steuerpolitik nicht vereinbar ist. Es muß hier gefordert werden, daß die Kinderermäßigung wieder entsprechend erhöht oder valorisiert wird.

Dazu kommt auch noch die Forderung, daß diejenigen, die einmal in der Steuergruppe III waren, das sind eben die Familienerhalter mit Kindern, auch dann in dieser Steuergruppe III bleiben sollen, wenn sie einmal ihr Hauptlebenswerk vollbracht, die Kinder aufgezogen und einem selbständigen Beruf zugeführt oder die Töchter ausgestattet und dabei die größten Opfer gebracht haben. Nun, wenn die Eltern alt geworden sind und riesige Opfer gebracht haben, dann werden sie gewissermaßen zur Strafe dafür, daß sie das alles geleistet haben, in eine schlechtere Steuergruppe zurückgestellt. Daher die Forderung, daß diese Steuergruppe III beibehalten werden soll, wenn jemand einmal Kinder gehabt und aufgezogen hat.

Eine weitere Forderung, die aus dem Kreis der Familienbünde erhoben wird, die wir auch heute schon, wieder einmal, in einem anderen Zusammenhang vorgetragen haben, ist die nach Senkung der Umsatzsteuer für alle lebenswichtigen Artikel, also insbesondere für die Grundnahrungsmittel, weil ja die Umsatzsteuer als eine Kopfsteuer wirkt und daher gerade wieder die Familie besonders hart trifft. Aus diesen und anderen Gesichtspunkten heraus haben wir ja, wie Dr. Kraus schon mitgeteilt hat, heute einen Ent-

schließungsantrag auf Senkung der Umsatzsteuer für Grundnahrungsmittel eingebracht. So viel zu diesem Kapitel der Familienpolitik, das der Herr Kanzler berührt, aber doch nur von der günstigen Seite aus beleuchtet hat. Wir mußten es daher so ergänzen, wie es sich in Wirklichkeit darstellt, und in dieser Hinsicht ist noch sehr, sehr viel zu machen, um endlich wieder eine natürliche und gerechte Lage der Familien herbeizuführen.

Ein zweites Gebiet, das der Herr Kanzler gestern in seinem Bericht berührt hat, war die zehnjährige Besetzung, die wir nun durchgemacht haben, und ihre Auswirkungen auch in finanzieller Hinsicht. Er hat da unter anderem festgestellt, daß die Besatzungskostenbeiträge, die letztmalig noch im abgelaufenen Jahr 1954 eingehoben wurden, die immerhin ganz schöne Summe von 800 Millionen Schilling hereingebracht haben. Das ist für uns neu gewesen. Bisher wußten wir nur, mit welchem Betrage sie im Voranschlag für 1954 angenommen worden waren. Veranschlagt waren sie mit 650 Millionen. Hereingekommen sind, wie wir gestern hörten, 800 Millionen Schilling, und da müssen wir zu diesen 800 Millionen noch einmal in Erinnerung bringen, daß eben der Herr Kanzler, der uns das mitgeteilt hat, am 29. August 1953, als die Frage erstmals auftauchte, ob nun mit der Einstellung der Allokationszahlungen nicht auch die Besatzungskostenbeiträge fallen sollen, in Krems zur Frage der Abschaffung der Besatzungskostenbeiträge gesagt hat: Vorläufig müssen die Besatzungsgeschädigten entschädigt werden, und daher müssen die Beiträge bleiben. Sie sind also noch ein ganzes Jahr geblieben, sie haben 800 Millionen getragen, aber die armen Besatzungsgeschädigten haben von diesen 800 Millionen sehr, sehr wenig gesehen; der Herr Kanzler hat uns ja, auch gestern, eine ganz kleine, niedliche Zahl genannt. Er sagte nämlich, daß vom Bund 15 Millionen für Vorschüsse für die Instandsetzung freigegebener Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. Die übrigen 785 Millionen sind also teils für andere Zwecke des Budgets verwendet worden, teils haben sie den wunderbaren Gebarungsüberschuß von 500 Millionen Schilling, auf den der Kanzler stolz verwies, ermöglicht; aber für die Besatzungsgeschädigten hatte man kein Geld, um ihre seit Jahren erhobene Forderung nach Vergütung und Entschädigung zu erfüllen.

Wir haben uns am 16. des vorigen Monats mit dem Vergütungsgesetz befaßt und haben auch bei diesem Gesetz wieder schwere Fehler feststellen müssen. Sie resultieren nicht zu-

letzt daraus, daß der Bund in dieser Frage folgenden Standpunkt eingenommen hat: Ja, Vergütung und Vergütungssätze schon, aber zahlen müssen sie die Alliierten; der Bund ist nur die auszahlende Stelle, er zahlt sie dem einzelnen aus. Gewiß, auch wir stehen auf dem Standpunkt: die Alliierten müssen zahlen. Derjenige, der ein Objekt in Anspruch genommen und noch weiter innehat, muß natürlich zahlen, aber der Bund muß einspringen, wenn der eigentlich Zahlungspflichtige versagt. Wir stehen also natürlich auch auf dem Standpunkt, den gestern der Herr Kanzler mit seinem Appell an die Alliierten eingenommen hat, diese sollten ihrer Vergütungspflicht voll und ganz nachkommen, und wir begrüßen es, wenn die Regierung sagt, sie werde genau prüfen, ob die Besatzungsmächte die gesetzlichen Vergütungssätze zahlen, aber auch wir werden in dieser Frage auf der Hut sein und prüfen. Wir stimmen also mit dem Appell überein, die Alliierten sollen dem Gesetz gemäß zahlen oder die beschlagnahmten Objekte freigeben, aber wir werden, wenn es sich herausstellen sollte, daß sie nicht zahlen, den Herrn Kanzler und den Herrn Finanzminister prompt an die Erklärung von gestern und an frühere Erklärungen erinnern, und wenn das etwa nicht genügen sollte, werden wir die nötige Initiative in der Gesetzgebung ergreifen (*Beifall bei der WdU*), um jene Korrektur anzubringen, die am 16. Februar noch nicht gelungen ist.

Die Besatzungsgeschädigten sind jedenfalls von dem Gesetz, das beschlossen wurde, sehr enttäuscht, sie wollen ein Weißbuch über alle diese Dinge herausgeben. Sie verlangen insbesondere eine bessere steuerrechtliche Berücksichtigung und hoffen, daß jetzt, bei Behandlung des Steueränderungsgesetzes, das nächste Woche im Ausschuß behandelt werden soll, ihre Wünsche, die man bei der Behandlung des Vergütungsgesetzes wieder einmal auf ein anderes Gesetz verwiesen hat, berücksichtigt werden — also einerseits die Steuerfreiheit der Vergütungen, soweit sie nicht für Betriebe oder solche Häuser gezahlt werden, die etwas tragen, und andererseits eine Verbesserung der Bestimmungen über Sonderausgaben und über die außerordentliche Belastung jener Besatzungsgeschädigten, die keine Vergütung bekommen und sich nun eben eine teure Ersatzwohnung leisten müssen — nach der Art, wie es im Einkommensteuergesetz bei Bomben- und anderen Kriegsschäden vorgesehen ist. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus kann man keinen Unterschied machen, ob der Schaden auf dem einen oder auf dem anderen Ereignis, auf Waffeneinwirkung oder Besetzung beruht.

Damit komme ich zu der nächstverwandten Gruppe der Geschädigten, das ist nämlich die Gruppe der Bomben- oder Kriegssachgeschädigten. Der Zentralverband der Bombengeschädigten hat sich erst im vergangenen September mit einer sehr eindrucksvollen Denkschrift an den Herrn Bundeskanzler gewendet und darin wohlüberlegte und gerechte Forderungen aufgestellt, damit auch sie endlich einmal zu ihrem Recht kommen. Bisher, das muß man sagen — der Herr Bundeskanzler hat es gestern gestreift —, wurden für den Bereich der Kriegssachgeschädigten nur Teilgebiete einer Regelung unterzogen. So gibt es ein landwirtschaftliches Wiederaufbaugesetz und es gibt ein Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz. Aber man fragt sich vergeblich, warum man nur gewisse Gruppen der Kriegssachgeschädigten oder Bombengeschädigten berücksichtigt und für sie gesetzliche Regelungen getroffen hat und andere, die nicht zu diesen Gruppen gehören, ohne jede staatliche und gesetzliche Hilfe bleiben und auf sich selbst angewiesen sind. Völlig unverständlich ist diese stückweise oder gruppenweise Regelung einer Schadensgutmachung, obwohl es sich durchwegs um Kriegssachschäden handelt.

Schon in der Denkschrift des Zentralverbandes der Bombengeschädigten ist auf folgende Tatsache hingewiesen worden, die sich ja für jeden von selbst ergibt. Wenn nämlich irgendwo eine Elementarkatastrophe über ein Land hereinbricht, seien es nun Lawinenschäden oder Hochwasserschäden, dann zweifelt niemand daran, daß Hilfe geleistet werden muß. In solchen Fällen haben wir nicht nur für das Inland selbst mit Gesetz eingegriffen, sondern wir haben auch geholfen, wenn solche Katastrophen im Ausland eingetreten sind. Wenn also in Italien oder in den Niederlanden eine Überschwemmung oder in Griechenland eine Erdbebenkatastrophe eingetreten ist, dann haben wir auch für dort gesammelt und Hilfe geleistet. Aber ist es in seiner Wirkung etwas anderes, wenn jemand sein Haus und sein Gut durch Lawinen oder sonst ein Unwetter verliert oder wenn er es durch einen Bombenangriff verloren hat? In keinem der Fälle kann doch der Betroffene etwas dafür. Es ist daher nicht einzusehen, daß man in dem einen Fall hilfsbereit ist und eingreift, in anderen Fällen aber nicht. Das ist umso weniger verständlich, wenn solche Fälle, wie etwa die Bombenschäden, gar schon zehn Jahre zurückliegen.

Auch dazu ist, so wie ich es beim Vergütungsgesetz gesagt habe, darauf hinzuweisen, daß wir ja schon in unserem bürger-

lichen Gesetzbuch einen Satz haben, demzufolge die politischen Behörden nach besonderen Vorschriften die Verteilung der Kriegsschäden zu bestimmen haben. Nach unserem bürgerlichen Recht gilt also ein nunmehr 150 Jahre alter Rechtsgrundsatz, der in der gegenständlichen Frage jetzt in dieser Republik, zehn Jahre nach ihrer Wiedererrichtung, noch immer der Verwirklichung harret.

Eine weitere Gruppe von schwerst Geschädigten, und zwar von Nachkriegsgeschädigten, sind die Heimatvertriebenen. Der Bund hat bisher völlig unzulängliche Hilfe für diese größte und schwerstens getroffene Gruppe aller Geschädigten geleistet. Sie sind schwerer getroffen als die Kriegssachgeschädigten und die Besatzungsgeschädigten, denn sie haben ja alles verloren, Hab und Gut und Beruf, zum Teil auch die Familie, vor allem aber auch ihre Heimat. Nur überaus zaghaft und spät hat man sich entschlossen, diesen Ärmsten der Armen zu helfen. Wir haben ja schon oft und oft in dieser Hinsicht gesprochen und Anträge vorgebracht.

Dazu möchte ich noch folgendes erwähnen: Wir haben in der letzten Budgetdebatte, im November und Dezember des Vorjahres, ganz konkrete Anträge eingebracht, so zum Beispiel auf Erhöhung des Aufwandskredites „Darlehen für die Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb der Lager“ von 1 Million auf 10 Millionen Schilling oder auf Eröffnung eines finanzgesetzlichen Ansatzes im Kapitel Landwirtschaft zur Förderung der Ansiedlung heimatvertriebener Bauern, und wir haben darauf hingewiesen, daß der Hochkommissar für das Flüchtlingswesen in Aussicht gestellt hat, Österreich eine größere Summe zur Verfügung zu stellen, wenn die Republik Österreich das gleiche tut. Es hat uns etwas sonderbar berührt, daß die Regierungsparteien unsere Anträge trotz aller Begründung abgelehnt haben, der Ministerrat aber nunmehr, am 1. März, drei Monate später, genehmigt hat, daß aus österreichischen Mitteln, jedoch ohne wesentliche Belastung des Staatshaushaltes, ein Betrag von 84 Millionen Schilling zur schrittweisen Lösung des Flüchtlingsproblems in Österreich, insbesondere zur Beseitigung des Barackenelends, verwendet werden kann. Man fragt sich wirklich, warum es nun auf einmal geht, wenn es drei Monate vorher, als wir es beantragt haben, nicht ging, und man fragt sich, wie diese erforderlichen Mittel jetzt aufgebracht werden. Wir haben deswegen auch heute eine parlamentarische Anfrage eingebracht, weil das ja doch aufs innigste mit dem Budgetbewilligungsrecht des Parlamentes zusammenhängt und

wir immer dafür sind, die Rechte des Parlamentes zu wahren.

Es gibt noch andere durch Maßnahmen dieses Staates selbst Geschädigte. Ich erinnere an die Geschädigten der Währungsschutzgesetzgebung, an die große Zahl der Rückstellungsbetroffenen und an das Heer der politisch Verfolgten und Entrechteten. Bei diesen durch die Gesetzgebung der zweiten Republik selber bewußt zugefügten Schäden ist eine weitgehende Wiedergutmachung — nicht bloß eine Entschädigung, sondern eine Wiedergutmachung — am Platz, die wir ja ebenfalls wiederholt gefordert haben, zuletzt aus Anlaß des zehnten Jahrestages in einem zusammenfassenden großen Entschließungsantrag.

Ein Blick auf die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß man dort das gleiche Problem zugunsten der durch die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit betroffenen Personen viel großzügiger und lückenloser angepackt hat als bei uns, obwohl die Zahl der Vertriebenen und auch die Zahl der Bombengeschädigten sowohl absolut als auch relativ viel größer ist als bei uns. Nur um die Grundgedanken vor Augen zu führen, will ich Ihnen die Präambel dieses Gesetzes vorlesen, die folgendes sagt:

„In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet, hat der Bundestag“ usw. usw. „das nachstehende Gesetz beschlossen.“ Das erklärte Ziel des Gesetzes ist eben die Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und der Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben, sowie die Milderung von Härten, die infolge der Neuordnung des Geldwesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes eingetreten sind.

Nun, wenn man hier im Hause auch nicht gerne hie und da einen Hinweis auf die deutsche Gesetzgebung hört, dann muß ich doch sagen: Wenn es sich um die gleichen Probleme einer gleichen Zeit handelt, dann ist es wohl recht und billig, auch die Gesetzgebung anderer Staaten heranzuziehen und nachzusehen, wie dort die Probleme gelöst werden. Wir können

daher der Regierung und auch den Abgeordneten des Hauses nur empfehlen, dieses Lastenausgleichsgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 14. August 1952 einmal einem gründlichen Studium zu unterziehen.

Damit komme ich, meine Frauen und Herren, zum Schlusse meiner Ausführungen und zu folgendem Ergebnis: Der Bundeskanzler hat gestern das Bild einer blühenden Wirtschaft und eines aktiven Budgets mit einem erstmaligen Überschuß von 500 Millionen entworfen. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß dieser Überschuß nur möglich war und ist, weil der Staat seine bevölkerungspolitischen und sozialen Verpflichtungen — die Pflichten, die sich aus einer austeilenden und ausgleichenden Gerechtigkeit ergeben — in einer nicht zu rechtfertigenden Weise vernachlässigt. Nur dadurch, daß der Staat die unschuldig in Not Geratenen ihrer Not überläßt, daß er andere in Not gestürzt und das Unrecht nicht wiedergutmacht hat, und daß er die Familie noch immer nicht genügend berücksichtigt und fördert, sondern noch immer viel schlechter behandelt als die Ledigen und Kinderlosen, nur durch dieses überaus ungerechte System konnte ein ausgeglichenes Budget erzielt werden. Das ist aber dann nur ein Scheinerfolg. Ein wirklicher Erfolg wird erst dann vorliegen, wenn die Not beseitigt, die soziale Gerechtigkeit wiederhergestellt und der allgemeine Wohlstand erreicht ist. Heute sind wir von einem solchen sozialen Rechtsstaat und einem wirklichen Wohlfahrtsstaat noch weit entfernt, aber wir wünschen endlich ein solcher zu werden. *(Beifall bei der WdU.)*

Präsident: Zum Wort ist noch der Herr Abg. Fischer gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Erschrecken Sie nicht, ich habe nicht die Absicht, die ermatteten Abgeordneten, vor allem nach den ermattenden Ausführungen des letzten Diskussionsredners, noch allzu lange aufzuhalten. Es scheint mir nur notwendig, aus dieser gedämpften und, ich muß sagen, zum Teil etwas undurchsichtigen Diskussion einige Ergebnisse herauszuarbeiten.

Der Herr Abg. Dr. Maleta hat sich bemüht, alle Probleme unseres Landes gleichsam in Weihrauchwolken einzuhüllen, und aus diesem Gewölk trat nichts hervor als die goldene Heiligenstatue des Zwillingspaars Raab und Kamitz. Der Herr Präsident Böhm hat eine Rede gehalten, die ich keineswegs mit der des Herrn Abg. Maleta vergleichen möchte, aber es war eine Rede, weich und leise niederleitend wie der Märzschnee, den wir jetzt erleben. Das, was wir in Wien wünschen, nämlich genügend Schneepflüge, um diesen

Schnee zu beseitigen, würde ich auch bei dieser Rede wünschen, denn diese Rede hat mit einem weichen Schnee sehr viele Probleme der österreichischen Wirtschaft, der österreichischen Politik zugedeckt. Scharfe Konturen wurden verwischt, und es schienen nur einige kleine Meinungsverschiedenheiten hervorzutreten. *(Zwischenruf des Abg. Frühwirth.)*

Ich möchte also an diese Rede des Herrn Präsidenten Böhm anknüpfen und vor allem darauf hinweisen, daß in der Rede mit Recht gesagt wurde, der Gewerkschaftsbund lehne es ab, einem allgemeinen Lohnstopp zuzustimmen, er könne sich in keiner Weise verpflichten, daß die Arbeiter keine Lohnforderungen stellen. Es schien eine Zeitlang vor dieser Diskussion, als schwebe der allgemeine Lohnstopp als Vereinbarung der beiden Regierungsparteien über der künftigen Parlamentssitzung. Inzwischen haben allerdings einige Gewerkschaften recht lebhaft und zum Teil rebellisch ihre Forderungen angemeldet, und so kam es offenkundig zu dieser, ich gebe zu, begrüßenswerten Erklärung des Präsidenten Böhm, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen hat, nämlich daß die Gewerkschaften in Österreich dazu da sind, Lohn- und Gehaltsinteressen der Arbeitenden zu vertreten.

Der Herr Präsident Böhm hat hinzugefügt, man werde Lohnforderungen stellen, erstens wenn dies durch Preissteigerungen gerechtfertigt sei. Nun, ich glaube, kein Gewerkschafter wird leugnen, daß wir in der letzten Zeit sehr beachtenswerten Preissteigerungen gegenüberstehen. Aber noch mehr: Wenn man mit hellem Ohr diese Diskussion verfolgte, wenn man die vielen Appelle zur Preisdisziplin hörte, wenn man von dem Abg. Strommer vernahm, im Augenblick werde man Preisdisziplin halten, aber wenn die Fettpreise nicht steigen, dann werde das eine Katastrophe für die Konsumenten, dann muß man daraus die Schlußfolgerung ziehen: wir gehen neuen Preissteigerungen in Österreich entgegen.

Zweitens hat der Herr Präsident Böhm erklärt, Lohnforderungen seien dort zu stellen, wo es durch die Produktivitätssteigerung der Arbeiter und Angestellten berechtigt sei. Nun, der Herr Präsident Böhm weiß so gut wie ich und jeder, daß die Produktivität in allen Industriezweigen wesentlich gestiegen ist, zumindest in allen wichtigen, in allen nennenswerten Industriezweigen, daß also alle diese Arbeiter und Angestellten nach den Erklärungen des Präsidenten Böhm das Recht, ja die Pflicht haben, zu fordern, daß ihre Leistungssteigerung durch gesteigerte Löhne

belohnt werde, das heißt also, wenn man es klar und deutlich und nicht mit Märzenschnee verhüllt ausspricht: Die gesamte österreichische Arbeiterschaft hat das Recht, angesichts der gesteigerten Produktivität gesteigerte Löhne zu fordern.

Ich verstehe also nicht, warum man verklausuliert auf der einen Seite dieses Recht zugibt, auf der anderen Seite aber allgemeinen Lohn- und Gehaltsforderungen entgegentritt.

Denn, meine Damen und Herren, mit dem Gespenst der Inflation kann man heute immer weniger Menschen schrecken. Wenn wir den Bericht des Herrn Bundeskanzlers hörten, wenn wir den Hymnus des Abg. Maleta vernahmen, müssen wir annehmen, daß in Österreich genügend Kapitalreserven vorhanden sind, um eine solche Lohn- und Gehaltssteigerung der Arbeiter und Angestellten zu ertragen. Wir haben aber unwidersprochen aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers vernommen, daß zwar eine Konjunktur der Investition bestehe und weiter beabsichtigt sei, eine Konsumkonjunktur aber abgelehnt werde. Man muß hier die Frage stellen: Wie lange sollen denn die Arbeiter, die Angestellten, die arbeitenden Menschen auf die Konsumkonjunktur, das heißt, deutlicher ausgesprochen, darauf warten, daß sie den ihnen gebührenden Anteil an dem gesteigerten Sozialprodukt erhalten? Meine Damen und Herren! Aus dieser gedämpften Diskussion ist also klar hervorgegangen, daß keine Rede davon sein wird, daß die Arbeiter und Angestellten nicht ihre Forderungen erheben werden, nicht für diese Forderungen eintreten werden.

Der Herr Abg. Maleta hat in seiner Rede erklärt, man wünsche allgemein den Staatsvertrag, aber diese Fragen seien einer außenpolitischen Debatte am 28. April dieses Jahres vorbehalten. Nun, ich wage daran zu zweifeln, ob es wirklich zu dieser angekündigten Debatte kommen wird. Wir haben schon einmal vor nicht allzu langer Zeit erlebt, daß eine außenpolitische Debatte öffentlich angekündigt war und im letzten Augenblick abgeblasen wurde. *(Zwischenruf des Abg. Horn.)* Lesen Sie in der „Arbeiter-Zeitung“ nach, Sie können dort diese Ankündigung finden. Ich habe die leise Besorgnis, daß es mit einer solchen angekündigten Debatte abermals ähnlichgehen könnte.

Ich habe jetzt nicht die Absicht, eine große außenpolitische Debatte heraufzubeschwören, aber ich möchte an den Appell anknüpfen, den der Bundeskanzler an die Besatzungsmächte gerichtet hat. Ich möchte daran erinnern, daß der Abg. Maleta sagte, die Politik des Bundeskanzlers habe keine Anfragen zu scheuen, und dieser sei jederzeit bereit, die Anfragen zu beantworten. Ich möchte an den

Herrn Bundeskanzler die direkte Anfrage richten: Hält er es für möglich, daß eine Regierungserklärung abgegeben wird, ohne außer ganz allgemeinen Redensarten ein Wort über jene Frage zu sagen, die in diesen Tagen, gestern und heute, von allen Zeitungen in riesenhaft aufgemachten Meldungen und in Leitartikeln behandelt wurde, eine Frage, die das brennende Interesse des ganzen Volkes hervorruft?

Wir erfahren aus einer amerikanischen Presseagentur, daß es Verhandlungen in Moskau, Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Frage des Staatsvertrages gebe. Wir haben keine Möglichkeit, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Meldungen einer amerikanischen Agentur zu überprüfen. Die Regierung schweigt, die Regierung sagt kein Wort dazu. (*Zwischenruf des Abg. Dengler.*) Ich denke, das wäre in jedem anderen Staate unmöglich.

Wir erwarten vom Bundeskanzler, wir erwarten von der Regierung Antwort auf diese Frage. Wir erwarten von Bundeskanzler und Regierung nicht ein Hinausschieben, ein Hinauszögern dieser auch für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs entscheidenden Frage, sondern wir und, ich glaube, die ganze Öffentlichkeit möchten erfahren: Ist der Bundeskanzler, ist die Bundesregierung bereit, diese neue Chance für den Staatsvertrag, diese ernste Chance zu ergreifen, oder nicht?

Der Herr Vizekanzler Schärf hat vor der Öffentlichkeit eine, wie ich sagen muß, beachtenswerte Erklärung über diese Frage abgegeben. Er hat zum erstenmal darauf hingewiesen, daß ernste Kräfte in Österreich den Staatsvertrag zu hintertreiben trachten. Das sind Erklärungen des Vizekanzlers, und ich halte es für undenkbar, daß solche Erklärungen keinerlei Widerhall in der Regierung, keinerlei Widerhall in der Volksvertretung Österreichs finden.

Der Herr Dr. Maleta hat von der Einheit der Volkspartei gesprochen. Ich glaube, der Herr Bundeskanzler weiß besser, wie es um diese Einheit bestellt ist. Der Herr Bundeskanzler weiß genau, daß es in seiner Partei Gruppierungen gibt, die den Staatsvertrag nicht wünschen (*Widerspruch bei der ÖVP*), die eine Politik des Anschlusses betreiben, denn anders kann man die Rede des Abg. Gorbach nicht verstehen. Der Bundeskanzler weiß sehr genau, daß es in seiner Partei monarchistische Gruppierungen gibt, nicht unwichtige, nicht einflußlose Gruppierungen, die im Zusammenhang mit anderen Kräften versuchen, den Staatsvertrag zu torpedieren, weil unter anderem dadurch auch das Habs-

burgergesetz erneuert werden soll. Das sind nicht meine Erfindungen, das wurde öffentlich von Sprechern, von Zeitungen, die der Volkspartei nahestehen, erklärt. Wenn der Herr Vizekanzler Schärf es für nötig gefunden hat, öffentlich — leider nicht im Parlament — auf diese Dinge einzugehen, so scheint es mir ein Gebot des Parlaments, wenn es sich nicht selber verachtet, wenn es nicht selber auf seine Rechte verzichtet, zu diesen Fragen möglichst schnell Stellung zu nehmen.

Unmöglich ist aber die Situation, daß wir nach wie vor eine Fülle von Zeitungskombinationen, von Pressemeldungen haben, die unser österreichisches Schicksal betreffen, und die Regierung sich in olympisches Schweigen hüllt, so tut, als gehe sie die Frage des Staatsvertrages überhaupt nichts an: Vertagen wir es auf den 28. April, vertagen wir es vielleicht auf noch längere Sicht!

Ich möchte eine zweite direkte Anfrage an den Herrn Bundeskanzler richten. Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Exposé, in seiner Erklärung über den vollzogenen Anschluß Österreichs an die Weltwirtschaft — das ist im wesentlichen der Anschluß an die Wirtschaft Westdeutschlands (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP*) — gesprochen und hinzugefügt, alles andere sei Anschlußgerede.

Wenn wir so enge und zunehmende wirtschaftliche Beziehungen mit Westdeutschland unterhalten, wenn wir die österreichische Wirtschaft mehr und mehr auf die westdeutsche Wirtschaft orientieren, hat Österreich das Recht, eine offizielle Klarstellung in der österreichischen Frage von Westdeutschland zu verlangen. Auch das ist nicht etwa meine Forderung allein. Ich erinnere mich: als es zu persönlichen Interviews und Erklärungen Adenauers über die Frage des Anschlusses kam, haben auch Sprecher der Sozialistischen Partei mit Recht gesagt, das könne nicht genügen, man brauche einen staatlichen Akt Westdeutschlands, einen gesetzgebenden Akt. Die Regierungspresse hat vor einigen Wochen angekündigt, im deutschen Bundesrat werde ein Gesetz vorgelegt, durch das der Anschluß für null und nichtig erklärt wird. Der Bundesrat ist zusammengetreten, der Bundesrat ist auseinandergegangen — von einem solchen Gesetzentwurf war keine Rede. Ein solches Gesetz wurde nicht vorgelegt, man ist mit Stillschweigen darüber hinweggegangen.

Und noch mehr, Herr Bundeskanzler. Aus einer Ihnen nahestehenden Zeitung, der „Neuen Tageszeitung“, entnehme ich heute nicht ohne Bestürzung, daß nicht nur die

sogenannte unabhängige Presse, sondern auch die Presse der Volkspartei beginnt, ein Kessel-treiben gegen den Staatsvertrag, ein Kessel-treiben gegen Garantien für die Unabhängig-keit Österreichs einzuleiten. In der heutigen „Tageszeitung“ steht wörtlich, nachdem zu-erst auf die Schwierigkeiten Adenauers in der Saarfrage hingewiesen wird: „Käme nun noch eine Viermächtegarantie gegen den An-schluß in einer für die — deutsche — „Bundesrepublik mehr oder minder diffa-mierenden Weise hinzu, wäre die Paradoxie der Situation noch gesteigert.“ Die Paradoxie der Situation für wen? Die Paradoxie der Situation für Österreich wäre dadurch nicht gesteigert. Möglicherweise könnten gewisse deutsche Kreise in eine paradoxe Situation geraten, wenn sie nämlich klipp und klar Farbe bekennen sollen. Sind sie bereit, ist auch Westdeutschland bereit, eine ernsthafte Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs mitzuübernehmen?

Es scheint mir also absolut notwendig, vor allem angesichts der Tatsache des be-sonderen wirtschaftlichen Anschlusses an West-deutschland, daß diese Fragen im Parlament aufgerollt werden. Es ist beschämend, daß die Regierungsparteien dies nicht für not-wendig gehalten haben, es ist unerklärlich, daß der Bundeskanzler außer ein paar allge-meinen Redensarten darüber mit Stillschweigen hinweggegangen ist.

Ich stelle also an den Bundeskanzler die direkte Anfrage: Ist der Herr Bundeskanzler mit diesen Erklärungen in einem seiner Partei nahestehenden Organ einverstanden? Ist der Herr Bundeskanzler bereit, eine Intervention zu unternehmen, daß der west-deutsche Bundesrat eine solche allgemein zugesagte Erklärung der Null- und Nichtig-machung des Anschlusses abgibt? Es hilft nichts, es verdunkelt die Situation, wenn der Herr Bundeskanzler da redete, es gäbe keine Anschlußgefahr. Mehr und mehr Men-schen wissen, daß es diese Gefahr gibt. Diese Sorge ist auch aus den Erklärungen des Vizekanzlers Schärf hervorgegangen, daß eine solche Garantie für Österreich wünschenswert wäre. Hier Vogel-Strauß-Politik zu spielen, ist in Wahrheit ein gefährliches Zugeständnis an die deutschnationalen Gruppierungen in der Volkspartei, an die monarchistischen Gruppierungen in der Volkspartei, ein Zu-geständnis an jene, die sich heute so eifrig bemühen, den Staatsvertrag zu torpedieren.

Ich würde also den Bundeskanzler dringend ersuchen, diese Fragen in der Öffentlichkeit zu beantworten, Klarheit zu schaffen und zu sagen, ob die Bundesregierung den Vor-schlag unterstützt, eine Viermächtekonferenz

mit Teilnahme Österreichs so schnell wie möglich einzuberufen, ob sie bereit ist, Vor-schläge für reale Garantien der Unabhängig-keit Österreichs zu machen, oder ob sie gedenkt, die Politik des Wartens auf das, was man in Amerika oder anderswo tut, fortzusetzen, um damit vielleicht eine große und auf lange Sicht letzte Chance für den Staatsvertrag, für die Unabhängigkeit Öster-reichs zu verpassen.

Ich halte es für notwendig, daß die Re-gierung diese Fragen beantwortet und eine solche Erklärung abgibt.

Präsident: Ich erteile dem in der Redner-liste noch eingetragenen Abg. Frühwirth das Wort.

Abg. Frühwirth: Hohes Haus! Ich werde nicht auf die Rede des Kollegen Fischer eingehen, sondern ich möchte für die öster-reichischen Gewerkschaften eine Feststellung machen. Wir lassen uns unsere Lohnpolitik weder von den Unternehmern noch von Herrn Kollegen Fischer vorschreiben. Ich möchte weiter bemerken, daß er meinen Kollegen Böhm völlig falsch interpretiert hat. Böhm hat erklärt, daß sich die österreichischen Gewerkschaften überall dort, wo die Produk-tivität gesteigert wird und wo die Preise erhöht werden, in ihrer Lohnpolitik nicht einschränken lassen werden. Das ist auch in der Vergangenheit so gewesen. Und wenn sich der Herr Kollege Fischer mehr für gewerk-schaftliche Dinge interessieren würde, würde er wissen, daß im verflossenen Jahr, also im Jahre 1954, die österreichischen Gewerk-schaften allein in 70 oder in noch mehr Fällen, wo die genannten Voraussetzungen vorlagen, Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt haben. Selbstverständlich werden wir es auch weiter so halten.

Aber die Haltung, die die Kommunisti-sche Partei hinsichtlich der gewerkschaft-lichen, der wirtschaftlichen und der Lohn-fragen einnimmt, ist etwas eigentümlich. Das ist die Politik — um mich volks-tümlich auszudrücken — „Rein in die Kar-toffeln, raus aus den Kartoffeln!“ Im Jahre 1950 haben die Kommunisten einen Putsch gegen die allgemeine Lohnpolitik, gegen die Preis- und Lohnübereinkommen inszeniert und haben Barrikaden gebaut. Heute ver-langen sie wieder aufgelockerte Lohnbewegun-gen, jede Gewerkschaft solle für sich diese Lohnbewegungen durchführen. Sie erheben ihre Forderungen so, wie es ihrer jeweiligen politischen Taktik entspricht.

Ich bin Gewerkschafter und Wirtschafts-politiker, Hohes Haus, und es ist nicht meine Aufgabe, große Staatspolitik zu machen. Ich will

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 10. März 1955 2953

hier nur eines sagen: daß wir alle zusammen in diesem Hohen Haus, vor allem jene Parteien, die auf dem Boden Österreichs stehen, nichts sehnlicher herbeiwünschen als den endgültigen Abschluß des österreichischen Staatsvertrages, auf den wir schon zehn Jahre warten. Aber worauf wir nicht warten, Kollege Fischer, das ist jene russische Verzögerungspolitik, die wir in den letzten zehn Jahren durchgemacht haben. (*Abg. E. Fischer: Ihr verzögert! Die Regierung verzögert!*) Da wird einmal hier eine Konferenz zugesagt, dann vergeht ein Jahr, dann wird darüber beraten, an welchem Ort diese Konferenz stattfinden soll, es wird der Ort festgelegt, und als dritte Steigerung wird wieder ein Jahr lang über die

Tagesordnung beraten. Und dann fangen wir wieder von vorne an. Für eine solche Taktik haben wir Österreicher nichts übrig. Was wir verlangen, ist der endliche Abschluß des österreichischen Staatsvertrages! (*Lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung findet am 30. März 1955, 10 Uhr vormittag, statt. Die Tagesordnung wird noch schriftlich bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 10 Minuten